Brief der KPD für eine Demonstration gegen Reagan S. 9

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 9 vom 5. März 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Spendenaffäre weitet sich aus

Matthöfer und Lambsdorff — vom Flick-Konzern bestochen?

Ermittlungen gegen Konzernbosse und Minister

BONN. — Nachdem der Skandal um die Neue Heimat für einige Wochen die Bonner Spendenaffäre aus den Nachrichten verdrängt hatte, wurden am Wochenende in dieser Sache neue Einzelheiten über die Tätigkeit der zuständigen Bonner Staatsanwalt bekannt: Gegen die Spitze des Flick-Konzerns, sowie gegen Minister und hohe Beamte wird inzwischen nicht nur wegen Steuerbetrugs, sondern auch wegen aktiver bzw. passiver Bestechung ermittelt.

Betroffen von den Ermittlungen sind der Konzerninhaber Karl Friedrich Flick und seine Topmanager von Brauchitsch und Nemitz; die beiden Bundesminister Matthöfer (Finanzen) und Lambsdorff (Wirtschaft); der Boß der Dresdner Bank und frühere Bundeswirtschaftsminister Fridrichs; der Chef des Bundeskanzleramts und engste Berater Schmidts, Staatssekretär Lahnstein; der FDP-Bundestagsabgeordnete Riemer und der Stuttgarter Wirtschaftsminister Eberle (CDU).

Überraschend ist die Aufnahme der Ermittlungen nicht gekommen. Schon im vergangenen Dezember hatte der „Spiegel" Auszüge aus Akten der Bonner Staatsanwaltschaft veröffentlicht, in denen es hieß: „Die Staatsanwaltschaft (...) hat Hinweise gefunden, daß die Firma Flick (...) Amtsträgern Zuwendungen versprochen oder gemacht hat." Im Zuge der Ermittlungen in der Spendenaffäre hatten die Fahnder bei einer Durchsuchungsaktion in den Geschäftsräumen des Flick-Konzerns 100 Ordner mit belastendem Material beschlagnahmt.

Jetzt ist von sechsstelligen Großspenden des Konzerns an die Bonner Bundestagsparteien die Rede. Und diese enormen Summen sind natürlich nicht ohne Gegenleistungen geflossen. Wenn in den Akten von „Zuwendungen" die Rede ist, die von Flick „versprochen oder gemacht" wurden, dann bezieht sich das vor allem auf einen konkreten Fall: 1975 verkaufte der Konzern sein Aktienpaket bei Daimler-Benz für ungefähr zwei Milliarden Mark an die Deutsche Bank. Dadurch wären Einkommenssteuern in Höhe von 1,2 Milliarden fällig geworden. Das Finanzamt jedoch hat von diesem Steuerbetrag keine müde Mark gesehen. Der Grund: Die Bonner Wirtschafts- und Finanzminster haben dem Konzern die gewaltige Steuerschuld in voller Höhe erlassen.

Und für dieses so überaus großzügige Steuergeschenk, für das ja letztlich die werktätigen Steuerzahler bluten müssen, zeigten sich die Flick-Bosse offenbar all denen gegenüber erkenntlich, die an der Entscheidung über die Steuerbefreiung mitgewirkt hatten. Das sind die Leute, gegen die jetzt wegen des Verdachts auf Bestechung ermittelt wird. Und das sind ja bekanntlich auch die gleichen Herren, die nicht müde werden, von der Notwendigkeit, Opfer zu bringen zu reden — mit Blick auf die Werktätigen allerdings.

Und gerade die Lambsdorff und Matthöfer haben ja dafür gesorgt, daß den Werktätigen für dieses Jahr neue Lasten aufgebürdet werden. Flick dagegen muß nicht einmal die normal anfallenden Steuern bezahlen. Und das ist den Bossen natürlich auch eine satte Spende an die Förderer ihrer Interessen in den Ministerien wert. (Siehe auch Artikel und Kommentar auf Seite 2).



Bochum
z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3426



Protest bei der Handball-WM! Mitglieder des westdeutschen Solidaritätskomitees mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR nutzten in Bremerhaven die Chance: In der Halbzeit des Spiels der DDR gegen die Schweiz gingen sie aufs Spielfeld und entfalteten vor Tausenden von Zuschauern dieses Transparent, mit dem sie das Feld abschritten. So konnten es alle sehen, bevor die Demonstranten aufgefordert wurden, das Transparent einzurollen.

Lohnrunde '82 spitzt sich zu

Für Reallohnsicherung kämpfen!

KREFELD. — Eine Drei vor dem Komma sei das Ziel der Unternehmer. Dies erklärte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall Kirchner im Hinblick auf die Schlichtungsverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie. Im Klartext: Einen Reallohnabbau um mindestens 3 bis 4 Prozent will man den Arbeitern aufzwingen.

Diese unerhörte Provokation der Unternehmer muß durch massive Protestaktionen der Gewerkschaften energisch zurückgewiesen werden. Die Warnstreiks in der Metallindustrie sind eine richtige Antwort, die aber noch nicht genügt. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist jetzt herausgefordert, durch vielfältige Aktionen und Maßnahmen klarzustellen, **daß das gewerkschaftliche Ziel der Reallohnsicherung unverzichtbar ist und auf keinen Fall kampflos preisgegeben wird.**

Das ist um so notwendiger, als jetzt in den Massenmedien derartig massives Propaganda-Trommelfeuer gegen den gewerkschaftlichen Standpunkt und für die Unternehmerforderung nach Lohnverzicht eingesetzt hat, wie wir es in diesem Land bisher noch nicht erlebt haben. **Dies macht eine geschlossene, gemeinsame Gegeninitiative des gesamten DGB und aller Einzelgewerkschaften dringend erforderlich!**

Wenn in einer solchen Situation Gewerkschaftsführer öffentlich die Bereitschaft zum Lohnverzicht signalisieren, wie es etwa der IG-Chemie-Vorstand getan hat und wie es auch von seiten des Verhandlungsführers der IGM in NRW, Karl-Heinz Bräuer, durch das Gerede von einer „Vier vor dem Komma" geschah, dann heißt dies doch, der gewerkschaftlichen Front in den Rücken zu fallen (weitere Beiträge auf Seite 4).

Erste Warnstreiks der Metaller!

Am Dienstag den 2. März gab es im Rahmen der Metalltarifrunde die ersten Warnstreiks der Metallarbeiter. In Reutlingen, Stuttgart, Mannheim und Westberlin fanden nach verschiedenen Berichten Aktionen statt, an denen sich ungefähr 10000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Ein Schwerpunkt dieser Aktionen war Reutlingen, wo sich alleine fast 5000 Arbeiter aus zwölf Betrieben beteiligten, darunter etwa 800 vom größten Betrieb am Ort, Bosch. Kollegen aus Reutlingen, etwa 200 an der Zahl, hatten schon am Tage zuvor Spalier gestanden für den Chef des Arbeitsamtes, Stingl, als dieser zur Eröffnung des neuen Gebäudes in der Stadt war, wozu der DGB aufgerufen hatte, um gegen dessen neue Zumutbarkeitsklauseln zu protestieren.

Mit Wischnewski als Einpeitscher

Regierung droht mit Demonstrationsverbot

BONN. — Während sich auf der einen Seite immer mehr Organisationen und Personen für eine große Demonstration aus Anlaß des Reagan-Besuchs in Bonn aussprechen,ist die Regierung inzwischen dazu übergegangen, eine solche Demonstration mit Verbotsdrohungen zu verhindern.

Das dies kommen würde, war abzusehen: kurz nach der Meldung, daß der NATO-Gipfel — auf Bitte Bonns — in der Bundeshauptstadt stattfinden würde, kamen auch bereits erste konstruierte Meldungen über mögliche Attentate der RAF oder der revolutionären Zellen in die Presse.

Der große Macher der SPD, Wischnewski, hat nun die offene Sprache gewählt: der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Schnoor, solle eine solche Demonstration am besten verbieten, mindestens aber, wie bereits geübt, großflächig absperren und keine Sonderzüge der Bundesbahn sollen erlaubt sein.

Da wird auch der vielbeschworene Dialog plötzlich aufgekündigt: „Sollen sie doch auf der Deutzer Brücke (in Köln) stehen", sagte ein Minister zum „Stern". Wenn Reagan kommt, hört es mit dem Demonstrieren auf — so meinen es die Bonner Herren. Oder: die einzige erlaubte Demonstration ist die, mit der die Bundesregierung ihre USA-Treue zeigen will.

Aber inzwischen mehrt sich der Kreis jener, die zu einer solchen Demonstration aufrufen wollen, am Wochenende gesellten sich auch die Jungsozialisten dazu. Die KPD hatte sich schon in der letzten Woche mit einem Brief an alle Interessierten gewandt, um eine Demonstration vorzubereiten.

„Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!"

2000 demonstrierten gegen die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung"

KIEL. — An den Kommunalwahlen in Kiel will sich auch die faschistische „Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) beteiligen, die sich unter dem Schlagwort „Kiel ist eine deutsche Stadt" für die völlige Entrechtung und Vertreibung unserer ausländischen Kollegen und Mitbürger stark macht. Sie beruft sich auf die Unterstützung einflußreicher Kreise und auf Verbindungen im gesamten Bundesgebiet. Gegen die Zulassung dieser Liste haben am 27. Februar 2000 Menschen demonstriert.

Das Auftreten dieser Leute, deren Programm der „Rote Morgen" bereits vorgestellt hat (RM Nr. 1/82), hat von Anfang an deutsche und ausländische Antifaschisten auf den Plan gerufen. Die Demonstration war ein erster Höhepunkt des Widerstandes gegen die brutale Ausländerfeindlichkeit der KLA. Etwa 30 Organisationen hatten sich zu dieser Aktion zusammengefunden. Die KPD trägt diesen Kampf mit.

Der Demonstrationszug bewegte sich vom Gaardener Werftpark in die Innenstadt, wo auf dem Asmus-Bremer-Platz die Abschlußkundgebung stattfand. „Ausländer bleiben, Nazis vertreiben — Keine Stimme für die KLA!" war eine der Hauptparolen. Auf der Kundgebung forderte der Vorsitzende des DGB-Kreisjugendausschusses das Verbot der KLA nach Artikel 139 des Grundgesetzes. Er prangerte in seiner Rede die am Tage zuvor bekanntgegebenen Pläne zur Entlassung von 1400 „leistungsschwachen" HDW-Kollegen an, eine Maßnahme von der Deutsche und Ausländer gleichermaßen betroffen sind, gegen die sie gemeinsam kämpfen müssen. Dafür gab es großen Beifall. Die von den Behörden geduldete und geförderte Ausländerfeindlichkeit bezeichnete er als direkte Fortsetzung der faschistischen Rassenverfolgung.



Der Versuch der Faschisten, die Kommunalwahlen für ihre Zwecke zu nutzen, stößt auf Widerstand.

Kommentar der Woche

Graf Lambsdorff ist unschuldig. Der gegen ihn ausgesprochene „ungeheuerliche Verdacht" der Bestechung ist „völlig haltlos". So jedenfalls sieht der Graf selbst die Sache. Zu Einzelheiten der Beschuldigungen mochte er sich allerdings nicht äußern. Man wird sehen. Möglicherweise wird ja auch hier noch wie im Fall Leisler Kiep ein Schreibautomat mit Goldfeder oder zur Abwechslung auch ein automatischer Anrufbeantworter als Täter ermittelt.

Hans Matthöfer ist ebenfalls unschuldig. Im Gegensatz zu seinem adligen Kollegen ließ sich das „Arbeiterkind" (wie er sich neuerdings gerne bezeichnet) aber zu einer ausführlicheren Erklärung herab. Er habe „niemals — kein einziges Mal" über Parteispenden im Zusammenhang mit Entscheidungen geredet, die er als Minister zu treffen hatte.

Die Saubermänner

Nun wissen wir also immerhin, wie es sich **nicht** abgespielt hat. Etwa so: Anruf von Flick-Boß v. Brauchitsch im Ministerium: „Hallo Hans, wir wollen da 200 Millionen in den Gerling-Konzern stecken. Machst Du das klar mit der Steuerbefreiung?" Antwort Matthöfer: „Aber sicher doch. Wieviel springt denn für mich dabei raus?" Angebot v. Brauchitsch: „Wir hatten da an 50000 gedacht."

So ist es also nicht gewesen. Das und nicht mehr besagt die Matthöfersche Erklärung. Aber sie bedeutet im Grunde überhaupt nichts. Denn nur ein naiver Mensch wird annehmen, daß sich Minister ihre Entscheidungen zugunsten der Bosse auf eine so plumpe und direkte Art abkaufen lassen. Für die Beurteilung der neuesten Bonner Korruptionsaffäre ist es denn auch völlig unerheblich, ob Flick seine Spende an Matthöfer und/oder die SPD während der Verhandlungen über die Steuerbefreiung getätigt hat, oder ob die Gelder schon vorher oder erst hinterher geflossen sind.

Was hier zur Frage steht, ist das System der sogenannten Parteienfinanzierung (bzw. der „Finanzierung" einzelner Politiker) insgesamt. Es ist ja wirklich nicht so, daß ein Konzern wie etwa Flick sich **jede einzelne** in seinem Interesse liegende politische Entscheidung wie eine Dienstleistung kauft und dann den Scheck ausstellt. Gekauft werden vielmehr die bürgerlichen Parteien und ihre Amtsträger insgesamt. Es sei hier daran erinnert, daß etwa allein der Flick-Konzern an vier von der FDP aufgezogene Vereine, die ausschließlich dem illegalen Kassieren von Industriespenden dienten, regelmäßig Gelder überwiesen hat.

Und wie aus den im Hause Flick beschlagnahmten Unterlagen hervorgeht, hat der Konzern in schöner Gleichmäßigkeit alle drei Bonner Parteien mit einem nie versiegenden Goldregen bedacht. Und dafür wurde eben die prinzipielle Bereitschaft der mit diesem Segen bedachten Parteiführer erkauft, ihre Politik an den Konzerninteressen auszurichten. So wie Flick machten und machen es auch die anderen Monopole. Und die Spendenempfänger wissen natürlich sehr wohl, was sie dafür zu tun haben. Und sie wissen auch, daß der Geldhahn jäh zugedreht würde, wenn sie sich weigerten, als Werkzeuge der Kapitalisten zu fungieren.

Es gab ja 'mal eine Zeit, in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, als die SPD-Führung noch nicht das uneingeschränkte Vertrauen des Finanzkapitals genoß. Damals war diese Partei auch noch weitgehend ausgeschlossen vom warmen Segen der Industriespenden, und sie führte eine öffentliche Kampagne gegen das mittlerweile auch von ihr selbst praktizierte System der Parteifinanzierung durch das Monopolkapital. Eine 1954 im Rahmen dieser Kampagne vom SPD-Parteivorstand herausgegebene Denkschrift trägt den bezeichnenden Titel: „Unternehmermillionen kaufen politische Macht."

Und das trifft genau den Kern der Sache. Die Bestechungsgelder, ob sie nun in die Parteikassen oder auf die privaten Konten einzelner Politiker fließen, sind eines der Mittel, mit denen die Monopole ihre Macht sichern, mit denen sie das Räderwerk der bürgerlichen Politik schmieren und sich den Staatsapparat insgesamt unterordnen.

So gesehen ist die Korruption auch nicht ein hie und da auftretender Auswuchs, sie ist alltäglicher Bestandteil des kapitalistischen Systems. Der Zusammenhang zwischen den Industriespenden und den Entscheidungen der Politiker, den Matthöfer in seinem konkreten Fall bestreitet, ist also tatsächlich ständig gegeben. Und wenn (was ja wohl zu erwarten ist) die Ermittlungen gegen Lambsdorff, Matthöfer und Co. irgendwann eingestellt werden — Saubermänner sind sie deswegen noch lange nicht.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der Flick-Konzern und die Minister

„Die öffentliche Wirkung ist verheerend"

Während die Politiker aus allen drei Bonner Parteien, gegen die jetzt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Bestechung laufen, die Flucht nach vorne antreten und lautstark ihre Unschuld beteuern, macht sich FDP-Generalsekretär Verheugen Sorgen: „Die öffentliche Wirkung durch das böse Wort Bestechung ist natürlich verheerend."

Da hat er sicherlich recht. Was jetzt einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird, ist allerdings verheerend für das Ansehen der Bonner Parteien und des von ihnen getragenen Staates. Und das betrifft ja nicht nur die Frage, ob sich einer der Herren, um die es hier geht, Flick-Spenden in die eigene Tasche gesteckt hat. Das betrifft auch die ganz legale Seite dieser Angelegenheit — die jetzt ins öffentliche Bewußtsein gerückte Tatsache nämlich, daß einem der reichsten und mächtigsten Männer in diesem Land so ganz nebenbei mit ein paar Federstrichen 1,2 Milliarden Mark zum Geschenk gemacht wurden.

Das Flick-Manöver wurde auf der Grundlage des Paragraphen 6 b durchgezogen, der 1964 in das Einkommensteuergesetz eingefügt worden war. Er besagt, daß Gewinne aus dem Verkauf von Vermögen steuerfrei neu investiert werden können, wenn der Bundeswirtschaftsminister „im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister" dafür einen „Persilschein" ausstellt. Der Wirtschaftsminister kann die Steuerfreiheit dann gewähren, wenn stellte den §-6-b-„Persilschein" für den Kauf eines weiteren Aktienpakets in Höhe von 550 Millionen Mark bei Grace ebenso aus wie zuletzt für eine 210-Millionen-Beteiligung am Versicherungskonzern Gerling. All das geschah — wie vorgeschrieben — „im Einvernehmen" mit dem Bundesfinanzminister. Und diese Position bekleideten in der fraglichen Zeit zwei Herren von der SPD — zuerst der heutige Kriegsminister Apel und dann dessen Nachfolger Matthöfer.

Auf diese Weise wurde Flick ein Geschenk gemacht, das sich nach und nach auf 1,2 Milliarden Mark summierte. Wobei die letzte „Rate", die Steuerbefreiung für die Gerling-Beteiligung im vergangenen Jahr gewährt wurde, in einer Zeit also, als Matthöfer und Lambsdorff gerade ihre konkreten Pläne für die Operation 82, den bisher tiefsten Einschnitt in das „soziale Netz", entwickelten. Natürlich gab es auch damals schon erhebliche Proteste, die sich unter anderem auch in parlamentarischen Anfragen „linker" SPD-Abgeordneter im Bundestag niederschlugen.



Matthöfer, Lambsdorff: Ermittlungen wegen Verdachts auf Bestechung

die mit den Verkaufsgewinnen getätigte neue Investition „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, die Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweiges zu verbessern oder einer breiten Eigentumsstreuung zu dienen."

Bei seiner Verabschiedung im Bundestag war der § 6 b als besonders geeignetes Mittel zur Förderung des Mittelstands angepriesen worden. Nun aber kamen die Bonner Minister mit seiner Hilfe ausgerechnet einem der größten westdeutschen Monopole entgegen, dessen Transaktionen nun wahrhaftig nicht der „breiten Eigentumsstreuung" dienten. Bundeswirtschaftsminister Friderichs gewährte Flick Steuerfreiheit nach § 6 b beim Ausbau der Buderus-Gießereien und beim Bau einer neuen Pulverfabrik für den Rüstungskonzern Dynmit Nobel, ein Tochterunternehmen von Flick. Und auch, als Flick dann einen Teil der Daimler-Milliarden im Ausland anlegen wollte und sich in den amerikanischen Konzern Grace einkaufte, bekam er von Friderichs die erwünschte Steuerfreiheit.

Nachfolger Lambsdorff

Diese letzte Tatsache ist es wert, daß man näher auf sie eingeht. Denn hier zeigte sich in aller Deutlichkeit die faktische Ohnmacht des Bundestages, der ja nach dem Selbstverständnis dieses Staates eigentlich den Willen des Volkes (des „Souveräns") zum Ausdruck bringen soll. Der Bundestag nämlich war nicht nur in keiner Weise an den Entscheidungen über das Flick-Geschenk beteiligt. (Die wurden von den Ministern gemeinsam mit einer Handvoll von Spitzenbürokraten auf Bundes- und Länderebene getroffen.) Dem Bundestag wurde sogar das Recht der Information verweigert. Auch auf ganz legale Weise — versteht sich. Denn da gibt es den Paragraphen 30 der Abgabenordnung, der das Steuergeheimnis schützt.

Und so antwortete Lambsdorffs Staatssekretär Grüner auf die erwähnten Anfragen im Bundestag, wie sein Ministerium denn die steuerliche Förderungswürdigkeit der Flick-Transaktionen begründen würde: „Unsere Schwierigkeit liegt doch darin, daß wir durch das Steuergeheimnis gehindert sind, hier im Detail darzulegen, was die beteiligten Minister veranlaßt hat, die Förderungswürdigkeit anzunehmen."

Und Staatssekretär Böhme vom Finanzministerium ergänzte: „Die Bundesregierung hat das Verhältnis zwischen dem Informationsrecht des Parlaments und dem Steuergeheimnis geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Offenbarung steuerlicher Verhältnisse nicht zulässig ist." Das sind wahrhaftig deutliche Worte: Das bloße Informationsrecht des Bundestages muß also hinter dem „Recht" eines großen Konzerns zurückstehen, seine finanziellen Transaktionen im trüben Dunkel abzuwickeln. Und so hat denn auch der Bundestag nie erfahren, warum beispielsweise der von Flick betriebene Kapitalexport in die USA „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" sein soll.



Flick (links), von Brauchitsch: Sechsstellige Summen gespendet

AfA-Bundeskongreß

Hier fühlte sich der Kanzler zu Hause

GODESBERG. — Am letzten Wochenende fand der Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) in Bad Godesberg statt. Rund 300 Delegierte nahmen teil, an einem Kongreß, der vorgab, die breite Masse der westdeutschen Arbeiter zu vertreten. Und in der Gesamtheit fand der Bundeskanzler hier Unterstützung wie sonst nur noch bei der Berliner SPD: Auf jeden Fall an der Regierung bleiben, egal wie, darauf war man eingeschworen.

Der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Hans Urbaniak hielt anstelle des verunglückten AfA-Bundesvorsitzenden Rohde das Hauptreferat.

Darin unterstrich er die Unterstützung der AfA für die „Sicherheitspolitik" der SPD/FDP-Regierung und auch, mit vielen Wenns und Abers, die AfA-Unterstützung für das Bonner Beschäftigungsprogramm. Zwar: Beides verlief nicht so ganz glatt wie bei früheren AfA-Kongressen. Bei der Abstimmung über die Sicherheitspolitik stimmte immerhin über ein Drittel — 112 genau — der Delegierten gegen die Regierungspolitik, gegen die sogenannte Nachrüstung der NATO. Und zum Beschäftigungsprogramm nahm man eine Entschließung an, die eine andere Art der Finanzierung forderte: vor allem durch eine 3prozentige zusätzliche Abgabe der Einkommensteuerbezahler ab 40000 Mark bzw. für Verheiratete ab 80000 Mark im Jahr.

Vor allem bei den Möglichkeiten der Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms sind durchaus eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die überlegenswert wären und eine gewisse Richtung zeigen, die Reichen zur Finanzierung heranzuziehen. Aber dies wird natürlich bei gleichzeitiger Beteuerung des absoluten Vorrangs der Koalitionstreue ins Lächerliche gezogen — jeder weiß, daß ein solches Programm, eine solche Finanzierung in dieser Kräftezusammensetzung unmöglich ist. Und diese Vorschläge, das muß man hier festhalten, tauchten auch nur sehr am Rande auf, während die Unterstützung für die Regierung das zentrale Thema des Kongresses war.

Warum eigentlich, so fragt man sich unwillkürlich, unterstützt ausgerechnet die Arbeiterorganisation der SPD den Regierungskurs so stark wie keine andere Gliederung oder Untergliederung der SPD?

Nun abgesehen von der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und ihre Widerspiegelung im Bewußtsein breiterer Teile der Arbeiterklasse, was sicher ein Faktor ist, ist das Entscheidende für die stramme Linie der AfA etwas anderes: Dieser Kongrreß, das konnte man in aller Deutlichkeit sehen, war ein Kongreß der Betriebsratsvorsitzenden, der Aufsichtsratsmitglieder, der von der DGB-Führung lancierten Abgeordneten, ein Kongreß der Mitbestimmer, der ehemaligen Arbeiter, die heute wesentlich bessergestellt sind. Sie waren die absolute Mehrheit und sie gaben den Ton an.

Und ihre Unterstützung für die Regierung um jeden Preis ist nicht zuletzt eben auch eine Unterstützung der eigenen in der Regierungszeit der SPD gewonnenen Position, sei es im Betrieb oder auf einer staatlichen Ebene oder bei beidem. Für solche Leute stellen denn auch Entschließungen wie die zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogrammes keine wirklichen politischen Ziele dar, sondern eher eine Art Pflichterfüllung, eine Papierformel gegenüber den Kollegen im Betrieb.

Neue-Heimat-Skandal und Gewerkschaftsbewegung

„Ihre Heimat ist das Mehr"

Aus einem zentralen RGO-Flugblatt

In diesen Tagen wird in vielen Betrieben, auf gewerkschaftlichen Versammlungen usw. ein zentrales Flugblatt der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) verbreitet. Thema: Der Skandal um den DGB-eigenen Wohnungsbau-Konzern Neue Heimat und was er für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Einleitend heißt es in dem Flugblatt: „Die Unternehmer und Gewerkschaftsfeinde aller Schattierungen, die jetzt mit ihren schmutzigen Fingern auf die Gewerkschaften zeigen, wie ausgerechnet CSU-Stoiber, der jetzt seinen Spitzenmann Blüm als DGB-Vorsitzenden empfiehlt — sie alle haben sich hier rauszuhalten. (...) Es ist allein unsere Sache — der Gewerkschafter — diesen Sumpf trocken zu legen, der sich da an der Spitze unserer Gewerkschaften breit gemacht hat."

„Ein Abgrund hat sich hier aufgetan — ein Abgrund von Schacherei, hemmungsloser Erschleichung persönlicher Vorteile und Kumpanei. Da wimmelt es von Strohmännern, Finanzjongleuren und Manipulation, Kontrolleure und Kontrollierte arbeiten augenzwinkernd zusammen nach dem Motto: erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist! (...)

Geradezu unfaßbar erscheint es vielen Kollegen, daß da Leute wie Albert Vietor im Dienst eines Gewerkschaftsunternehmens Jahresgehälter von über 500000 Mark erhalten und sich nebenbei durch Steuermanipulation und Tarnfirmen Grundstücke, Wohnungen und Privatvillen im Wert von über zehn Millionen Mark zusammenraffen konnten. Freimütig bekennt der oberste Chef der gewerkschaftseigenen Unternehmen, der Bankier Walter Hesselbach, gegenüber der ‚Bild'-Zeitung seine Geschäfte mit Berliner Abschreibungsfirmen: ‚In Berlin habe ich jährlich aus meinen Ersparnissen 80000 bis 100000 Mark angelegt. Wenn sie das 15 Jahre lang machen, dann haben sie natürlich eines Tages 1,4 Millionen Mark'.

Natürlich! Warum macht das eigentlich nicht jeder so?

Und wohlgemerkt, dieser Mann ist nach wie vor auf seinem Posten. Lediglich drei Entlassungen hat es in diesem dichten Dschungel bisher gegeben. Offenbar soll damit erstmal Dampf abgelassen und Zeit gewonnen werden. In einem Interview mit dem Wochenblatt ‚Zeit' erklärt der DGB-Vorsitzende Vetter ungeniert dazu: ‚Wenn der erste Zorn, die erste Empörung verraucht sind und die Urteilsfähigkeit zurückgewonnen ist, dann, glaube ich, können wir vor der Mitgliedschaft bestehen.'

Doch hier dürfen weder Zorn noch Empörung verrauchen, bis alles lückenlos aufgedeckt ist und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden. In Wirklichkeit nämlich ist bisher nur die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden. Nahezu täglich zieht das Netz von Kumpanei und Mitwissern neue Kreise. Nach wie vor ist die Frage ungeklärt: Wie konnte so etwas solange ungestört geschehen? Haben die vielen Gewerkschaftsführer im Aufsichtsrat der Neuen Heimat nichts davon gewußt? Auch Walter Hesselbach ist Mitglied des Aufsichtsrates. Auch er war an der Tarnfirma tele-therm beteiligt, die mit der Neuen Heimat (NH) ihre Geschäfte machte und den Mietern das Geld durch undurchsichtige und überhöhte Heizkosten-Rechnungen aus der Tasche zog. Gegenüber dem ‚Spiegel' packt er aus: ‚Ich habe nie ein Hehl aus meiner Beteiligung gemacht. Bei meinen Kollegen, in meiner Umgebung, überall hat man gewußt, daß ich diese relativ kleine Beteiligung an teletherm hatte, und zwar 15 Jahre lang.'

Ja, gehörten denn die Aufsichtsräte und Gewerkschafts-Vorsitzenden Vetter, Loderer, Kluncker, Sperner,Döding usw. nicht zu dessen Kollegen oder doch zumindest zu dessen ‚Umgebung'? — ‚Überall hat man gewußt...', sagt Hesselbach. Aber ausgerechnet sie — deren Aufgabe doch das Kontrollieren der Geschäfte der NH war — wollen 15 Jahre lang nichts gesehen, nichts gehört, nichts gewußt haben?

Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Kapitalistische Geschäfte sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung

Als vor knapp vier Jahren die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet wurde, stand in unserer Gründungserklärung, daß die arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsführung nicht von ungefähr käme:

‚Schließlich kommandiert die DGB-Führung heute selbst einen der größten kapitalistischen Konzerne Westdeutschlands, in dem rund 100000 Arbeiter und Angestellte ausgebeutet werden. Dieser riesige Konzern wurde mit Geldern aufgebaut, die die Gewerkschaftsmitglieder in die Kassen zahlten, um für die Arbeitskämpfe gegen die Unternehmer gerüstet zu sein. Die DGB-Führung hat diese Gelder veruntreut. Als Konzernchefs sind die DGB-Führer selbst Kapitalisten.'

Der jetzt aufgedeckte Skandal bei der Neuen Heimat bestätigt dies nur zu deutlich. Schon im vorigen März zum Beispiel forderte Albert Vietor öffentlich die Freigabe der Mieten und die Einführung der Staffelmiete, weil die Mieten nicht genug Profit brächten. Die DGB-Führung widersprach ihm nicht. Heute ist die Staffelmiete im Rahmen des Bonner Krisenprogramms eingeführt und damit ein Steigen der Mieten um 30 Prozent. Die Gewerkschaftsführung nahm das kampflos hin. Wer an höheren Mieten verdient, kann auch nicht dagegen kämpfen.

Jedem Gewerkschafter muß heute klar sein, daß wir es hier nicht mit Einzeltätern zu tun haben und daß es hier nicht um bloße Meinungsunterschiede innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geht. Hier hat sich eine Schicht von Arbeiterbürokraten an der Spitze unserer Gewerkschaften breit gemacht, die handfeste kapitalistische Profitinteressen hat. Sie gehören nicht zu uns, zur Arbeiterklasse. Sie stehen auf der anderen Seite, und ihre Politik der Sozialpartnerschaft, der Zusammenarbeit mit den Unternehmern ist nur der Ausdruck davon.

Diese Politik aber führt uns von einer Niederlage in die andere. Sie macht uns wehrlos gegenüber den Angriffen der Unternehmer, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und Sozialabbau. Wenn wir dies ändern wollen, wenn wir die Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen wollen, dann müssen wir uns in den Gewerkschaften gegen diese Führung zusammenschließen. (...)

Genau deshalb haben wir die RGO gegründet und aufgebaut. Wir müssen innerhalb der Gewerkschaften die Demokratie herstellen und dafür sorgen, daß sich keiner mehr durch seine gewerkschaftliche Funktion bereichern kann. Die RGO hat schon immer gefordert und von Anfang an auch in ihren eigenen Reihen durchgesetzt: Der RGO-Vorsitzende bekommt nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bezahlt. Betriebsräte der RGO sollen eventuelle Mehreinnahmen aus ihrer Tätigkeit als Betriebsrat an die RGO abführen. Da erledigen sich Steuerschinderei und Grundstückspekulationen von selbst. Es gibt keinen Grund, warum ein Gewerkschaftsführer mehr verdienen soll als ein Arbeiter. (...)

Zum Schluß noch eins, Kollegen: Tretet jetzt nicht aus der Gewerkschaft aus, weil ihr die Nase voll habt von dem Sumpf in der Führung. Damit macht ihr es diesen Herren nur zu leicht, so weiterzumachen, wie bisher. Kämpft mit uns innerhalb der Gewerkschaften als Opposition für eine an den Interessen der Mitglieder orientierte Gewerkschaftspolitik, dafür, daß die Gewerkschaften zu Kampfverbänden werden, wie wir sie brauchen. Schließt euch mit uns zusammen, werdet Mitglied in der RGO!"

220 Millionen Mark Beiträge für die NH

Im Dezember letzten Jahres einigten sich die Gewerkschaftsvorsitzenden darauf, die Neue Heimat Städtebau aus den Kassen der Gewerkschaften zu unterstützen. Die Neue Heimat war durch die Bauspekulationen und das Management von Vietor und Co. in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Daraufhin erhielt die NH einen Gesellschafterzuschuß in Höhe von 100 Millionen Mark und weitere 120 Millionen Mark neues Eigenkapital. Gesellschafter der NH sind die Einzelgewerkschaften und der DGB zu verschiedenen Anteilen. Das Geld stammt also direkt aus den Kassen der Mitglieder. Sogar die IG Druck und Papier muß einen Beitrag von 1,6 Millionen Mark zuschießen, obwohl sie vom Druckereiarbeiterstreik im Jahre 1978 noch jetzt rund zehn Millionen Mark an Schulden gegenüber dem DGB und der Bank für Gemeinwirtschaft hat. Die IG DruPa muß für die rund 1,6 Millionen Mark einen neuen Kredit aufnehmen.

DGB-Vorsitzender Vetter sagte kürzlich in einem Interview: „Früher habe ich mehr im Spaß widerspenstigen Vorständen der Gemeinwirtschaft oft damit gedroht, wir verkloppen euch und können von dem Ertrag sicher 50 Jahre ohne wirtschaftliche Sorgen leben." Das wäre immerhin eine Möglichkeit, die Streikkasse der IG Druck und die der anderen Gewerkschaften wieder zu füllen. Allein die Neue Heimat soll einen Marktwert von 15 Milliarden Mark haben.

In Westberlin produziert

Giftgas für Israel

Die Angelegenheit erinnert an den Hamburger Stoltzenberg-Skandal: Wieder einmal — dieses Mal in Westberlin — ist eine Giftküche aufgeflogen, in der unbehelligt von den Behörden jahrelang Kampfgase für den kriegsmäßigen Einsatz produziert wurden. Auf Stoltzenbergs Kundenliste hatte unter anderem auch die Bundeswehr als Abnehmer der Nervengifte Tabun gestanden. Die Westberliner Ferak lieferte ihr Giftgas Thiophosgen vorwiegend nach Israel.

Erich Gründemann, Alleininhaber der Ferak, die Produktionsstätten in den Stadtteilen Tempelhof und Neukölln unterhält, versuchte seine Gifte allen Ernstes als Mittel gegen Fußpilz hinzustellen. In einem jetzt beschlagnahmten Fernschreiben an seinen israelischen Abnehmer, die Plantex Ltd. allerdings hatte er die von ihm gelieferten Stoffe als „furchtbare Chemikalien" bezeichnet. Ihre Produktion, so hieß es weiter in dem Fernschreiben, würde ihn in Schwierigkeiten mit den Behörden bringen. Und er forderte die Plantex-Bosse unverhüllt auf, den israelischen Botschafter in Bonn zu mobilisieren, damit der die befürchteten Schwierigkeiten von der Ferak abwende.

Grund zur Besorgnis hatte Gründemann allemal. Denn was er produzieren und nach Israel exportieren ließ, war unter anderem Thiophosgen, eine Flüssigkeit, die sich bei der Verbindung mit Luft in das extrem giftige Kampfgas Phosgen verwandelt. Ein Milligramm dieses Stoffes pro Liter Luft reicht schon für eine tödliche Dosis aus. Und die Produktion von Thriophosgen war — was Gründemann natürlich wußte — vollkommen illegal. Das am 20. Dezember 1946 erlassene Kontrollratsgesetz 43 verbietet für Westberlin jegliche Herstellung oder auch nur Lagerung von chemischen Stoffen, die zur Produktion von Kriegsmaterial geeignet sind. Auf schwere Verstöße gegen dieses Gesetz steht in Westberlin auch heute noch die Todesstrafe!

Nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse hat die Ferak 1,6 Tonnen Thiophosgen und darüber hinaus auch noch andere Gifte produziert, wie etwa Bromcyan, das schon im ersten Weltkrieg als Giftgas eingesetzt wurde. Der größte Teil der Kampfstoffe ging wie gesagt nach Israel, und zwar per LKW nach Hamburg, wo das Gift dann auf Schiffe umgeladen wurde. Es scheint kaum glaubhaft, daß die Westberliner Behörden von der Tätigkeit des Herrn Gründemann nichts gewußt haben sollen.

Aber so wie 1979 in Hamburg erst ein kleiner Junge am Gift sterben mußte, bevor gegen Stoltzenberg etwas unternommen wurde, zeigte auch die Staatsanwaltschaft in Westberlin erst dann eine Reaktion, als sich Nachbarn der Ferak-Fabriken über die unerträgliche Geruchsbelastung beschwerten.

Im Dezember 1979 wurden Produktions- und Lagerstätten der Gründemannschen Giftküche zum ersten Mal von der Polizei durchsucht. Aber darauf folgte keineswegs ein rascher Zugriff auf den illegalen Betrieb, sondern ein langes Schweigen. Erst zwei Jahre später — die Produktion bei der Ferak lief ungehindert weiter — legte die Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift gegen Gründemann vor. Kernpunkte: Verstoß gegen das erwähnte Kontrollratsgesetz; vorschriftswidrige Lagerung bzw. Beseitigung von Giftabfällen; Gefährdung des Lebens, zumindest der Gesundheit anderer.

Und wieder gingen mehrere Monate ins Land, bevor dann Anfang Februar 1982 eine zweite Polizeiaktion auf dem Gelände der Ferak erfolgte. Die Ergebnisse zeigten eindeutig, wie berechtigt der Anklagepunkt hinsichtlich der Gefährdung von Leben und Gesundheit anderer ist. Wie Stoltzenberg in Hamburg so hatte auch Gründemann die Beseitigung der Abfälle aus seiner Giftgasproduktion auf eine unglaublich kriminelle (und für ihn natürlich billige) Weise betrieben. Ein großer Teil der Abfallprodukte war einfach über eine Abwasserleitung und eine Regenrinne in den Teltow-Kanal geleitet worden.

Ein anderer Teil der Abfälle war in Fässer abgefüllt worden, die auf einem nicht gesicherten Gelände vor sich hin rosteten. Wie der „Spiegel" berichtete, waren schon 1979 insgesamt 250 Zentner Giftabfälle angefallen. Völlig ungeklärt ist bis heute noch, wo eine größere Menge von Abfällen aus der Herstellung des Kampfgases Bromcyan geblieben ist. Diese Menge, die schon 1977 bei der Produktion anfiel und seither „verschwunden" ist, entspricht einer tödlichen Dosis für 17000 Menschen.

Der Ferak-Skandal hat wieder einmal gezeigt, daß alle Beteuerungen der Bonner Regierung, daß in diesem Land keine chemischen Kampfstoffe produziert würden, eine Lüge sind. Es gilt also nach wie vor, nicht nur für die Beseitigung der amerikanischen Giftgas-Depots in der Bundesrepublik zu kämpfen, sondern auch für ein kontrolliertes Verbot jeder eigenständigen westdeutschen Giftgasproduktion.

Giftgaslager Deutschland



Wie zuvor schon in Lübeck sind in der vergangenen Woche auch in Kiel lebensgefährliche Giftampullen entdeckt worden, die aus den Beständen des Lübecker Dräger-Werks stammen. Die Ampullen waren während des zweiten Weltkriegs produziert worden. Nach der Befreiung vom Faschismus haben die Dräger-Bosse ihre Giftbestände offenbar einfach in der Erde verbuddeln lassen.

Die Funde der Ampullen in Lübeck und Kiel werfen wieder einmal ein Schlaglicht auf die Tatsache, daß in beiden Teilen Deutschlands noch immer unvorstellbare Mengen von tödlichen Giften lagern, die in der Zeit des Faschismus als Kriegswaffen produziert wurden. Die Bundesregierung hat die Menge dieser Gifte mit 70000 Tonnen angegeben. Die hier abgebildete Karte gibt die ungefähren Lagerorte an, wie sie von dem Mainzer Militärhistoriker Volkmann ermittelt wurden.

Immer wenn Teile aus diesen riesigen Beständen gefunden und dadurch Menschenleben gefährdert werden, entfalten die zuständigen Behörden hektische Aktivitäten. Eine systematische Suche nach den Giftlagern jedoch gibt es bis heute — 37 Jahre nach Kriegsende — noch nicht.

Die Sieben muß stehen bleiben!

Jeder Gewerkschafter sollte sich darüber klar sein, daß die IG-Metall-Führung gegenwärtig dabei ist, die bedingungslose Kapitulation vor dem Angriff der Unternehmer auf unsere Löhne einzuleiten.

Es begann damit, sich ohne Not in einer Situation auf die Schlichtung einzulassen, wo die Unternehmer noch überhaupt kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt hatten und um keinen Zentimeter von ihrer unverfrorenen Provokationslinie abgegangen sind.

Es setzte sich fort mit der skandalösen Offerte des neuen Verhandlungsführers der IGM in Nordrhein-Westfalen, Karl-Heinz Bräuer, sich freiwillig auf die Demontage der gewerkschaftlichen Forderung einzulassen und Verhandlungsbereitschaft über eine Vier vor dem Komma zu verkünden.

Das heißt doch, die Fahne der Kapitulation zu hissen, bevor die Heerschaaren der Metaller überhaupt Gelegenheit hatten, den Kampfplatz zu betreten und ihre Kraft zu messen! Das ist doch offener Verrat am Kampf für Reallohnsicherung!

Auch ein 4,9-Prozent-Abschluß wäre doch immer noch ein massiverer Reallohnabbau als er bereits in der letzten Lohnrunde durch den damaligen 4,9-Prozent-Abschluß besiegelt worden war. Denn vor einem Jahr lag die Teuerungsrate im Vergleich zu heute um etwa ein Prozent niedriger.

Deshalb würde eine Vier vor dem Komma in jedem Fall bedeuten, daß die Unternehmer ihr entscheidendes Ziel erreicht hätten: Die Weiterführung des lohnpolitischen Umschwungs, den sie vor zwei Jahren in Gang setzen konnten, als die Tarifabschlüsse zum ersten Mal so niedrig lagen, daß sie einen meßbaren Reallohnabbau einleiteten. Im vergangenen Jahr konnten die Unternehmer diese Tendenz bereits verstärken, denn nunmehr mußten wir einen nicht nur statistisch meßbaren, sondern auch schmerzhaft spürbaren Reallohnabbau von ca. 3 Prozent schlucken.

Durch einen noch stärkeren Einbruch in dieser Richtung wollen sie jetzt diesen Umschwung noch mehr verfestigen. Nicht zuletzt geht es ihnen darum, in der Öffentlichkeit die „Einsicht" zu verankern, daß es in der Krise mit den Löhne unweigerlich bergab geht.

So steuern die Unternehmer auf ihr Ziel zu: Im Laufe einiger Jahre das heutige Lohnniveau, das die Arbeiterklasse in der Phase des Wirtschaftsbooms erkämpfen konnte, drastisch abzubauen. Sie wollen das lohnpolitische Klima so eisig werden lassen, daß sie es künftig auch wagen können, mit Forderungen wie Lohnstopp oder gar Senkung der Nominallöhne aufzutreten. Gegen diese Unternehmerstrategie muß die Gewerkschaft heute einen konsequenten Kampf für Reallohnsicherung setzen.

Was sich jetzt abzeichnet, ist aber die Bereitschaft der IGM-Führung, vor dieser Strategie bedingungslos zu kapitulieren. Noch ist es Zeit, ihnen in den Arm zu fallen! Dazu ist allerdings massiver Druck von der Basis nötig. Jetzt muß es Aktionen geben. Jetzt muß in den Betrieben eine breite Mobilisierung laufen.

Eine Vier vor dem Komma kommt nicht in Frage! Die Sieben muß stehen bleiben! Streik für die volle Durchsetzung der IGM-Forderungen! Kein Tarifabschluß ohne Urabstimmung! Die Kampfstellung für Reallohnsicherung muß gehalten werden!



Bereitschaft zu faulem Kompromiß signalisiert

IGM-Führung rückt von 7,5 Prozent ab!

FRANKFURT. — Die Führung der IG Metall bastelt hinter den Kulissen jetzt schon intensiv an „Abstiegsmöglichkeiten", um von den aufgestellten Lohnforderungen herunter und auf den Weg zu einem faulen Verhandlungskompromiß zu kommen.

Zu diesen Bemühungen der IGM-Führung gehört die Entscheidung des IGM-Vorstandes, sich auf die von den Unternehmern eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen einzulassen. Es ist völlig klar, daß bei einem Unternehmer-Angebot von de fakto nur 2,8 Prozent kein Schlichtungsspruch denkbar ist, der nicht weit unter der 7,5-Prozent-Marke liegt, bei der sich die IGM-Forderungen der verschiedenen Bezirke ungefähr bewegen.

Zudem wird die erste Schlichtung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. In diesem Bundesland besteht auch unter dem neuen Verhandlungsführer der IGM, dem Kölner Bezirksleiter Karl-Heinz Bräuer, wie schon zu den Zeiten des unlängst verstorbenen Kurt Herb, eine besonders hemmungslose Neigung der Gewerkschaftsführung, die Kollegen zu verschaukeln.

Bräuer hat denn auch bereits vor dem Beginn der Schlichtungsverhandlungen verlauten lassen, man sei bereit, über eine Vier vor dem Komma mit sich reden zu lassen.

Zuvor hatte schon die Bezirksleitung der IGM in Hannover einen ähnlichen Vorstoß zum Abseilen von der IGM-Forderung unternommen. Am Mittwoch letzter Woche (24. Februar) gab die Bezirksleitung bekannt, daß sie sich in einem Eilbrief an den Unternehmerverband gewandt habe, um diesem die Bereitschaft der niedersächsischen IGM zu erklären, ihre Forderung *„deutlich unter 7 Prozent zu reduzieren."*

Dies alles geschieht, bevor die Unternehmer überhaupt ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch gelegt haben, und bevor die Gewerkschaft damit begonnen hat, die Kollegen im Betrieb zu mobilisieren und den Unternehmern Dampf zu machen! Das ist kampfloser Verzicht auf das erklärte Ziel der IG Metall: die Sicherung der Reallöhne!

Man muß sich darüber im klaren sein, daß das kapitulantenhafte Einlenken der IGM-Bonzen in Niedersachsen und NRW kaum ohne Absprache mit Loderer und Janßen erfolgt sein dürfte. Dahinter steckt der Versuch der IGM-Führung, einen faulen Kompromiß unter Dach und Fach zu bringen, bevor es in den Betrieben zu größeren Aktionen und Bewegungen kommt.

Aus der Erfahrung der letzten Lohnrunde wissen die Bonzen, daß es sehr schwierig für sie wird, die Metaller wieder zu bremsen, wenn diese erst einmal in breiter Front in Bewegung gekommen sind.

Ob die Rechnung der Bonzen allerdings aufgeht, ist noch eine ganz andere Frage. Das hängt jetzt entscheidend von den aktiven kämpferischen Gewerkschaftern in den Betrieben und auf den unteren Funktionärsebenen ab. Wenn sie jetzt entschlossen die Kollegen in den Betrieben mobilisieren, wenn sie auch ohne den Segen von oben kämpferische Aktionen organisieren, dann kann die Kampfstellung für Reallohnsicherung gehalten und vorangetrieben werden (siehe nebenstehender Kommentar).

Öffentlicher Dienst
Nur 6,5 Prozent!

Nur 6,5 Prozent fordern die Gewerkschaftsführer für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Diese Forderung liegt genau um ein Prozent unter den Forderungen der IG Metall in der Metall- und Stahlindustrie. Ein unverkennbares Zugeständnis von Heinz Kluncker an das Verlangen der Bundesregierung, jene geplante und dann dank der gewerkschaftlichen Streikbereitschaft zunächst abgeschmetterte einprozentige Einkommenskürzung nun doch noch durch die Hintertür in die Tarifrunde einzubringen!

So erweisen sich die Sprüche Klunckers, ein Sonderopfer für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst komme überhaupt nicht in Frage, als leere Floskeln. Denn mit dieser niedrigen Forderung signalisiert die ÖTV-Führung die Bereitschaft, einen Tarifabschluß zu unterschreiben, der den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst defakto sehr wohl ein Sonderopfer beschert. Dagegen müssen die Kollegen sich entschieden zur Wehr setzen!

Bereits seit 1976 liegt die Steigerungsrate der Einkommen für die Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst ständig unter der der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft. Die einfachen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst müssen heute durchschnittlich mit einem besonders geringen Einkommen über die Runden kommen. Ein Sonderopfer ist ihnen also im Laufe der letzten Jahre bereits aufgezwungen worden. In diesem Jahr soll nun noch stärker in diese Kerbe geschlagen werden! Das darf nicht hingenommen werden!

Eine besondere Mißachtung des Mitgliederwillens liegt überdies in der Aufstellung einer reinen Prozent-Forderung. Überall hatten die Kollegen an der Basis für Festgeld- oder wenigstens für Misch-Forderungen plädiert. Gerade durch eine reine Prozent-Forderung werden die privilegierten Bezieher hoher Einkommen, die im öffentlichen Dienst eine besondere Rolle spielen, extrem begünstigt.



Schornsteinfegergesellen streikbereit

Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann? Die Unternehmer! Denn die Schornsteinfegergesellen sind streikbereit. In Düsseldorf demonstrierten am Freitag letzter Woche mehrere hundert von ihnen in ihrer auffallenden Arbeitskleidung gegen die Weigerung der Meister, auf ihre berechtigten Forderungen nach mehr Urlaub und höherem Weihnachts- und Kleidergeld einzugehen. Die Kollegen sind darüber empört, daß ihre Chefs seit Monaten die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag verschleppen und sich sogar geweigert haben, eine Schlichtungsinstanz zu akzeptieren. Im Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen (ZDS) sind 5500 Gesellen organisiert. Die starke Beteiligung der Kollegen an der Demonstration in Düsseldorf signalisiert eine hohe Kampfbereitschaft.

Skandal um Neue Heimat

„Wer wie ein Unternehmer verdient..."

„Wer wie ein Unternehmer verdient, der legt sein Geld auch wie ein Unternehmer an und nach einer Weile denkt er auch wie ein Unternehmer". Das rief ein Delegierter der IG-Metall-Vertreterversammlung in Westberlin im Zusammenhang mit der Diskussion über den Skandal um die Neue Heimat unter dem Beifall der Kollegen aus.

Der Ausspruch des Kollegen bezog sich auf heftige Kritik, die in der Vertreterversammlung an der mangelhaften Kontrolle des NH-Vorstandes durch die DGB-Führung geübt wurde. In diesem Zusammenhang waren auch die enormen Gehälter der Spitzenfunktionäre des DGB unter Beschuß geraten.

Außerdem verabschiedete die Vertreterversammlung gegen den Willen des 1. Bevollmächtigten der Westberliner IG Metall, Horst Wagner, und des ebenfalls anwesenden neuen Westberliner DGB-Vorsitzenden Michael Pagels, mit großer Mehrheit einen Initiativantrag, in dem verlangt wird, daß keine Mitgliedsbeiträge mehr in die Neue Heimat Städtebau fließen dürfen.

Der IGM-Bevollmächtigte Horst Wagner deutete nach Verabschiedung des Antrages sogleich an, daß man sich einen Dreck um den Willen der Basis scheren werde, indem er betonte: *„Man werde jedoch verstehen, daß er* (der Antrag — RM) *aus der Situation heraus entstanden ist".*

Auch der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei der Krupp Stahl AG Rheinhausen verabschiedete einen Antrag zum Neue-Heimat-Skandal. Darin wird der IGM-Vorstand im Namen von 10000 gewerkschaftlich organisierten Kollegen aufgefordert, sich von allen Personen zu trennen, die durch unmoralische Geschäfte bei der Neuen Heimat den Ruf der Gewerkschaften geschädigt haben.

Gegen den entlassenen Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat, Albert Vietor, und gegen namentlich nicht genannte weitere Manager des DGB-eigenen Wohnungsbau-Konzerns hat die Hamburger Staatsanwaltschaft inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts auf Untreue" eingeleitet. Ein Sprecher der Anklagebehörde teilte mit, gegen Vietor und andere Vorstandsmitglieder sei jedoch keine Anzeige etwa vom DGB oder anderen gewerkschaftlichen Gremien erstattet worden.

Eine in diesem Zusammenhang sehr merkwürdige, unerwartete Änderung, gemeinnützige Wohnungsunternehmen betreffend, wurde in dem neugefaßten Bilanzrichtlinie-Gesetz vorgenommen, das vom Bundeskabinett am 10. 2. 1982 verabschiedet worden ist. Dieses Gesetz regelt die Prüfungsauflagen für Unternehmensbilanzen. Die überraschend eingeführte Korrektur des Gesetzentwurfes (Artikel 25) lautet:

„(1) *Auf die Prüfung des Jahresabschlusses von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (§ 1 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes) sind die Vorschriften des Handelsgesetzbuches im dritten Abschnitt des dritten Buches über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes durch Abschlußprüfer auf die Dauer von zehn Jahren seit Inkrafttreten des Bilanzrichtlinie-Gesetzes nicht anzuwenden."*

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Den Kampf gegen Arbeitslosigkeit konkret führen

Kampfparole 35-Stunden-Woche

Noch nie stellte sich für unsere Gewerkschaftsbewegung so dringend die Aufgabe, den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf die Tagesordnung zu setzen wie heute. Die DGB-Führung aber klammert bei ihren „beschäftigungspolitischen“ Vorstößen ausgerechnet diese im Kampf gegen das weitere Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit so entscheidende Forderung gezielt und bewußt aus.

An dieser Stelle geht es uns nicht darum, der Frage nachzugehen, inwiefern die beschäftigungspolitischen Forderungen der DGB-Führung richtig oder falsch, für die Gewerkschaften nützlich oder schädlich sind. Grundsätzlich bestreiten wir keineswegs die Notwendigkeit, Forderungen beschäftigungspolitischer Art an die Regierung zu richten. Für wichtig aber halten wir es in diesem Zusammenhang, daß sich Gewerkschafter folgendes bewußt machen:

Der Kampf gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutet zunächst und in erster Linie, daß der Arbeitsplatzvernichtung durch die Kapitalisten entschieden Widerstand geleistet wird. Wer nicht will, daß gegen Stillegungen und Massenentlassungen konsequent Front gemacht wird, wer den Kampf für die 35-Stunden-Woche auf den St. Nimmerleinstag verschieben will, der hat unehrliche Absichten.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist als Forderung nicht umsonst seit Jahren von gewerkschaftlichen Gremien bis hin zu den Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften und auch zu DGB-Bundeskongressen als wichtige gewerkschaftliche Antwort auf ständig zunehmende Belastungen am Arbeitsplatz und vor allem als Antwort auf Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung beschlossen und herausgestellt worden.

Wie sehr diese Beschlüsse berechtigt und notwendig sind, war noch nie so klar und unabweisbar wie heute. Schon allein der Hinweis auf das Emporschnellen der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf zwei Millionen reicht aus, um dies zu verdeutlichen. Aber wie brennend notwendig die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wirklich ist, läßt sich erst ermessen, wenn man in Betracht zieht, was noch in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Während an ein Abflauen oder gar an ein Ende der kapitalistischen Überproduktionskrise überhaupt nicht zu denken ist, stehen wir zugleich an der Schwelle neuer technischer Umwälzungen, vor allem infolge des Einzuges der Elektronik in alle Bereiche der Produktion, der Verwaltung, der Dienstleistungen, des Handels usw. Diese Umwälzungen ermöglichen es den Kapitalisten, derartig einschneidende Rationalisierungen und Automatisierungen durchzuführen, daß uns dadurch in der Bundesrepublik und in Westberlin innerhalb weniger Jahre die Vernichtung von mehreren Millionen Arbeitsplätzen, die Schaffung ebenso vieler zusätzlicher Arbeitsloser droht.

Was das bekannte Züricher Forschungsinstitut Prognos schon vor Jahren in einer Studie vorausgesagt hat, daß nämlich im Laufe der 80er Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin die Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen anzuwachsen droht, gewinnt jetzt greifbaren Umriß! Mit einer solchen Perspektive sich abfinden zu wollen, wäre für Gewerkschaften jedoch gleichbedeutend mit Selbstaufgabe.

Der Kampf gegen diese kapitalistische Profitstrategie kann und muß aufgenommen werden! Das heißt aber: Unsere Gewerkschaften müssen endlich die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Kampfforderung auf die Tagesordnung setzen. Auch wenn (oder besser gerade weil) dies dem sozialpartnerschaftlichen Kurs der jetzigen DGB-Führung widerspricht.

Entweder können wir in den nächsten drei oder vier Jahren dieses Ziel im großen und ganzen verwirklichen, was natürlich nur durch machtvolle gewerkschaftliche Massenkämpfe denkbar ist, oder aber wir werden sagen müssen: Unser gewerkschaftlicher Widerstand gegen das Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf mehrere Millionen und gegen die damit verbundene drastische Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten hat eine schwere Niederlage erlitten.

Hinzu kommt natürlich außerdem, daß durch die kapitalistische Rationalisierung die Arbeitshetze immer unerträglicher verschärft wird, daß viele Tätigkeiten verändert und noch einseitiger, belastender und nervenaufreibender werden, daß die Zerrüttung der Arbeitskraft und der Gesundheit durch die kapitalistische Ausbeutung im Betrieb zunimmt. Auch aus diesem Grund wächst die Dringlichkeit einer einschneidenden Arbeitszeitverkürzung.

Angesichts dieser Umstände ist es völlig unannehmbar, daß die DGB-Führung zwar große Töne über beschäftigungspolitische Initiativen, über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit spuckt, daß sie Parolen wie „Schafft Arbeit! Gebietet der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt!“ ausgibt, dabei aber zugleich die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als konkrete Forderung und als aktuelles gewerkschaftliches Kampfziel ausklammert.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche darf nicht länger zum frommen Wunsch degradiert werden, den man hin und wieder anläßlich gewerkschaftlicher Sonntagsreden aus der Mottenkiste hervorkramt. Sie muß hier und heute zur Kampfparole unserer Gewerkschaften werden, so wie sie es schon einmal war: im Winter 1978/79, als die Stahlarbeiter sechs Wochen lang für dieses Ziel gestreikt haben!

DGB Rheinland-Pfalz

Demonstration gegen Arbeitslosigkeit



Der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz plant für die kommenden Monate mehrere Großveranstaltungen gegen die Arbeitslosigkeit und für wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen der Regierung. Als erste dieser Veranstaltungen findet am 6. März in Bad-Kreuznach eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt. Als Redner ist der DGB-Landesvorsitzende Julius Lehlbach angekündigt. Lehlbach erklärte kürzlich zu dem sogenannten „Beschäftigungsprogramm“ der Bonner Regierung: „Ich vergleiche das ganze mit einer Feuerwehr, die zu einer Großbrandstelle gerufen wurde. Wobei die Feuerwehrleute dann, am Tatort angelangt, versuchen, das Feuer auszupinkeln.“ Wir rufen unsere Leser in Rheinland-Pfalz zur Teilnahme an der DGB-Demonstration auf. Dabei sollten durch Transparente u.ä. die wichtigen Kampfforderungen der Gewerkschaftsbewegung gegen Arbeitslosigkeit propagiert werden, wie „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“, „kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze“ und andere.

Tausende bangen um ihren Arbeitsplatz

Pelikan meldet Vergleich an

HANNOVER. — Für die Beschäftigten war es ein Schock, als sie am Donnerstag vorletzter Woche von der unerwarteten Hiobsbotschaft überrascht wurden: Pelikan mußte seine Zahlungsunfähigkeit erklären, denn die Gläubigerbanken hatten dem Konzern die Kreditlinien aufgekündigt.

Der Markenname Pelikan ist vor allem bekannt durch die Pelikan-Schreibgeräte. Das 150 Jahre alte Unternehmen umfaßt außer Schul-, Büro- und Zeichenbedarf auch die Herstellung von Artikeln der Bereiche Hobby, Freizeit und Kosmetik. Die Firma befindet sich gegenwärtig noch in Familienbesitz. Der Konzern umfaßt Tochtergesellschaften in vielen Ländern. Er beschäftigt weltweit in 44 Werken rund 12000 Menschen.

Das geschäftliche Desaster des Konzerns wird auf Verluste in den Bereichen Spiel, Freizeit und Bürotechnik zurückgeführt. Der Schwachpunkt soll vor allem in dem Hamburger Tochterunternehmen Pelikan Informationstechnik (PIT) liegen. Zu ihm gehört das Hamburger Lumoprint-Werk, welches mikroelektronisch gesteuerte Kopierer herstellt. Dieses Werk mit 300 Beschäftigten soll nach den bisherigen Ankündigungen der Konzernbosse zum Jahresende stillgelegt werden. Außerdem sind die Lohn- und Gehaltszahlungen für die Belegschaft in Frage gestellt.

Die IG Metall in Hamburg und der Betriebsrat des Lumoprint-Werkes haben zu einer Demonstration gegen diese Absichten der Pelikan-Kapitalisten aufgerufen.

Für die rund 3000 Beschäftigten im Hannoveraner Stammwerk soll die Lage nicht so ernst sein. Dies behauptet zumindest der Vorstandsvorsitzende Hackel. Auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung versuchte er den Kollegen einzuhämmern, es sei in ihrem Interesse, wenn das Lumoprint-Werk in Hamburg geschlachtet werde. Dadurch blieben die Arbeitsplätze in Hannover gesichert.

Das ist das sattsam bekannte niederträchtige Spiel: Die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird eiskalt ausgenutzt, um die Belegschaften auseinanderzudividieren und davon abzuhalten, sich im solidarischen Widerstand gegen die Konzernherren und ihre Angriffe zusammenzuschließen.

Hier wäre es unbedingt die Pflicht der IG Chemie und der IG Metall, solchen Spaltungs- und Abwiegelungsmanövern kompromißlos entgegenzutreten. Beispielsweise indem man gemeinsam alle betroffenen Belegschaften zu einheitlichen Protestaktionen aufruft für die Forderungen:

Keine Stillegung! Keine Entlassung! Erhalt aller Arbeitsplätze bei Pelikan! Sowohl in Hamburg und Hannover als auch anderswo!

„Entsorgung von Mitarbeitern — möglichst lautlos“

In Briefen an Unternehmer hat die Wiesbadener Firma Personalberatungs GmbH Dr. Dieter Schulz ihre Dienste zum Personalabbau angeboten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conrado veröffentlichte den Wortlaut im Bonner Pressedienst ppp:

„Persönlich — Vertraulich
Herrn Dr. ..., Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Dr. ...,

ich würde gerne noch einmal das Thema ‚Entsorgung' von Mitarbeitern ansprechen. ... Ich denke, daß das Thema an Aktualität gewonnen hat. Sollten Sie sich als Konsequenz daraus zum Personalabbau entschließen, so werden Sie sicherlich interessiert sein, das möglichst lautlos zu vollziehen. Wie Sie wissen, haben wir in diesem sehr subtilen Problemkreis eine Menge Erfahrung...

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Dr. Dieter Schulz“



Außerordentliche Belegschaftsversammlung bei Pelikan in Hannover. Der neue Vorstandsvorsitzende Kurt Hackel (rechts am Mikrofon) versuchte, die Kollegen zu beschwichtigen und gleichzeitig einen Keil zwischen die verschiedenen Belegschaften zu treiben.

Schalker Verein

Veranstaltung der Bürgerinitiative

Gelsenkirchen. — Am Donnerstag letzter Woche führte die Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung ihre erste Veranstaltung durch. Sie hatte sich am 13. Januar 1982 im Anschluß an eine Großkundgebung gegen die Stillegung des letzten Hochofens auf dem Hüttenwerk Schalker Verein gegründet. Seit ungefähr einem Jahr ist es immer wieder zu Protesten der Belegschaft des Schalker Vereins und Gelsenkirchener Bürger gegen diesen Plan der Thyssen-Bosse gekommen, der die Vernichtung von 1200 Arbeitsplätzen bedeutet und auf längere Sicht die Gefahr birgt, daß das ganze Werk Schalker Verein dichtgemacht wird. Die Bürgerinitiative hatte sich gegründet, weil die Stillegungspläne, die Gelsenkirchen in ein soziales Notstandsgebiet zu verwandeln drohen, offensichtlich nur noch durch ganz massive Protestaktionen breiter Teile der Bevölkerung zu verhindern sind.

Zu der Veranstaltung kamen ca. 30 Besucher. Das einleitende Referat hielt der Sprecher der Bürgerinitiative Dr. Wolfgang Gedeon. Dr. Gedeon führt eine Arztpraxis in Bulmke-Hüllen, jenem Gelsenkirchener Stadtteil, wo die meisten Arbeiter des Schalker Vereins wohnen. Im Anschluß an seine Ausführungen gab es eine sehr lebhafte Diskussion, an der sich hauptsächlich betroffene Arbeiter vom Schalker Verein beteiligten. Anwesend waren auch Kollegen aus anderen Gelsenkirchener Großbetrieben, so z.B. von Küppersbusch. Auch eine ganze Reihe von Kollegen aus der Türkei waren anwesend.

Es wurde ein offener Brief an die Landesregierung verabschiedet, in der diese zu einer Stellungnahme aufgefordert wird. Ferner wurde als nächste größere Aktivität die Durchführung einer Podiumsdiskussion in der Zeit um den 1. Mai ins Auge gefaßt. Für diese Podiumsdiskussion sollen auch Politiker bzw. bekannte Persönlichkeiten gewonnen werden.

Aus unseren Betriebszeitungen

„Vor Ort“, Betriebszeitung der KPD für den Bergbau/Dortmund

Leistung bis zum Umfallen oder bis zur „Vergasung“



In Ernestine, Schacht 6 vor Ort, leben die Kumpel von Deilmann mal wieder wie in der Sauna. Bis vor kurzem wurden Spitzenwerte von etwa 33 Grad gemessen. Nach der Schicht ist man bei dem Klima völlig ausgelaugt und fertig. Natürlich reicht es bei dieser feuchten Hitze nicht aus, alle Jubeljahre mal messen zu kommen.

Man kennt das ja: jetzt, wo eine zusätzliche Wetterung aus der Strecke eingebaut wurde, jetzt kommt man messen.

Letztens stand wieder der Betrieb still, weil der Grubengasgehalt über die Ein-Prozent-Marke stieg. Normalerweise ist es sowieso verboten, bei über 1 Prozent CH_4 zu arbeiten, es sei denn, die Bergbehörde stellt eine Sondergenehmigung aus. Es ist zu bezweifeln, daß die Genehmigung jedesmal vorliegt.

Zusätzlich zu der Bullenhitze kommt die hohe Staubbelastung durch den Streb. Stellenweise dringt das Licht kaum bis vor die sprichwörtliche Hand vor den Augen. Kommt der Staubmesser zum Messen, wird natürlich vorher im Streb getränkt, was das Zeug hält.

- **Regelmäßige Befahrung des Ortes durch die Bergbehörde und den Betriebsrat!**
- **Kurzpausen zur Erholung statt ständigem Streß und Leistungsdruck!**

8. März — Internationaler Frauentag

Wohl lange nicht mehr war es so deutlich wie in diesem Jahr, daß der Internationale Frauentag kein Gedenktag ist, kein Tag der Erinnerung an eine Zeit, in der die Frauen noch ganz offiziell als Menschen zweiter Klasse eingestuft wurden. So nach dem Motto: „Heute geht's uns schon viel besser, aber immer noch nicht gut genug" — und darum protestiert und feiert man eben ein bißchen. Daß gerade viele „Offizielle" so an diesen Tag herangehen, ist kein Geheimnis. Die Gründe dafür liegen nahe, wenn man auf der anderen Seite weiß — und gerade die berufstätigen oder arbeitslosen Frauen erfahren es täglich — daß von einer Befreiung der Frau, einer tatsächlichen Emanzipation auch heute noch nicht die Rede sein kann, und daß die Kapitalisten davon direkt profitieren. Aber selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund, eigentlich ja als Interessenvertretung auch der Hunderttausenden berufstätigen Frauen gedacht, reagierte noch im letzten Jahr sehr verschämt auf die Forderung, am 8. März etwas auf die Beine zu stellen, sein Interesse am Erstarken einer Frauenbewegung zu demonstrieren. Nur widerwillig wurden Saalveranstaltungen genehmigt, der Kontakt zu autonomen Frauengruppen hatte bitte schön zu unterbleiben.

Daß sich die Situation in diesem Jahre in dieser Hinsicht anders darstellt, ist dem Einsatz vor allem der Gewerkschaftskolleginnen zu danken.

Es besteht kein Zweifel, daß der Kampf für die grundlegenden Rechte der Frau, nämlich die tatsächliche Verwirklichung der Gleichberechtigung auf allen Gebieten, noch viele Hürden zu überwinden hat. Noch immer gilt nicht der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Allerdings hat sich in den letzten zwölf Monaten hier einiges getan. Frauen setzten sich gegen Benachteiligungen zur Wehr, zogen vor Gericht, erstritten sich zum Teil ihr Recht. Der gerichtliche Kampf kann dabei nur eine, nicht die wichtigste, Seite dieses Kampfes sein. Es gilt, in den Betrieben, in den Tarifrunden für die Beseitigung der diskriminierenden Frauenlohngruppen zu sorgen. Den Kampf dafür haben die Gewerkschaften, zum Teil gegen eindeutige Versprechungen, bis heute nicht konsequent aufgenommen.

Von der Arbeitslosigkeit, die inzwischen Massenumfang angenommen hat, sind die Frauen in besonderem Maße betroffen. Die offizielle Politik des Staates, der die Geschäfte der Kapitalisten wahrnimmt, lautet: heute wieder heim an den Herd. Das Arbeitslosenheer, die industrielle Reservearmee, die unter anderem schamlos zur Lohndrückerei ausgenutzt wird, ist auch so groß genug, und die Schlechterbehandlung der Frauen ist ein Spaltungsinstrument, daß in der Krise besonders gut wirkt.

Heim an den Herd — das ist nicht nur eine Parole, wenn auch wieder die Reklametrommel für die „verantwortungsbewußte Mutter" usw. gerührt wird. Massiver Druck auf allen Gebieten soll sie durchsetzen helfen. Unter anderem durch die drastische Verschlechterung von Sozialleistungen wie Bereitstellung von Kindergärten, Kinderkrippen und Krabbelstuben, durch die Heraufsetzung der Beiträge dafür, durch die rücksichtslose Schließung solcher Stätten. Es sind in aller Regel die Frauen, die deshalb zu Hause bleiben müssen. Die Mütter, die zu Hause sind, sind auch betroffen von anderen Einschnitten ins „soziale Netz", sie sind es, die einspringen müssen, wenn die Kinder aufgrund zu großer Klassen Schwierigkeiten mit dem Lehrstoff haben, wenn die Liegezeiten in Krankenhäusern durch Bettenabbau verkürzt werden usw.

Es häufen sich in diesem Zusammenhang auch andere direkte Angrifffe auf Rechte der Frauen. Als ein Beispiel sei das Gesundheitswesen genannt; es gibt Kreise, so den Hartmannbund, die für Teuerungen in diesem Bereich „falsche politische Entscheidungen" verantwortlich machen, und sie meinen damit ganz vorrangig zum Beispiel Schwangerschaftsabbrüche, Sterilisationen, die Einrichtung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Alles überflüssig! Dafür soll auch die Krankenkasse nichts mehr zahlen!

Aber in die Bundeswehr, da sollen auch Freuen hinein dürfen. Ebenso wird für den Polizeidienst verstärkt geworben. Und unter welchem Schlagwort? „Emanzipation" natürlich! Wo es für den Krieg, wo es gegen das eigene Volk ist, da dürfen auch die Frauen mit 'ran.

Gegen all dies — und das waren nur wenige Beispiele — setzen sich die Frauen aber zunehmend zur Wehr. Am wirkungsvollsten da, wo sie es zusammen mit ihren männlichen Kollegen tun. Im Betrieb, in den Gewerkschaften. Und für den Frieden. Die Frage des Kampfes um die Erhaltung des Friedens hat viele Frauen zum politischen Handeln getrieben. Welche Bedeutung dieser Tatsache zukommt, darauf hat bereits die Genossin Clara Zetkin, auf deren Vorschlag der Internationale Frauentag im Jahre 1910 von der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz ausgerufen wurde, hingewiesen. Ihre Ausführungen bleiben aktuell. „Erst wenn auch die große Mehrheit der Frauen aus tiefster Überzeugung hinter die Losung tritt: Krieg dem Kriege, erst dann kann den Völkern der Friede gesichert werden."

Und so, wie die vollständige Befreiung der Frauen erst zur Tatsache werden kann, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse fallen, die ihre Unterdrückung bedingen, so wird der Kampf um diese neue Gesellschaft, den Sozialismus, nur mit den Frauen zu gewinnen sein.



Frauen werden immer aktiver. Für ihre vollständige Emanzipation, für ihre politischen und sozialen Rechte, in der Gewerkschaft, für den Frieden. Unser Bild entstand am 10. 10. letzten Jahres in Bonn: Eine junge Kollegin bekennt sich stolz dazu, als Gewerkschafterin gegen die Kriegstreiber zu demonstrieren, entgegen den Appellen der DGB-Führung. Der DGB hatte im letzten Jahr auch versucht, das gewerkschaftliche Engagement zum Internationalen Frauentag zu bremsen. Auch das hat nicht geklappt. Und es war der Druck vor allem der Kolleginnen an der Gewerkschaftsbasis, der dafür gesorgt hat, daß am diesjährigen 8. März zahlreiche Gewerkschaftsveranstaltungen stattfinden.

Der lange Prozeß der Adler-Frauen

FRANKFURT. — Am 3. Februar erging im Amtsgericht zu Frankfurt ein Urteil im Prozeß von acht Frauen der Firma Adler, die ihre Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" eingeklagt hatten. Es ist sehr fraglich, ob sie von diesem Erfolg in einem Verfahren, das sich bereits seit Dezember 1980 hinzieht, überhaupt noch etwas haben — denn das Frankfurter Adler-Werk soll im Juni geschlossen werden.

Im Grunde sind die Bandakkord-Arbeiterinnen von Adler regelrecht verschaukelt worden. Das zeigt ein Blick auf die Geschichte dieses Prozesses.

Die Frauen zogen bereits im Mai 1980 ins Personalbüro, um eine Aufhebung ihrer Ungleichbehandlung zu verlangen: sie wurden im Gegensatz zu den Männern, die mit ihnen am gleichen Band die gleiche Arbeit verrichteten, nicht in Lohngruppe 5, sondern in Lohngruppe 2 bezahlt. Worauf die Geschäftsleitung gleich konterte, hier seien nicht die Frauen unter-, sondern höchstens die Männer überbezahlt, und wenn die Frauen auf ihrer Forderung bestünden, würden eben die Männer abgruppiert. Ein klares Spaltungsversuch, der den Frauen die Unterstützung der männlichen Belegschaft nehmen sollte. Bis zum Dezember tat sich nichts, auch der Betriebsrat rührte sich nicht.

Im November beauftragten sich sieben nicht gewerkschaftlich organisierte Frauen einen Anwalt, Klage beim Amtsgericht einzureichen. Erst dies und der massive Druck der Gewerkschaftskolleginnen veranlaßte die IG Metall, selbst aktiv zu werden und mit einer Klage nachzuziehen. Im Dezember wurde die Klage eingereicht, die unorganisierten Frauen zogen ihre gleichzeitig zurück, so daß die Gewerkschaft die Sache von nun ab in der Hand hatte. Erwähnen muß man noch, daß die Kolleginnen zum großen Teil aus dem Ausland kommen.

Erst im Mai 1981 setzte das Arbeitsgericht einen Termin für die „Inaugenscheinnahme" der Arbeitsplätze fest — für September '81. Anfang September gab der Unternehmervorstand bekannt, daß das Frankfurter Werk vollständig geschlossen werden müsse und zusätzlich weitere 200 Entlassungen vorgenommen würden.

Es lag also deutlich im Interesse der Kapitalisten, den Gerichtstermin so weit wie möglich hinauszuschieben, um sich die drohende Höherbezahlung der Frauen ganz sparen zu können. Gleichzeitig setzten sie die klagenden Frauen unter Druck. Und tatsächlich unterschrieben vier der zwölf Klägerinnen eine Ausgleichsquittung, in der die „einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses" festgestellt wurde. Diese Quittungen wiederum legten die Kapitalisten am 3. Februar dem Gericht vor und erreichten damit die Unwirksamkeit der Klage dieser Frauen. Und noch während des Gerichtstermins erklärten sich weitere vier Frauen bereit, ein Verhandlungsangebot der Unternehmer zu akzeptieren, das einen finanziellen Ausgleich ohne Gerichtsurteil vorsieht.

Es sind jetzt nur noch vier ausländische Kolleginnen, die unbeirrt an der Klage festhalten. Sie haben in erster Instanz Recht bekommen, die Kapitalisten haben Berufung eingelegt. Und ob vor Schließung des Werkes überhaupt noch etwas geschieht, das weiß man nicht.

„Baby-Jahr" gestrichen

BONN. — Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bricht ein weiteres ihrer vielen Versprechungen, mit denen sie Wählerstimmen geködert hat: Das von der SPD als „unverzichtbarer Bestandteil" einer für 1985 geplanten Rentenreform deklarierte „Baby-Jahr" wird gestrichen.

Es ging dabei darum, allen Müttern ein Jahr für die Kindererziehung, in dem die Frauen eben nicht arbeiten und also auch keine eigenen Rentenversicherungsbeiträge entrichten, bei der Rente anzurechnen. Die Kosten wurden mit drei Milliarden Mark jährlich angegeben. Jetzt legten gewisse Experten neue Kostenrechnungen vor, die zwischen fünf und acht Milliarden liegen, und damit soll das Projekt gestorben sein. Denn soviel Geld, heißt es, steht nicht zur Verfügung.

Dieser empörende Vorgang ist auch ein vernichtendes Urteil über die Wertmaßstäbe dieser kapitalistischen Gesellschaft. Es gibt Produktionszweige, in denen gehört es zu den gewöhnlichsten Selbstverständlichkeiten, daß ursprüngliche Kostenplanungen schließlich um ein mehrfaches nach oben korrigiert werden, und es wird dennoch das geforderte Geld aufgebraucht. Das gilt besonders für die Rüstungsproduktion; wer erinnert sich nicht an die Tornado-Affäre, die dafür nur ein Beispiel ist.

Die wachsenden Ausgaben für den Rüstungswahnsinn werden ja auch direkt durch Streichungen bei den Sozialausgaben finanziert. Alles für Krieg und Profit, nichts für den arbeitenden Menschen, nichts für Frauen und Kinder — das ist die Maxime der bundesdeutschen Haushaltspolitik.

Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

Bochum
Der DGB-Kreis Bochum macht eine Veranstaltung am *7. März* in der Aula der Gesamtschule Markstraße, Bochum-Querenburg. Beginn: 17.00 Uhr. Es spricht Gisela Kessler von der IG DruPa, außerdem berichten Kolleginnen aus dem Betriebsalltag. Im Kulturprogramm: Fasia Jansen, Klatschmohn, Theatergruppe der IG DruPa, Geschichte des 8. März, Informations- und Bücherstände, Tanz.

***

Kiel
Der Landesverband der KPD, Schleswig-Holstein, führt am *13. März* eine Veranstaltung zum Thema „Der Kampf der werktätigen Frauen" durch. Der Ort wird im nächsten RM bekanntgegeben; man kann auch im Kieler KPD-Büro anrufen: 0431 / 567702.

Frau Schutzmann

DÜSSELDORF. — Gleichberechtigung, Gleichstellung im Berufsleben, das wird den Frauen nach wie vor vorenthalten. Aber verdienstvolle Politiker haben ein Feld aufgetan, auf dem nun endlich die Emanzipation verwirklicht werden kann: bei der Polizei. „Frau Schutzmann" heißt die neue Vorkämpferin der Frauenbefreiung.

So jedenfalls sieht es die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (SPD). „Mit der Öffnung der Schutzpolizei für Frauen kommen wir dem Ziel nach voller Gleichberechtigung der Frauen wieder einen Schritt näher", ließ sie in einer offiziellen Mitteilung verlauten. Innenminister Schnoor möchte vom 1. Oktober 1982 an jährlich 60 Frauen bei den Bereitschaftspolizei-Abteilungen in Brühl und Selm einstellen lassen. Gleichzeitig also eine ungeheuer wirksame arbeitsmarktpolitische Maßnahme!

Mit wirklicher Emanzipation hat das natürlich nichts zu tun, wenn jetzt auch Frauen zum Schutz des Staates herangezogen werden, der auch ihr Streben nach wirklicher Gleichberechtigung überall unterdrückt. Frauen in der Polizei sind genausowenig ein Zeichen von fortschreitender Emanzipation wie Frauen in der Bundeswehr. Die uniformierte und bewaffnete Bereitschaftspolizistin, an deren Anblick wir uns gewöhnen sollen, dient sicher auch der Vorbereitung auf die uniformierte und bewaffnete Bundeswehrsoldatin.

Ein Schritt zur weiteren Militarisierung der Gesellschaft, der von den Herrschenden auch noch zur Imagepflege ausgenutzt werden soll, denn Frauen machen schließlich so einen freundlichen Eindruck. So erhofft sich Minister Schnoor von „Frau Schutzmann" auch einen Beitrag „zu einer Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgern und Polizei".

Eine solche Politik ist ein Hohn auf die Frauenrechte. Sie muß entschieden zurückgewiesen werden.



Die Springer-Presse jubelt: „Jetzt kommt Frau Schutzmann"! Das Foto stammt aus der „Bild"-Zeitung vom 28. Januar.

Meldungen

K.-J. Rattay: Verfahren neu aufgenommen

WESTBERLIN. — Neues Beweismaterial für die Schuld der Polizei am Tode des 17jährigen Klaus-Jürgen Rattay legte der Rechtsanwalt der Familie vor.

Am 22. September 1981 wurde Klaus-Jürgen von einem Bus überfahren, nachdem die Polizei ihn und andere nach Räumung besetzter Häuser über die vielbefahrene Potsdamer Straße gejagt hatte. Im Dezember ließ die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen einstellen. Durch die Presse ging die Behauptung, Klaus-Jürgen sei absichtlich auf die Stoßstange des Busses gesprungen, um die Scheibe einzuschlagen, und dabei heruntergefallen und von einem Rad erfaßt worden.



Rechtsanwalt Meyer-Franck legte neues Beweismaterial vor, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erlangen. Anhand von neuen Zeugen und neuem Bildmaterial kann er die Schuld der Polizei und des Busfahrers nachweisen. Danach steht fest, daß der Bus bereits vor dem tödlichen Zusammenprall mehrere Fußgänger beinahe erfaßt hatte; der Fahrer fuhr einfach weiter. Klaus-Jürgen Rattay ist eindeutig vor der Polizei aus der Bulöwstraße auf die Potsdamer Straße ausgewichen, sah den auf ihn zufahrenden Bus im letzten Augenblick und riß schützend die Arme hoch. Er wurde getötet, weil der Fahrer nicht sofort abbremste; bekanntlich kam der Bus erst 50 Meter weiter zum Stehen. Die Polizei hat dadurch, daß sie die Menschen rücksichtslos über die Straße trieb, den Tod auch mehrerer Menschen vorsätzlich in Kauf genommen.

Nazi-Waffenhändler

PEINE. — Der als Mitglied der faschistischen Otte-Bande zu 40 Monaten Haft verurteilte Wolfgang Sachse hat auch nach seiner Verurteilung weiter Waffenhandel betrieben.

Das stellte sich im Zusammenhang mit Ermittlungen um neue Waffenverstecke der Neonazis im Raum Peine heraus. Sachse, dessen Verurteilung wegen der Herstellung von Rohrbomben für mehrere Anschläge erfolgte, verkaufte noch nach dem Prozeß an mindestens neun junge Faschisten Waffen. Er wurde erst im Februar dieses Jahres verhaftet, das Urteil wurde im Dezember 1981 rechtskräftig. An jedem Tag, an dem diese Verbrecher frei herumlaufen, stellen sie eine Gefahr für das Leben Unschuldiger dar.

Weg mit dem Arbeitsdienst für Asylanten!

WESTBERLIN. — Der Versuch des Westberliner Senats, Asylbewerber für 1,25 Mark Stundenlohn zur Straßenreinigung heranzuziehen, ist gescheitert: Nicht ein einziger Asylant erschien am Morgen des 22.2. zu dieser entwürdigenden Arbeitsdienstverpflichtung.

Damit wurde auch Sozialsenator Ulf Fink (CDU) als Lügner entlarvt, denn er hatte behauptet, über 120 Asylanten hätten sich freiwilig gemeldet. Fink startete nun unverschämte Ausfälle gegen die Organisation amnesty international, die dem Senat vorgehalten hatte, „Asylbewerber als Arbeitssklaven zu mißbrauchen". Amnesty hätte die an sich Arbeitswilligen aufgehetzt und Druck auf sie ausgeübt.

In Wahrheit ist dies eine großartige Demonstration des Widerstandes gegen eine Politik, die direkte Erinnerungen an den faschistischen Reichsarbeitsdienst wachruft. 14 Tage Granulatfegen sollten die, denen die Aufnahme von Arbeit doch angeblich für zwei Jahre verboten ist, während ihr Asylverfahren läuft. Aber das bezieht sich nach dem Willen gewisser gewissenloser Politiker nur auf normal bezahlte Arbeit.

Dieses Westberliner Modell läßt sich übrigens ohne weiteres weiterdenken: So, wie die Asylanten nicht „der Sozialhilfe zur Last fallen" sollten, ohne etwas dafür zu leisten, so könnte man ja auch bald alle Arbeitslosen zum Arbeitsdienst schicken. Womit die Kopie des Hitlerschen Modells ziemlich komplett wäre. Und es ist ja nicht so, daß derartige Überlegungen nicht angestellt würden.

Der Westberliner Senat reagierte geschockt. Und bereitet verschärfte Zwangsmaßnahmen vor; es steht die offizielle Zwangsverpflichtung von 200 Asylbewerbern bevor. Wer sich weigert, soll seinen Anspruch auf Sozialhilfe verlieren.

Diese Ankündigung hat bereits massiven Protest hervorgerufen. Der Senat muß daran gehindert werden, diese unmenschliche Dröhung wahrzumachen! Westberlin ist CDU-regiert. „Zwangsarbeit verstößt gegen die Würde des Menschen!" erklärte der Sprecher der Westberliner SPD, Wilhelm Wiegreffe. Sehr richtig. Aber das tut sie überall, nicht nur in Westberlin, sondern zum Beispiel auch in Nordrhein-Westfalen.

NRW ist SPD-regiert. Und auch hier finden sich die Maßnahmen, die in Berlin erst eingeführt werden sollen. Zum Teil sind sie bereits seit längerem durchgesetzt! Und hier beträgt die Bezahlung nur 1 Mark pro Stunde!

Zu nennen sind hier die Städte Schwelm, Gevelsberg und Sprockhövel. In Herdecke wurde einem Libanesen, der sich gegen diese Zumutung wehrte, die Sozialhilfe um 20 Prozent gekürzt.

In Witten wurden vor einigen Tagen 14 Türken aus einer Gemeinschaftsunterkunft zwangsverpflichtet. Sie sollen ab Anfang März vier Stunden täglich auf dem Hof des Tiefbauamtes Schmutzarbeit leisten. Bei Weigerung droht auch ihnen die Kürzung der Sozialhilfe um 20 Prozent. Bisher haben sieben der Zwangsverpflichteten Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt.

Roeder-Prozeß

Umfassende Geständnisse

STUTTGART. — Im Prozeß gegen vier Mitglieder der faschistischen Deutschen Aktionsgruppen um Manfred Roeder haben drei der Angeklagten umfassende Geständnisse abgelegt. Roeder selbst wird als letzter vernommen.

Nach Raymund Hörnle gestand auch Sybille Vorderbrügge die Sprengstoffanschläge, an denen sie persönlich beteiligt war. Dazu gehörte auch der Mord an den beiden Vietnamesen in Hamburg. Der einzige Unterschied zu Hörnle bestand bei ihr darin, daß sie teilweise versuchte, Roeder — dem sie sexuell und geistig hörig war, wie das Gericht feststellte — etwas zu decken. So behauptete sie z. B., der selbsternannte „Reichsverweser" habe von dem Hamburger Attentat erst hinterher erfahren, während Hörnle ausgesagt hatte, Roeder habe im Voraus davon gewußt und eigentlich sogar mitmachen wollen. Klar, daß die diesbezüglichen Aussagen der Vorderbrügge aufgrund ihrer immer noch vorhandenen Abhängigkeit von Roeder unglaubwürdig sind. Auch Vorderbrügge gab zu, daß sich alle einschließlich Roeder nach dem feigen Mord zu einem „Festessen" trafen, auf dem der Bandenchef die Toten als „Halbaffen" bezeichnete.

Der Arzt Heinz Colditz versucht vor Gericht, seine Rolle in der Bande herunterzuspielen. Colditz, der nicht wegen Mordes und Mordversuches, sondern allein wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt ist, behauptet von sich, er sei „kein Nazi". Colditz hat selbst den Anschlag auf die Auschwitz-Ausstellung im Landratsamt Esslingen verübt. Im „Dritten Reich", so befand dieser „Nicht-Nazi", sei gar „nicht alles so schlecht gewesen, wie offiziell dargestellt", es habe „große Leistungen auf verschiedenen Gebieten" gegeben. Kriegsschuld und Judenvernichtung — in Colditz' Augen alles Lüge. Colditz hatte im übrigen den flüchtigen Roeder bereits im Januar 1980 Unterschlupf für eine Woche gewährt. Vor Gericht distanzierte er sich nun plötzlich vom „extremen Antisemitismus" seines Anführers. Keine großen Worte machte Colditz natürlich über die Tatsache, daß er in seiner Arztpraxis jahrelang faschistische Propaganda betrieben und entsprechende Schriften verbreitet hatte, daß er es war, der den Bombembastler Hörnle für die Gruppe warb.

Man wird sehen, wie sich der Bandenchef Roeder selbst vor Gericht äußern wird. Bisher liegt von ihm keine Aussage vor. Aber zu leugnen ist nichts mehr, das steht jetzt schon eindeutig fest.

Was das Gericht betrifft, so muß man offenbar wieder einmal auf einiges gefaßt sein. Prozeßbesuchern zufolge bezeichnete Richter Knospe im Zuge der Vernehmung von Sybille Vorderbrügge die Roeder-Bande als „kleines verlorenes Häuflein". Sollte er „vergessen" haben, daß er im Gerichtssaal nur den kleinsten Teil dieses „Häufleins" vor sich hat, während etliche, namentlich bekannte Mitglieder der Nazi-Bande weiterhin auf freiem Fuß sind? Sollte er „überhört" haben, wie die Angeklagten ihm gegenüber selbst die weitreichenden Verbindungen ihrer Organisation zu anderen Nazi-Gruppen zugaben, darunter der Waffenlieferant Forstmeister Lembke aus Niedersachsen? Ganz zu schweigen davon, daß im Gericht niemand das von offizieller Seite geschaffene politische Klima anspricht, in dem Banden wie die Roeders so prächtig gedeihen.

Zukunftspläne der Nazi-Terroristen

Wie im letzten RM bereits kurz gemeldet, kündigte der Nazi-Führer Michael Kühnen, Chef der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, für die Zeit nach seiner bereits für August erwarteten Haftentlassung neuen Terror an. Gegenüber dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" entwickelte er einen strategischen Plan für die zukünftige Tätigkeit der „Nationalsozialisten", wie er seine Gesinnungsgenossen und sich selbst ungeniert und ungestraft nennt. Daraus hier einige Auszüge, denn es ist wichtig, die Pläne der Faschisten zu kennen, um sie bekämpfen zu können.

Das provokative Auftreten der Nazis in der Vergangenheit, so Kühnen, sollte sie bekannt machen, zeigen, daß es noch „Nationalsozialisten in Deutschland gibt". Bekanntlich wurde das von den Behörden weitgehend geduldet; nicht einmal die terroristischen Anschläge wurden ja effektiv verfolgt. „Diese Phase" so Kühnen, „ist zwar nicht ganz abgeschlossen (...), aber sie ist nicht mehr der Schwerpunkt der Arbeit (...). Jetzt geht es darum, Sachpositionen zu gewinnen, ein Problem zu finden, das tatsächlich die Masse der Bevölkerung als Problem bewegt und das nur von Nationalsozialisten gelöst werden kann. **Das wird im wesentlichen die Ausländerfrage sein** (...). Wir werden uns auf dieses Thema voll konzentrieren und werden uns dabei bemühen, eben nicht entsprechend provokativer Form gegen bestehende Gesetze zu verstoßen."

Kühnen sieht also, nach dem bisherigen Stand der Dinge sehr realistisch, die Möglichkeit zu einer solchen faschistischen Tätigkeit unter Umgehung einer Strafverfolgung. Eine direkte Bestätigung dafür, daß der Kampf nicht allein gegen die Nazis geführt werden muß, daß es vielmehr die offizielle Politik ist, die diesen Banden entgegenkommt, die vom Staat geschürte Ausländerfeindlichkeit z. B. die ausländerfeindlichen Gesetze, die fehlende — obwohl juristisch mögliche — Ahndung „gemäßigter" faschistischer Propaganda.

Kühnen fährt fort: „Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren — unabhängig von der Frage des NS-Verbots, das immer nebenher mitlaufen wird — hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion. Das ist ein Thema, das uns keine andere Gruppe wegnehmen kann und mit dem wir auch in künftiger Zeit eine Massenbasis bekommen werden.

Ich sehe zugleich, daß andere Gruppen der sogenannten Neuen Rechten/Sozialrevolutionäre sich dieser Frage ‚Umwelt' annehmen und auch einigen Einfluß innerhalb der grünen Bewegung bekommen haben. Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bekommen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammen zu koppeln (...). Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können."

Eine solche Verbindung dieser beiden Themen praktizieren andere faschistische Gruppen bereits, wie die von NPD-Kreisen und hoher örtlicher Prominenz gestützte „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", die an diesem Wochenende zur Kommunalwahl antritt. Die Nazis nutzen die Chancen, die ihnen geboten werden. Die Herrschenden nutzen die Nazis für ihr eigenen politischen Ziele.

Gegen das Heidelberger Manifest

BOCHUM. — Den Protesten gegen das rassistische Heidelberger Manifest haben sich 30 Bochumer Hochschullehrer angeschlossen.

Die Wissenschaftler wenden sich ausdrücklich gegen die Bochumer Professoren Schmidt-Kaler und Rutz, die das Manifest unterzeichnet haben. Schmidt-Kaler ist einer der hauptsächlichen rassistischen Aktivisten. Eine Schande, daß solche Leute noch an unseren Universitäten „lehren", Studenten verhetzen dürfen. Die Gruppe der 30 Wissenschaftler will als Reaktion auf die Heidelberger Umtriebe einen Arbeitskreis zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für rassistische Zwecke gründen.


SCHUTZBUND FÜR DAS DEUTSCHE VOLK

EINLADUNG

HEIDELBERG. — Wie der „Rote Morgen" bereits nachgewiesen hat, bestehen enge personelle Verflechtungen zwischen dem Heidelberger Kreis und dem sogenannten Schutzbund für das deutsche Volk, einer bekanntermaßen rassistischen Vereinigung (der übrigens die bundesdeutschen Behörden den Status der Gemeinnützigkeit zuerkennen!). Diese für sie peinliche Tatsache versuchten die Professoren kürzlich mit ausdrücklichen Dementis, unter anderem in einer Presseerklärung, zu leugnen. Das hier abgebildete Faksimile einer Einladung des Schutzbundes „Im Namen von Herrn Professor Dr. Schmidt-Kaler" ist ein zusätzlicher, unwiderlegbarer Beweis für diese Verbindungen.

Innenministerien stellen „Spiegel" bloß

Wer arbeitet mit den Nazis zusammen?

OSNABRÜCK. — Die verlogene Sensationsmeldung des „Spiegels", der vor einiger Zeit über eine angebliche Zusammenarbeit von Faschisten der VSBD einerseits, sowie Antifaschisten und Kommunisten des BWK und der KPD andererseits berichtete — eine Geschichte, die er sich offensichtlich von den Neonazis kaufte — hat jetzt durch die Innenministerien des Bundes und des Landes Niedersachsen einen neuen, offiziellen Widerspruch hervorgerufen.

„Nach übereinstimmender Information des Bundes- und Landesinnenministeriums", heißt es in der „Neuen Osnabrücker Zeitung", „sind die Darstellungen des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel' über rechts- und linksextremistische Aktivitäten in Osnabrück unzutreffend. Das teilte jetzt CDU-Kreisvorsitzender Fritz Brickwedde mit."

Brickwedde hatte zuerst die „Spiegel"-Ente begierig aufgegriffen und Aufklärung sowie „Gegenmaßnahmen" gefordert; er selbst hätte sich sicher gefreut, wenn er das hätte ausschlachten können.

In der Osnabrücker Zeitung heißt es weiter:

„Im Dezember hatte ‚Der Spiegel' in großer Aufmachung über gemeinsame Besprechungen und Aktionen von Links- und Rechtsextremisten — vor allem in Osnabrück — berichtet. Diese sollten bis zur Planung bewaffneter Anschläge gehen. Auf Anfrage des Osnabrücker CDU-Vorsitzenden schrieben die Innenministerien nun, daß nach eingehenden Ermittlungen der zuständigen Behörden die Angaben des Magazins nicht bestätigt werden könnten." Sie widersprachen damit ausdrücklich der Behauptung, der „Spiegel" hätte sich beim Innenministerium informiert.

Auch diese Behörden hätten sich sicher die Finger geleckt für die Möglichkeit, eine Zusammenarbeit zwischen „rechts und links" behaupten zu können. Aber natürlich gibt es die nicht, und die „Spiegel"-Geschichte war derartig plump aufgebaut, daß sich auch mit aller Gewalt nicht das geringste daraus konstruieren ließ. Denn nicht eimal die Parolen, die der „Spiegel" mit der Behauptung genannt hatte, Kommunisten und Faschisten hätten sie sich gegenseitig gemalt, standen an den angegebenen Orten. Da hat offenbar die Sensationsgier über die auch für Lügengeschichten notwendigen minimalen Recherchen und Gründlichkeit triumphiert. Vermutlich hat das Magazin eine erhebliche Geldsumme an mindestens einen Neonazi — Lutz Sommerlad — für die miese Story bezahlt. Und somit ist die einzige Zusammenarbeit, die man am Ende der Geschichte feststellen kann, die des „Spiegels" mit den Nazi-Terroristen der VSBD.

Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau kandidiert in Lübeck

Lübeck erlebte im letzten Jahr innerhalb kurzer Zeit mehrere Pleiten. Zuletzt war es das Metallhüttenwerk mit über 1000 Beschäftigten, das vor einem halben Jahr Konkurs anmeldete. Inzwischen liegt die Arbeitslosenzahl weit über Bundesdurchschnitt.

Gegen den Konkurs der Metallhütte hatte sich im Stadtteil eine Bürgerinitiative gegründet, die jetzt zu den Bürgerschaftswahlen am 7. März sich entschlossen hat, mit einer eigenen Wählergemeinschaft anzutreten. Diese Wählergemeinschaft kandidiert zwar nur in dem Stadtteil, hat aber dort bereits um so mehr Aufsehen erregt. Anfangs hatte es noch Überlegungen gegeben, gemeinsam mit den sogenannten Alternativen zu kandidieren, aber da war schnell klar, daß es von den grundlegenden Standpunkten her keine echten Gemeinsamkeiten gab. Für die Bürgerinitiative war nämlich klar, daß nur dann eine Wahlbeteiligung sinnvoll ist, wenn da auch in erster Linie und vor allem der entschiedene Widerstand gegen den Sozialabbau und die Arbeitsplatzvernichtung die gemeinsame Grundlage ist. Dies aber war mit den Grünen und deren Umfeld nicht drin. So entschlossen sich die Initiativler zur eigenen Kandidatur. Und das ist bis heute großartig angekommen.

Die Wählergemeinschaft hat schon so viel Staub aufgewirbelt, daß die Parteien, CDU und SPD, zu jedem Treff ihre Spitzel schicken müssen und die SPD extra eine Sonderausgabe ihrer Stadtteilzeitung herausgeben mußte, um vor der Wählergemeinschaft zu warnen. Das ist ja für die SPD besonders ärgerlich, denn allein die Kandidaten zeigen, daß diese Wählergemeinschaft eine ernste Kraft ist.

Einer der Kandidaten ist erst im Verlauf der Bürgerinitiativarbeit dazu gekommen und ist heute noch auf der Hütte beschäftigt, die andere Kandidatin wohnt immerhin seit über 30 Jahren in diesem Stadtteil, ist selber Betriebsrätin und vom Konkurs der Hütte betroffen, wo doch ihr Mann nach 35 Jahren auf der Hütte jetzt rausgeflogen ist. Der dritte im Bunde und Spitzenkandidat ist der Betriebsratsvorsitzende Törk Hansen, der mit einigen anderen um die Organisierung des Widerstands gegen die Arbeitsplatzvernichtung in diesem Stadtteil bemüht war. Auch der Betrieb, in dem er arbeitet, liegt in diesem Stadtteil.

Die Kandidatur stößt unter den Kollegen und Bewohnern auf große Sympathie, denn nach den ganzen Erfahrungen der letzten Monate haben immer mehr die Schnauze gestrichen voll und unterstützen die Haltung der Wählergemeinschaft, daß man dann wohl selber handeln muß. Der Wahlslogan der Wählergemeinschaft „Soll'n sie sparen bei Bonzen und Banken, nicht bei Arbeitern, Alten, Kindern und Kranken" drückt die Stimmung, wie sie weit verbreitet ist, sehr treffend aus. Wir werden sehen, wieviele Menschen diese Gelegenheit zum echten Protest nutzen.

Soll'n sie sparen!

bei Bonzen und Banken nicht bei Arbeitern, Alten, Kindern und Kranken

Wähler-Gemeinschaft gegen Arbeitsplatz-Vernichtung und Sozial-Abbau

Liste 10

Kontaktadresse der Wählergemeinschaft: Sabine Lade, Forstweg 5a, 2400 Lübeck 14, Tel.: 0451/301457.



Die Kandidaten der Wählergemeinschaft: Norbert Paulsen, Ilse Laas, Törk Hansen (im Vordergrund von links nach rechts).

Wie alles anfing

Es begann damit, daß der Aufsichtsrat der Metallhüte Lübeck den Konkurs beantragte und damit brutal die Existenz von 1000 Familien direkt bedrohte. Das hatte zur Folge, daß sich in dieser gefährlichen Situation einige der Betroffenen zusammenschlossen, um eine Bürgerinitiative zu gründen. Doch diese fortschrittlichen Kollegen hatten am Anfang mit ganz erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, was nicht allein daran lag, daß es ja noch keinerlei organisatorische Vorbereitungen gab. Es lag auch daran, daß der vom Gericht eingesetzte damalige Sequester und jetzige Konkursverwalter Gustafson in enger Zusammenarbeit mit den am Konkurs beteiligten Großbanken und den willigen Erfüllungsgehilfen des Flick-Konzerns im Betriebsrat ihr Mögliches taten, um durch Lügen und durch Nichtinformation die Betroffenen über das wirkliche Ausmaß der Bedrohung im Dunkeln zu lassen. Das war vor allen Dingen, weil der reaktionäre Betriebsrat schon seit langer Zeit eng mit der Kapitalistenseite zusammenarbeitete und die Kollegen auch diesmal noch den hohlen Phrasen eines Bachert, Harder oder ihrer Komplizen im Betriebsrat und der DGB-Ortsleitung glaubten. Da half es auch noch nicht viel, daß die Bürgerinitiativen das wahre Ausmaß der drohenden Arbeitsplatzvernichtung mit wirklich eindringlichen Flugblättern schilderte. Erst als sich herausstellte, daß auch durch das vom Betriebsrat empfohlene Stillhalten nichts, aber auch gar nichts erreicht werden konnte und dem Betriebsrat langsam keine Lügen mehr einfielen, um die Leute zu halten, wurde die Arbeit der Bürgerinitiative effektiver.

Dies war vor allem auch dem ständigen Einsatz der *Volksfront*-Mitglieder Törk Hansen und Sabine Lade zu danken, die nie aufgaben und durch eine gelungene Informationsveranstaltung, bei der auch ein Film über die Kampfaktionen bei VFW Fokker gezeigt wurde, einen enormen Aufschwung herbeiführten. Im Anschluß an diesen Film entwickelte sich dann eine lebhafte Diskussion, an der dann auch die anwesenden Pastoren der Kücknitzer Kirchengemeinde teilnahmen und zum Teil sehr kritisch zu der Politik des Betriebsrates und der reaktionären Rathausparteien Stellung nahmen.

An diesem sehr erfolgreichen Abend, bei dem immerhin schon über 50 Teilnehmer anwesend waren, wurde dann auch beschlossen — um die Lübecker Öffentlichkeit endlich wahrheitsgemäß zu informieren über die drohende Arbeitsplatzvernichtung und die damit auch verbundenen Gefahren für die Werkskolonie —, einen Autokorso von der Metallhütte zum Rathaus zu organisieren.

Ein Besuch im Rathaus

Knapp zwei Wochen nach diesem Beschluß gingen wir nun an die Verwirklichung. Wir trafen uns um 16.00 Uhr an der Einfahrt zur Metallhütte. Es versammelten sich fast 200 Kollegen mit 50 Autos. Nach einer kurzen Kundgebung mit einer Einweisung für die Demonstration durch Törk Hansen ging es dann los in Richtung Rathaus. Die Autos waren mit einer Reihe von Transparenten versehen, auf denen die Kollegen ihrer aufgestauten Wut freien Lauf ließen. „Millionen für Flick, uns bricht man das Genick" oder „Gemeinsam betroffen, gemeinsam handeln — Stoppt die Arbeitsplatzvernichtung!" waren nur einige der Parolen. Hier sollte man vielleicht das besonders starke Engagement der ausländischen Kollegen betonen, die in einer Front, Seite an Seite mit ihren deutschen Arbeitskollegen demonstrierten.

Nachdem der Autokorso in einer friedlichen Demonstration in der Stadt angekommen war, versammelten wir uns und zogen zuerst, laut unsere Parolen rufend, durch die Lübecker Innenstadt, um dann vor dem Rathaus eine Kundgebung zu veranstalten. Dort wurden dann in zum Teil sehr aufgebrachter Weise von verschiedenen Kollegen immer wieder Garantien für die Werkskolonie und die Auszahlung der mittlerweile bekanntgewordenen 50-Millionen-Bürgeschaft des Landes für die Banken als Sozialplan für die Betroffenen gefordert.

Schließlich gelang es dann einer Abordnung unter Führung von Törk Hansen, ins Rathaus zu gelangen und dort mit dem reaktionären CDU-Bürgermeister Knüppel zu verhandeln. Dieser gab dann das halbherzige Versprechen, daß zumindest für die Kolonie alles getan würde. Wobei hinter verschlossenen Türen schon ganz andere Verhandlungen liefen. Nachdem die Abordnung dann die vor dem Rathaus wartenden Kollegen informiert hatte, fuhren wir alle gemeinsam zurück und trafen uns dann noch anschließend zu einer abschließenden Beratung dieser Aktion. Mit dieser Aktion lösten wir nicht nur im Lübecker Raum einiges Aufsehen aus. Nicht nur die RGO, sogar die bürgerlichen Zeitungen berichteten zum Teil ausführlich darüber.

In der weiteren Zeit wurden nun die Nachrichten von der Metallhütte und aus ganz Lübeck immer schlimmer. Nicht nur, daß der abgeschlossene Sozialplan diesen Namen überhaupt nicht verdient (24000 Mark im Höchstfall, sonst nach der Formel „Alter mal Betriebszugehörigkeit mal zehn"), sondern eher einer Beleidigung der Kollegen gleichkommt, die dort jahrzehntelang ihre Knochen für die Profitinteressen der Kapitalisten hingehalten haben. Bis zum Ende des Jahres 1981 mußten bisher auch schon 500 Kollegen das bittere Los der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, und was das in einem Alter zwischen 45 und 55 Jahren in einer Stadt mit 11 Prozent Arbeitslosen bedeutet, dürfte wohl jeder wissen. Auch für die noch verbliebenen 500 Kollegen dürfte das aus auf der Hütte wohl bald kommen, denn trotz allen Stillhaltens ist die Lage der Hütte düsterer denn je. Der einzige Teilbetrieb, der wirklich Überlebenschancen hat, ist vielleicht die Kokerei, aber auch da hat sich bisher nichts getan.

Auch für die Kolonie gibt es bis jetzt keinerlei Garantie, nur eine vage Zusage des Betriebsrates, daß die Kolonie von einem gemeinnützigen Träger übernommen werde. Nun hat man ja am Beispiel der Neuen Heimat wohl ganz deutlich gesehen, wer den Nutzen bei den Gemeinnützigen hat. Die Mieter werden, auf gut deutsch gesagt, beschissen, damit sich ein paar verkommene, korrupte Gewerkschaftsbonzen gesundstoßen können.

Eine Arbeiterliste entsteht

Da wir von der Bürgerinitiative nun von all diesen schlechten Nachrichten langsam aber sicher die Schnauze voll hatten und wir durch unsere Treffs und die erfolgreichen Aktionen den Eindruck hatten, daß im Lübecker Raum eine echte Opposition gegen die reaktionären Rathausparteien entstanden ist, und da wir hier im März Kommunalwahlen haben, entschlossen wir uns, als Wählergemeinschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau mit drei Direktkandidaten und fünf Listenkandidaten daran teilzunehmen. Zu diesem Schritt entschlossen wir uns nach zum Teil sehr lebhaften Diskussionen, die sich vor allem um unser Programm und den Namen unserer Gemeinschaft drehten. Nachdem aber nun alles geklärt war, starteten wir voll durch. Durch diesen Schwung sind wir inzwischen schon eine ziemlich starke Gruppe geworden, in der auch einige Genossen in vorderster Front kämpfen, und wir hoffen, daß wir durch den gezielten Wahlkampf, den wir führen, noch stärker werden.

Den reaktionären Parteien im Lübecker Rathaus scheinen wir allerdings jetzt schon zu stark zu sein. So hat der Kücknitzer Ortsverein der SPD unter der Leitung seiner Oberreaktionärs und Betriebsratsvorsitzenden der Metallhütte, Borchert, zu einem fürchterlichen polemischen Rundschlag ausgeholt. In einer Sonderausgabe ihrer Stadtteilzeitung „Die Stecknadel" greifen sie uns in übelster Weise an und bezeichnen uns als Lügner, Panikmacher, Spalter der Arbeiterklasse und sogar als Wegbereiter des Faschismus. Nun ist ja durch die Geschichte wohl hinreichend bewiesen, wer die wirklichen Arbeiterverräter sind und wer den Kapitalisten das Wort redet. (So versteigt sich der gute Borchert ja sogar dazu, „Franz Josef Schmidt" als Sozialisten zu bezeichnen.

Allerdings haben sie durch ihr Pamphlet jetzt genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Die Leute lassen sich nicht mehr wie in den letzten 25 Jahren von diesen Herren belügen, und da die Wählergemeinschaft jetzt die Kraft ist, die die Wahrheit sagt, suchen die Reaktionäre eben ihre Zuflucht in schmutzigster Polemik. Das zeigt aber auch, daß sie uns als politische Kraft ernst nehmen und daß wir die besseren Argumente haben. Da wir uns aber nur als einen Teil der fortschrittlichen Bewegung in Deutschland betrachten, würden wir uns freuen, wenn auch andere fortschrittliche Gruppen mit uns Kontakt aufnehmen, um mit uns an der weiteren Stärkung dieser Bewegung zu arbeiten.

Mit solidarischen Grüßen,
ein Genosse aus der
Wählergemeinschaft

Kücknitz/Herrenwyk darf nicht sterben

„Wie soll das alles bloß noch werden" – eine große Zahl von Menschen sind besorgt in Kücknitz/Herrenwyk und überhaupt in unserem Land. Ob beim Konkurs der Metallhütte oder dem Sparprogramm in Bonn, immer wieder ziehen die klei-

Bachert kann man nicht mehr wählen – CDU darf man nicht wählen

Wer Arbeitsplatzvernichtung duldet und fördert – wer ständig auf dem Rücken der kleinen Leute sparen will, der muß auch bei der Wahl die Quittung bekommen!

Die Arbeitsplätze:

Nicht allein auf der Hütte, überall sind Arbeitsplätze von Vernichtung bedroht. Vor allem die Rationalisierung bedeutet Gefahr für die Existenz vieler Menschen, ob bei V & B, bei NWK oder anderen Betrieben. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch für den Erhalt der Arbeitsplätze zu einer aktuellen Sache geworden, dabei dürfen nicht wieder die Arbeiter und Angestellten die Kosten tragen

- für die 35-Std. Woche und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Das Beschäftigungsprogramm:

Während ein Flick 2 Milliarden (!) Steuergeschenke bekommt, zieht man den „Kleinen" die Gelder aus der Tasche. Ein Beschäftigungsprogramm, wie es jetzt in Bonn ausgekocht wurde, ist in Wahrheit eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer. Ein Beschäftigungsprogramm muß echten, arbeitsschaffenden Sachen dienen, wie z.B. Fernwärme und sozialer Wohnungsbau. Es dürfen die Gelder nicht verwendet werden, um weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Deshalb unsere Forderung:

- die Verwendung staatlicher Gelder müssen durch Betriebsräte und Belegschaften kontrolliert werden können.

- in der Rüstung werden Milliarden verpulvert – das ist der einzige Posten, wo nicht gestrichen wird – hier soll man sich das Geld holen

Für ein Beschäftigungsprogramm aus den Taschen der Reichen!

Kein Sozialabbau

Ob im Bonner Bundestag oder im Lübecker Rathaus – immer dasselbe Strickmuster wenns ums Sparen geht, da werden die Kindergartensätze erhöht und Stellen gestrichen oder gar das Taschengeld den Rentnern in den Heimen genommen – immer trifft es die Kleinen.

Hier gehören aber die Gelder hin, denn sie gehören zur Existenz der großen Mehrheit der Menschen in unserem Land – hier darf nicht gespart werden und hier müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wenn man eine Politik der kleinen Leute will (und die brauchen wir dringend), dann müssen wir selbst tätig werden – dazu wollen wir mit unserer Kandidatur beitragen und mithelfen, daß die Herren den Unmut und den Widerstand der Menschen auch zu spüren bekommen. Nur eine Bewegung aller Betroffenen wird die An-

Aus einem Flugblatt der Wählergemeinschaft.



Die notwendige Antwort auf den provokativen Besuch Reagans:

„...eine ähnlich machtvolle Demonstration wie im letzten Oktober"

Offener Brief der KPD

DORTMUND. — Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich die Genossin Karin Wagner mit einem Brief an alle Unterstützergruppen und -organisationen der Friedensdemonstration am 10.10.81 in Bonn gewandt, in dem sie diese zu einer gemeinsamen machtvollen Demonstration aus Anlaß des Besuchs von Ronald Reagan, Oberhaupt des US-Imperialismus, in der Bundesrepublik aufruft. In diesem Brief wird die Bedeutung des Besuches eingeschätzt, die Notwendigkeit einer entschlossenen Gegenreaktion aller Friedenskräfte begründet und die Ansicht unserer Partei dargelegt, worin die Schwerpunkte dieser Aktion und eines gemeinsamen Demonstrationsaufrufes bestehen sollten.

Wir geben das Schreiben in vollem Wortlaut wieder. Die Hervorhebungen stammen von der RM-Redaktion.

Dortmund, 21.2.1982

Liebe Freundinnen
und Freunde,

wie Ihr wißt, wird am 9. und 10. Juni der amerikanische Präsident Ronald Reagan nach Bonn kommen. Es handelt sich nicht um einen normalen Staatsbesuch. Ronald Reagan besucht Bonn im Rahmen einer Gipfeltagung der NATO. Diese Tagung sollte ursprünglich in Brüssel stattfinden. Sie wurde nach Bonn verlegt, weil Bundeskanzler Schmidt den amerikanischen Präsidenten ausdrücklich darum ersuchte.

Mit dieser Einladung an den amerikanischen Präsidenten und die NATO will die Bundesregierung, wie die Presse — zutreffend — schreibt, ein „Signal für deutsche Bündnistreue setzen". Ein Signal also dafür, daß die Bundesrepublik auch in Zukunft mit deutscher Gefolgschaftstreue die gefährliche amerikanische Machtpolitik unterstützen wird; ein Signal dafür, daß die Bundesrepublik auch in Zukunft bedingungslos für die NATO und ihre sogenannte Politik der Stärke eintreten will.

Das ist eine Provokation für die 300 000, die im Oktober letzten Jahres in Bonn gegen die Nachrüstung demonstriert haben. Das ist eine Provokation für die 70 000 Gewerkschafter, die im letzten Jahr in Stuttgart gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau auf die Straße gegangen sind. Das ist eine Provokation für alle friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik!

Wir meinen, daß die Friedensbewegung auf diese Provokation mit einer ähnlich machtvollen Demonstration wie im letzten Oktober antworten sollte.

Wir begrüßen es, daß bereits mehrere Organisationen angekündigt haben, daß sie für eine solche Demonstration eintreten werden.

Unserer Ansicht nach sollte eine solche Demonstration folgende Stoßrichtung haben:

1.) Die Demonstration soll sich gegen die amerikanische Kriegs- und Aggressionspolitik richten.

Ähnlich wie wir den Besuch Leonid Breschnews zum Anlaß genommen haben, um gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik zu demonstrieren, sollten wir den Besuch Ronald Reagans zum Anlaß nehmen, um gegen die amerikanische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik auf die Straße zu gehen.

Gegen eine Demonstration anläßlich des Besuchs von Ronald Reagan ist — soweit wir der Presse entnehmen konnten — von der Aktion Sühnezeichen eingewendet worden, daß die Friedensbewegung sich vor Personalisierungstendenzen hüten müsse. Das ist insofern richtig, als es sicherlich unsinnig ist, die Gründe für die gefährliche amerikanische Machtpolitik in der Person des ehemaligen Westernhelden Ronald Reagan suchen zu wollen. (Die Gründe dafür liegen unserer Ansicht nach im Profit- und Weltmachtsstreben des amerikanischen Finanzkapitals.) Aber als amerikanischer Präsident steht Ronald Reagan für die Politik der Vereinigten Staaten, die ja schließlich nicht von Computern, sondern von Menschen — der Regierung, dem Senat, dem Kongreß — beschlossen und getragen wird. Und deshalb wurde Ronald Reagan ja schließlich und endlich auch von Bundeskanzler Schmidt nach Bonn gebeten.

Das Argument, daß eine Demonstration anläßlich des Reagan-Besuchs falsche Personalisierungstendenzen in der bundesdeutschen Friedensbewegung fördern würde, sticht deshalb nicht. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß es in Wirklichkeit gar nicht darum geht, das Aufkommen falscher Personalisierungstendenzen zu verhindern, sondern das Zustandekommen einer machtvollen Demonstration im Juni. (Woran der Bundesregierung — ganz zu schweigen von der CDU/CSU — mit Sicherheit sehr viel liegt.) Wir wollen der Aktion Sühnezeichen solche Absichten keineswegs unterstellen und meinen, der beste Weg, um mögliche Mißverständnisse in dieser Richtung gar nicht erst aufkommen zu lassen, wäre, wenn die Aktion Sühnezeichen sich an der Vorbereitung der Demonstration konstruktiv beteiligen und — wie schon im letzten Jahr — ihre Vorstellungen und Bedenken in die vorbereitende Diskussion bzw. in die Diskussion um einen Aufruf für die Demonstration einbringen würde.

Unsere Partei jedenfalls ist an Formulierungen wie „Reagan raus" oder ähnliches in einem Aufruf nicht besonders interessiert.

Uns geht es darum, daß der Aufruf eine klare Sprache spricht, wenn es um die Verurteilung der Politik der USA geht:

- **gegen den Völkermord in El Savador;**
- **gegen den amerikanischen Aufrüstungswahnsinn — wobei es neuerdings ja nicht mehr „nur" um immer neue Atombomben, sondern auch wieder um chemische Massenvernichtungswaffen geht;**
- **gegen die gefährliche amerikanische Weltmachtpolitik (Stichworte: amerikanische Eingreiftruppe, Doktrin 59, amerikanische NATO-Politik usw.)**

Außerdem ist der Besuch Ronald Reagans ja gar nicht der einzige Anlaß für eine Demonstration im Juni. Es geht genauso um das Gipfeltreffen der NATO, an dem die Staatsoberhäupter aller NATO-Länder teilnehmen werden. Deshalb sollte unserer Ansicht nach das Thema der Demonstration auch nicht nur die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der USA sein.



2.) Die Demonstration sollte sich auch gegen die NATO und ihre sogenannte Politik der Stärke richten.

Natürlich wird dieses Gipfeltreffen der NATO für uns alle Anlaß sein, gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß zu demonstrieren. Aber dabei sollten wir es nicht bewenden lassen. Wir meinen, die Friedensbewegung sollte auch gegen die NATO Stellung nehmen.

Denn die NATO dient nicht der Erhaltung des Friedens oder dem Schutz der Bevölkerung. Das gilt insbesondere für die Bevölkerung in der Bundesrepublik. Der „Schutz", den die NATO uns bietet, ist die Sicherheit, in einem eventuellen weltweiten Krieg für die Interessen der USA sterben zu dürfen. Denn sollte es zu einem Krieg zwischen den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten kommen, würde die Bundesrepublik zwangsläufig zum zentralen Schlachtfeld werden. Die NATO-Planung geht davon aus, einen Angriff der Truppen des Warschauer Pakts unter Anwendung der Taktik der verbrannten Erde durch den Einsatz taktischer Atomwaffen frühestens am Rhein zu stoppen. Ein Gegenstoß der NATO-Truppen würde dann das vernichten, was von der Bundesrepublik noch übrig ist. Das heißt: Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO garantiert uns — ganz egal, wer diesen Krieg gewinnen würde — die weitgehendste Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem: Wer garantiert uns, daß deutsche Soldaten nicht bereits vorher, vielleicht schon in nächster Zeit, im Rahmen der NATO in amerikanische Kriegsabenteuer hineingezogen werden?

Deshalb meinen wir, daß die Friedensbewegung sich bei der Demonstration im Juni positiv aussprechen sollte.



3.) Für die Abkoppelung der Bundesrepublik von den USA; für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO; für Neutralität.

Wir sind gegen das Wettrüsten der beiden großen Militärblöcke. Wir sind für Abrüstung in Ost und West, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa und ähnliche Forderungen. Wir sind **auch** für die Forderung nach Auflösung der beiden Militärblöcke. Aber so, wie die Forderung nach Abrüstung in Ost und West unverbindlich bleibt, wenn man nicht bereit ist, für **einseitige** Abrüstungsmaßnahmen einzutreten, so bleibt die Forderung nach Auflösung der beiden großen Militärblöcke unverbindlich, wenn man nicht bereit ist, hier ebenfalls für einseitige Maßnahmen einzutreten. Der Beitrag, den wir in der Bundesrepublik dazu leisten können, ist, uns für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einzusetzen. Und das sollte nach Ansicht unserer Partei in der nächsten Zeit verstärkt geschehen. Denn anders als durch den Austritt der BRD aus der NATO, durch den Abzug amerikanischer Truppen und Waffen von bundesdeutschem Boden ist eine wirksame Abkoppelung der Bundesrepublik von dem gerade für uns so gefährlichen amerikanischen Kriegskurs nicht möglich.

Für eine starke gewerkschaftliche Beteiligung bei der Demonstration im Juni!

Wir halten es für sehr wesentlich, daß die Mobilisierung für die Demonstration im Juni auch von den Gewerkschaften getragen wird — und zwar offiziell. Letzteres war, wie Ihr wißt, bei der Demonstration im Oktober letzten Jahres nicht der Fall. Zwar sind trotzdem Zehntausende von Gewerkschaftern nach Bonn gekommen, aber es ist klar, daß ein offizieller Aufruf des Vorstandes des DGB oder von Vorständen der Einzelgewerkschaften wesentlich mehr Gewerkschafter mobilisiert hätte.

Wir glauben, daß es die Teilnahme der Gewerkschaften an dieser Demonstration erleichtern könnte, wenn wir bei der inhaltlichen Vorbereitung der Demonstration
1.) dem ständig wiederkehrenden Vorwurf der sogenannten Einäugigkeit der Friedensbewegung dadurch von vornherein die Spitze nehmen würden, daß wir klarstellen: Die Friedensbewegung sieht durchaus die Bedrohung durch die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik. Die Politik der Stärke durch die NATO ist aber keine Antwort auf diese Bedrohung, die der Erhaltung des Friedens und dem Schutz der bundesdeutschen Bevölkerung dient. Ganz im Gegenteil!
2.) der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Probleme des Friedenskampfes dadurch Rechnung tragen, daß wir bei der inhaltlichen Vorbereitung der Demonstration den Zusammenhang von Rüstungswahnsinn und Sozialabbau aufgreifen. (Unter der Losung „Leistet Widerstand gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau" haben im letzten Jahr in Stuttgart 70000 Gewerkschafter demonstriert.) Schließlich wird uns der zweifelhafte „Schutz" durch die NATO ja nicht geschenkt. Vielmehr müssen die Steuerzahler die NATO-Mitgliedschaft und die Stationierung der über 200000 amerikanischen Truppen hier jährlich mit zig Milliarden Mark bezahlen.

Liebe Freundinnen
und Freunde,

wir glauben, daß der Besuch Ronald Reagans anläßlich des Gipfeltreffens der NATO in Bonn in gewisser Weise ebenso eine Stunde der Wahrheit für die Friedensbewegung ist, wie das beim Besuch des sowjetischen Parteivorsitzenden Leonid Breschnew der Fall war. Bereits bei der Demonstration in Bonn im letzten Oktober wurde von reaktionären Kräften aus dem Lager der CDU/CSU, aber auch seitens der Bundesregierung erheblicher Druck ausgeübt. In bezug auf die Demonstration im Juni müssen wir mit einem noch ganz erheblich stärkeren Druck rechnen.

Wir halten es in diesem Zusammenhang beispielsweise nicht für einen Zufall, daß das BKA sofort nachdem verschiedene Organisationen ihre Absicht, sich für eine große Demonstration im Juni einzusetzen, bekanntmachten, mit der „neuesten Erkenntnis" an die Öffentlichkeit trat, daß die RAF bei dieser Gelegenheit ein Attentat auf Ronald Reagan plane. Natürlich kennen wir die Absichten der RAF nicht. Aber dafür liegen die Absichten, die mit der Veröffentlichung dieser sogenannten „Erkenntnis" des BKA verfolgt werden, auf der Hand: Man versucht jetzt schon den Boden für eine Propagandakampagne zu bereiten, mit der eine Demonstration im Juni in die Ecke des Terrorismus, von Gewalt und Chaotentum gedrängt werden soll.

Wir glauben deshalb, daß es — auch um solchen Dingen mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit begegnen zu können — notwendig ist, möglichst schnell ein erstes Vorbereitungstreffen für eine Demonstration im Juni durchzuführen. Die von uns angesprochenen politischen Fragen betrachten wir als Anregung für die Diskussion auf diesem ersten Vorbereitungstreffen.

Mit freundlichen Grüßen
Karin Wagner

Ein Brief aus der Türkei widerlegt die amtliche Pressekampagne

Lachend sagte der Folterknecht: „Der Tierarzt ist nicht da"

In der letzten Zeit schossen sich verschiedene regierungstreue türkische Zeitungen auf amnesty international ein, das die Namen von Opfern der Folter der Generalsjunta veröffentlicht hatte. Mit Fotos wollte man nun nicht nur beweisen, daß diese Menschen noch lebten (obwohl ein Foto ja nun wirklich nichts darüber aussagt, wie es dem Betroffenen hinterher erging), sondern auch demonstrieren, daß es eigentlich überhaupt keine Folter in Evrens Türkei gäbe. Ein Brief, den wir vor kurzem aus der Türkei erhielten, widerlegt diese Propagandakampagne der türkischen Faschisten, weshalb wir ihn in ausführlichen Auszügen veröffentlichen.

Ich möchte euch ein kleines Beispiel von der Tyrannei geben, die in unserem Land gegen die arbeitenden Menschen, gegen die Söhne des Volkes ausgeübt wird.

Vor 1981 war ich als Lehrer tätig, wurde jedoch im September 81 entlassen, wegen meiner Beteiligung am Protest gegen das Massaker von Kahramanmarasch. Danach lebten wir sehr schlecht nur vom Geld, das meine Frau verdiente. Kurz darauf wurde ich von Polizisten und der Gendarmerie zu Hause abgeholt — ich wußte im voraus, was diese faschistischen Knechte von mir wollten.

Sie haben mich dann in eine Zelle gebracht und danach kamen zwei Maskierte in meine Zelle. Ihre erste Frage war: „Wo ist deine Waffe?" Ich sagte ihnen, daß ich keine hätte. „Du kannst uns nicht belügen, wenn Du es jetzt zugibst, kommst Du leichter davon", war ihre sofortige Antwort. Anfangs hatten sie sich in „freundlichem" Ton mit mir unterhalten. Als ich wiederholte, keine Waffe zu besitzen, fesselten sie mich und bearbeiteten mich mit Fußtritten und Faustschlägen so lange, bis ich das Bewußtsein verlor. Als ich wieder zu mir kam, setzten sie ihre Fragen fort, brachten mich dann aber in eine andere Zelle mit mehreren Gefangenen, als ich bei meiner Aussage blieb. Ohne Ausnahme waren die Zelleninsassen verletzt, viele stöhnten vor Schmerz. Die beiden Maskierten zeigten mir die Gefangenen und sagten, wenn ich nicht gestehen würde, würde ich genauso behandelt werden wie „diese da", andernfalls aber würden sie mich freilassen.

Ich glaubte ihnen nicht. Denn ich war bereits früher im Gefängnis gewesen und hatte auch schon viel über die Folter gehört. Deshalb war ich entschlossen, diesen Henkern gegenüber keine einzige Aussage zu machen, denn ich wußte, daß dies nicht nur mein, sondern auch das Ende anderer Genossen bedeutet hätte.

So fesselten sie mich kurze Zeit später wieder und schlugen auf mich ein, zum zweiten Mal in kurzer Zeit. Sie schlugen überall hin, wo sie gerade trafen, in den Magen, auf den Kopf, das Herz, überall. Ich hielt es nicht aus und wurde wieder ohnmächtig. Zwischendurch hatten sie mich ständig nach Organisationen, Freunden und Namen gefragt. Ich wiederholte — schreiend — immer wieder, daß ich niemanden kenne. Dann brachten sie mich wieder in die Gemeinschaftszelle, wo man mich zunächst in Ruhe ließ.

Der nächste Besuch der Folterknechte in der Gemeinschaftszelle galt einem dort einsitzenden Jugendlichen — sie hatten seine Mutter mitgebracht, die sie vor seinen Augen schlugen, und sie machten Anstalten, sie zu vergewaltigen. Die Mutter stöhnte und schrie. Der Junge konnte dies nicht mehr aushalten und gab zu, daß er der Gruppe Devrimci Yol angehöre — obwohl er nichts mit ihnen zu tun hatte. Aber damit fing es erst an, denn jetzt wollten sie die Waffenverstecke wissen. Sie nahmen ihn und die Mutter mit, hängten ihn an den Händen auf und schlugen ihn vor den Augen der Mutter, die ihn anflehte zu gestehen.

Protestdemonstration in der Türkei

Sie wollten, daß andere das sahen, um sie einzuschüchtern. Nachdem sie den Jungen geholt hatten, holten sie auch mich und sagten zu mir, sie würden nun auch meine Frau holen und ebenso behandeln, wie den Jungen und seine Mutter. Und danach kam eine wahre Tortur. Zuerst legten sie mich auf die Bastonade, die Hände an die Seite mit speziellen Handschellen gebunden, und schlugen meine Füße, bis sie aufplatzten und streuten Salz in die Wunden.

Ein anderes Mal brachten sie mich in eine Zelle, die bis in Bauchhöhe mit Wasser gefüllt war — darin mußte ich zunächst einen Tag lang stehen. An der Decke hingen zahlreiche elektrische Kabel und daneben entsprechende Geräte, mit denen man Hände und Füße anschnallen konnte. So erwartete man ständig, daß man mit Strom gefoltert werden würde. Zwischen diesen Behandlungen sprachen dann immer andere mit uns, die über diejenigen, die uns gefoltert hatten, schimpften und ganz freundlich taten.

Als ich das zweite Mal im Wasser gestanden war, hatte ich sehr große Rheumaschmerzen — ich hatte schon vorher Rheuma gehabt, jetzt konnte ich mich kaum bewegen. Ich verlangte, daß ich zum Arzt gehen könne — worauf einer von ihnen lachend antwortete, der Tierarzt sei gerade nicht da.

Immer wieder hörte man im Gefängnis die Schreie geschlagener, vergewaltigter Frauen. Auch zu mir führten sie eine, der sie die Kleider abgerissen hatten. „Sieh an, wie schön sie ist", sagten sie zu mir, „sieh sie dir an, oder wir werden sie vor deinen Augen vergewaltigen". Die Frau beschimpfte die Wärter in allen Worten, die sie fand. Sie schäme sich nicht, sagte sie, schämen sollten sich die, die ihr das antun.

Sie hatten mir immer wieder Aussagen zur Unterschrift vorgelegt, was ich verweigerte, weshalb immer wieder Folterungen kamen. Sie beschuldigten mich, Ortsverantwortlicher zu sein. Allmählich konnte man während der Folterungen meinen, die Nerven seien einem abgestorben. Vorher fing ich an, zu lachen und zu weinen.

Zehnmal stand ich einen Tag lang im Wassergefängnis. Dann, nach 70 Tagen ließ man mich frei, wobei man mich in den letzten zehn Tagen nicht angefaßt hatte, um die Folter verheimlichen zu können.

Aber die Schmerzen hatten sich auf den ganzen Körper ausgebreitet und blieben. Nach meiner Entlassung ging ich zum Arzt und forderte ein Attest darüber, daß ich gefoltert worden sei. Aber obwohl sogar die Spuren noch deutlich zu sehen waren, stellte mir kein einziger Arzt ein solches Attest aus.

Jetzt sitze ich gelähmt zu Hause. Und so wie mich gibt es viele, die mit Lähmungen oder sonstigen Schäden aus dem Gefängnis kommen. Oder sie werden verrückt, oder sie sterben.

Diese Tyrannei, die man uns aufzwingt, können wir nur abschaffen, wenn wir uns zusammenschließen, alle: Arbeiter und Bauern, Frauen und Männer. Nur so können wir dieses Joch der Knechtschaft zerbrechen. Nur so können wir unsere aufgehobenen Rechte und Freiheiten wieder erringen. Nieder mit der faschistischen Junta und ihren Dienern!

Ein Revolutionär
aus der Türkei

Ein Opfer der Folter

Nach der EG-Volksabstimmung in Grönland

„Das kann nur unser Vorteil sein"

Das Ergebnis der grönländischen Volksabstimmung über den Verbleib in der EG hat das westeuropäische Kapital auf die Palme gebracht. Daß diese Inselbewohner eben etwas rückständig seien, war noch eine der maßvollsten Äußerungen, die man zu hören bekam.

52 Prozent gegen die EG, 46 Prozent dafür, so lautete das Ergebnis. Und das war weder noch so fraglich noch so zufällig, wie man es in der westdeutschen Berichterstattung darstellen wollte.

Das Anti-EG-Bündnis ANISA hatte lange darauf hingearbeitet und es gab klare Argumente, die zeigten, daß es für die Grönländer eindeutig besser ist, nicht in diesem kapitalistischen Bündnis zu bleiben. So hatte sich die EG versucht, Zugang zu den — noch längst nicht ganz erschlossenen — Rohstoffvorkommen auf Grönland zu verschaffen. Ebenso war der Versuch, die Seegrenzen auszuweiten unterlaufen worden, um das reiche Fischgebiet vor Grönland den anderen Fangflotten offenzuhalten, wobei sich vor allem die bundesdeutsche Flotte hervorgetan hatte. Weiter war es Grönland unmöglich gemacht worden, billigeren Stahl und billigere Lebensmittel einzuführen als die überteuerten der EG.

Durch alle diese Faktoren hatte die EG-Mitgliedschaft Grönlands, das ja außenpolitisch von Dänemark vertreten wird, dazu geführt, daß der Lebensstandard der Bevölkerung schlechter geworden war und drohte sich weiter zu verschlechtern. Insbesondere der Hinweis der Grönländer auf die Tatsache, daß innerhalb der EG höhere Stahlzölle gelten als außerhalb, rief einige Aufmerksamkeit hervor.

Daß ein Volk den Austritt aus der EG fordert, weil es sich wirtschaftliche Vorteile davon versprechen kann, dieser „Gemeinschaft" nicht mehr anzugehören, sollte dazu dienen können, auch in den anderen EG-Staaten die Diskussion darüber etwas zu verstärken.

Erneute Streiks in Belgien

Stahlarbeiter fordern Entscheidungskampf

Nur wenige Tage nach dem Generalstreik der belgischen Arbeiter gegen das wirtschaftliche „Ermächtigungsgesetz" sind die Betriebe in der Region zwischen Lüttich und Charleroi erneut stillgelegt. Am 23. Februar waren die Arbeiter von Cockerill spontan in den Streik getreten, nachdem bekannt geworden war, daß die Unternehmensleitung den Abbau weiterer 3500 Arbeitsplätze im Rahmen der Wirtschaftspläne der konservativen Regierung anstrebt.

Noch am selben Tag rief der sozialistische Gewerkschaftsverband FTGB zum Streik in der ganzen Region auf, dem Zehntausende folgten. Auf zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen, so berichteten belgische Zeitungen, hätte die Masse der Mitglieder einen erneuten Generalstreik gefordert, einen „Streik bis zum Sieg".

Währenddessen tönen die belgischen Kapitalisten in immer unverschämteren Tönen und fordern öffentlich ein Streikverbot. Auch bei diesen Streiks wird von Übergriffen der Polizei berichtet.

Die Stahlarbeiter und die Kohlearbeiter Belgiens gelten als die Hauptopfer des konzentrierten Angriffs von Regierung und Unternehmern — sie sollen nicht nur Lohneinbußen von bis zu einem Sechstel ihres bisherigen Einkommens hinnehmen, sie sollen nicht nur weitere Zehntausende von Arbeitsplätzen verlieren: Auch ihr Arbeitstag, in verschiedenen Bereichen Belgines ist man seit längerem auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche gewesen, soll wieder auf 39 Stunden verlängert werden.

So soll nach dem Lohnindex auch die zweite große Errungenschaft der belgischen Arbeiter der letzten Jahre wieder beseitigt werden, zusammen mit der seit Jahrzehnten geltenden Sozialversicherung.

Deshalb sprechen die sozialistischen Gewerkschafter Belgiens von einem Generalangriff des Kapitals und versuchen alles, um auch die im katholischen Gewerkschaftsbund organisierten Werktätigen in den Kampf einzubeziehen.

Warum ein Prinz plötzlich „blaublütiger Vampir" genannt wird

Der königliche Miethai

LONDON. — Prinz Charles, kommender König von England und noch Herzog von Cornwall dazu, ist bei einer Reihe seiner Landsleute bei weitem nicht so beliebt, als es die Regenbogenpresse stets meinen machen möchte. Sie nennen ihn öffentlich einen blaublütigen Blutsauger.

Prinz Charles als Miet-Hai: 70% rauf

Der adlige Blutsauger

Das englische Königshaus, wie alle europäischen Höfe keineswegs ein reiner Zirkus, sondern auf das engste mit Großgrundbesitz und Finanzkapital verschmolzen und verschwägert, gehört zu den größten Kapitalgruppen in Britannien.

Nebenbei besitzt der Herzog von Cornwall, also eben derselbige Prinz Charles, in Cornwall 3500 Wohnungen, in London nochmals rund 1000, insgesamt über 5000 Wohnungen in seinem Reich gehören ihm. Jährlicher Reingewinn offiziell: 2,3 Millionen Mark. (Das würde 500 Mark pro Wohnung und Jahr bedeuten, was wohl etwas tief gegriffen sein dürfte.)

Wieviel es auch immer sei — es ist ihm zu wenig. Und so ließ er seine königlichen Ratgeber kommen, die ihm zeigen sollten, wie er seine Privatschatulle etwas aufmöbeln konnte. Die gaben ihm einen sehr einfachen Rat: erstens keine Reparaturen mehr zu bezahlen, zweitens, als Ausgleich sozusagen, die Mieten zu erhöhen. Und da ein König sich nicht mit kleinen Dingen abgibt, auch wenn er noch keiner ist, sollten es gleich 70 Prozent sein. Geschickterweise aber nicht alle auf einmal, sondern in jeder Gegend immer nur ein paar Hundert zugleich, damit es nicht so auffällt.

Immerhin: Die Mieter nahmen den königlichen Erlaß nicht hin, sondern bildeten eine Interessengemeinschaft, die ihn wegen Mietwucher verklagt. Denn fast die Hälfte dieser Wohnungen ist in einem Zustand, der bestimmt schlechter ist als die königlichen Stallungen...

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW

Am 12. Februar war der Generalstreik der portugiesischen Arbeiterklasse

„Alle Räder stehen still..."

Mit fast 1,6 Millionen Teilnehmern war der Generalstreik in Portugal am 12. Februar ein großer Sieg für die Arbeiterklasse und eine schwere Niederlage für die Regierung. Denn um Durchführung oder nicht und Beteiligung an diesem Generalstreik hatte es die größten politischen Auseinandersetzungen im Lande seit mehr als sechs Jahren gegeben. Nicht nur, daß die Regierungspropaganda aus dieser Einheitsaktion der portugiesischen Arbeiter einen „kommunistischen Umsturzversuch" machte und in diesem Sinn die massivste Propaganda betrieb, die Portugal je erlebt hat: Auch die Sozialistische Partei von Mario Soares (PS) und die von ihr geführte UGT-Gewerkschaft wandten sich gegen diesen Streik.


Die Titelseite der Ausgabe von „Bandeira Vermelha", die dem Generalstreik gewidmet war; das Bild zeigt Streikposten in Lissabon.

Allein die Teilnehmerzahl jedoch beweist, daß die Spaltungsversuche der UGT weitgehend gescheitert sind. Vor allem in den Kernbereichen der Industrie war die Beteiligung großartig und erreichte in den Großbetrieben der wichtigsten Zweige überall 100 Prozent. Über tausend Gewerkschaftsübertritte von der UGT zur CGTP sind ein weiterer Beweis dafür, daß die Haltung von PS und UGT auf den Widerstand der eigenen Anhänger stieß.

Der Generalstreik war ein politisches Ereignis der Entwicklung, die sich seit 1979 im Kampf der Arbeiterklasse gegen die stetigen Bestrebungen der Reaktion, alle Errungenschaften der April-Revolution von 1974 zu beseitigen, zeigt. In dieser politischen Lage und auf der Grundlage der auch in Portugal immer spürbareren kapitalistischen Wirtschaftskrise hatten Zahl und Umfang der Kämpfe in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Von 305 Streiks im Jahre 1979 auf 440 im Jahre 1980 und im letzten Jahr 700. Mit diesem Streik wurde diese Unzufriedenheit ausgedrückt, die sich gegen die gesamte Politik der regierungstragenden Rechtskoalition richtet.

Ein demonstrativer politischer Generalstreik also, der alle Kräfte, Strömungen und Parteien des ganzen Landes zur Stellungnahme zwang. Wobei die Auseinandersetzung faktisch darum ging, ob es gelingt, zu zeigen, daß die Arbeiterschaft als Ganzes die Regierung ablehnt oder sie unterstützt.

Die Rechtsparteien organisierten eine ungeheure Kampagne gegen diesen Streik. Vom staatlich bezahlten Aufkleber „Ich gehe arbeiten", bis zum größten Polizeiaufgebot seit Caetanos Sturz 1974. Von täglichen Fernsehsendungen bis zu den Verlautbarungen der katholischen Kirche, die in ihren Messen zum Antistreikgebet aufrief. Von Kundgebungen der rechten Parteien in den Tagen vor dem Streik bis hin zu angezündeten Schulen, mit denen man den Beweis für Umsturzversuche liefern wollte. Und die Polizei tat sich auch in zahlreichen Städten mit Knüppelgarden gegen verbotene Arbeiterdemonstrationen hervor — wobei die Regierung nachher die vielen armen verletzten Polizisten beklagte.

Als in den Tagen vor dem Generalstreik abzusehen war, daß all dies eine massive Beteiligung der übergroßen Mehrheit der Arbeiter nicht verhindern konnte, setzte die Reaktion alles auf die Arbeit von PS und UGT. Soares, seit den letzten Wahlen angeblich mit einer Linie „ohne Allianzen", bewies dabei, daß sich dies lediglich auf die Wahlen bezieht, während er im politischen Kampf sehr wohl Allianzen schließt: und in diesem Fall, deutlich zu sehen, mit der Regierung und den Rechtsparteien. So wurde die UGT dann auch von Unternehmerverbänden und der Regierung ebenso gelobt wie die CGTP verteufelt wurde.

Die revisionistische PCP und die von ihr weitgehend beeinflußte Führung der CGTP hatten diesen Generalstreik nicht gewollt. Noch in der Ausgabe ihrer Zeitung „Avante", die vor der Sitzung des CGTP-Direktoriums erschien, auf der über den Generalstreik beschlossen wurde, war ein solcher Streik als Abenteuer bezeichnet worden. Und auch während des Streiks und erst recht danach zeigte sich die Haltung der revisionistischen Führung, die kein Interesse an einer eigenständigen Volksbewegung gegen die Regierung hat, sondern den Kampfwillen der Arbeiter nur dazu benutzen möchte, ihn ins parlamentarische Kräftespiel zu ihren Gunsten einzubringen. So war für sie stets die Zahl der Teilnehmer das allerwichtigste und der erste Schritt Cunhals nach dem Streik war es, eine Audienz bei Staatspräsident Eanes und beim Revolutionsrat zu verlangen. Vor allem zeigte sich diese Haltung eines Teils der revisionistischen Partei an der Frage der Massenstreikposten. Zum ersten Mal in der Geschichte der portugiesischen Arbeiterbewegung wurde diese Form des Kampfes angewandt. Deshalb stand sie vor allem im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen reformistischen und klassenkämpferischen Strömungen innerhalb der CGTP.

Die portugiesischen Kommunisten und die Klassengewerkschafter des Zentrums „Die Arbeit" standen dabei an der Spitze des Kampfes für eine echte Massenstreikpostenbewegung und konnten durch ihren Einsatz in einer Reihe wichtiger Betriebe die Führung im Streikkampf erlangen, wo es auch keine Streikbrecher gab. Daß in einigen Großbetrieben fast die Hälfte der Belegschaft sich an den Streikposten beteiligte war ebenso ein deutlicher Beweis des Kampfwillens wie das mutige Entgegentreten gegen den Polizeiterror, das Zehntausende von Gewerkschaftern bei Kundgebungen zeigten.

Die revolutionäre Strömung innerhalb der CGTP hatte von Anfang an nicht nur für einen Generalstreik gekämpft, sondern auch, nachdem er beschlossen gewesen war, eine äußerst aktive Rolle bei seiner Vorbereitung und Durchführung gespielt. Sie hat dabei ihren Einfluß, der schon anläßlich der gegenwärtig ablaufenden Betriebskomitees- und Gewerkschaftswahlen stark angestiegen war, weiter ausbauen können. Das zeigte sich nicht zuletzt an einer ganzen Reihe von Massenkundgebungen, die ausschließlich von den revolutionären und klassenbewußten Gewerkschaftern organisiert worden waren — auch von Mitgliedern der PCP, in einigen Fällen entgegen direkter Anweisungen der örtlichen Parteileitung.

All dies zeigt, daß das Zentralorgan der Kommunistischen Partei (wiederaufgebaut) aus Portugal in seiner Ausgabe nach dem Streik als Schlagzeile zu Recht schrieb: „Ein großer Sieg der Arbeiterklasse."



Symbolisch erhängt: Die Balsemao-Regierung, die die enorme Mehrheit der Arbeiterklasse gegen sich hat.


Polizeiüberfall auf eine Arbeiterkundgebung am 12. Februar.

Resolution des Zentralkomitees der PC (r)Portugals

„Auf den Erfolg des Generalstreiks gestützt den Kampf zum Sturz der AD-Regierung verstärken"

Das Zentralkomitee der KP (wiederaufgebaut) tagte am 17. Februar, um die Lehren des Generalstreiks für den weiteren Kampf der Kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse zu ziehen. Aus der dazu beschlossenen Resolution drucken wir im folgenden einige Auszüge in eigener Übersetzung ab. Die Resolution wurde im Zentralorgan der portugiesischen Bruderpartei, „Bandeira Vermelha" (Rote Fahne), vom 19. Februar veröffentlicht.

Nachdem festgestellt wurde, daß der Generalstreik ein voller Erfolg war und daß die revolutionären Kräfte zu seinem Gelingen einen großen Beitrag geleistet haben, wird hervorgehoben:

„Die massive Beteiligung der Arbeiter muß um so mehr hervorgehoben werden, da der Generalstreik sich nicht auf wirtschaftliche Fragen und Forderungen beschränkte. Die eigene Antistreik-Kampagne der Regierung, der AD und der PS, die den Streik als politisches Manöver und als Mittel, einen Umsturz zu entfachen darstellte, hat diesen Generalstreik, über seine Unterstützung unmittelbarer Forderungen hinaus, zu einer großen politischen Kampfaktion gegen die AD und ihre Regierung gemacht."

Im folgenden Abschnitt wird konkret die Arbeit der Klassengewerkschafter gewürdigt, die überall dort, wo die revisionistischen Funktionäre vor einer echten Organisierung des Kampfes zurückwichen, sich an die Spitze gestellt hatten und breite Teile der Arbeiterklasse in die Aktion geführt haben. Bei den Formen dieses Kampfes wird ausdrücklich betont:

„Im Generalstreik haben sich die Massenstreikposten endgültig in einen reichen Erfahrungsschatz des Kampfes und der Organisation der Arbeiterklasse verwandelt. Von nun an darf man diese Erfahrung in keinem Streik mehr vergessen."

Auch auf die Schwächen des Generalstreiks wird in der Resolution des Zentralkomitees eingegangen. Dabei wird zum einen hervorgehoben, daß dort die Streikpostenbewegung schwach war, wo allein revisionistische Spitzenfunktionäre ihre Organisierung in der Hand hatten. *„Dies war der negativste Aspekt des Generalstreiks."* Außerdem wurde unterstrichen, daß sich im Dienstleistungsbereich eine — im Verhältnis zur Industriearbeiterschaft — verhältnismäßige geringe Beteiligung zeige, daß die Regierungspartei AD zwar über wesentlich weniger Einfluß verfügt als bei der letzten Wahl, aber hier immer noch ihren größten Einfluß im Bereich der städtischen Werktätigen hat. Die Spaltungspolitik der von der sozialistischen Partei geführten UGT ist dafür verantwortlich, so unterstreicht das ZK der portugiesischen Bruderpartei, daß im Transportsektor die Beteiligung ebenfalls unterdurchschnittlich war.

Hervorgehoben wird auch, daß es der Reaktion nicht gelungen ist, die Kleinbauern und Landarbeiter im Norden des Landes gegen die Arbeiterklasse ins Feld zu führen, was sie massiv versucht hat und was ihr bei früheren Gelegenheiten auch gelungen war. Jetzt verhielten sich diese Schichten neutral, und kleine Teile davon beteiligten sich sogar am Streik. Geschlossen wie stets war die Unterstützung durch die Arbeiter in den Betrieben der Landreform im Süden des Landes.

Im zweiten Teil der Resolution, in dem auf die weiteren Perspektiven des Kampfes eingegangen wird, wird insbesondere unterstrichen, daß die Klasseneinheit im Kampf über alle Grenzlinien hinweg weiter gestärkt werden muß. Dabei heißt es:

„Die PC(r) sagt jedem Arbeiter: Nehmen wir die Fortsetzung des Kampfes in unsere eigenen Hände, warten wir nicht auf Eanes; bringen wir die Stimme der Klasse zu Gehör und warten wir nicht darauf, daß andere für uns sprechen; bauen wir die Einheit an der Basis und in den Arbeiterorganisationen, bleiben wir nicht in Abhängigkeit der Verhandlungen zwischen Parteien und im Parlament; ernten wir selbst die Früchte unseres Kampfes und liefern wir sie niemandem ab!"


Tausende von Arbeitern versammelten sich in Barreiro auf Initiative der revolutionären Gewerkschafter.

Dazu schlägt die Kommunistische Partei (wiederaufgebaut) ein Zehn-Punkte-Programm der Arbeitereinheit vor, das im wesentlichen die Forderungen des Generalstreiks in bezug auf wirtschaftliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse und die kleinen Bauern, zur Verteidigung der Agrarreform und gegen die Privatpolizei des Kapitals, gegen eine Änderung der Verfassung, gegen Atomraketen und NATO-Mitgliedschaft sowie gegen den Beitritt zur EG enthält.

Dabei wird vor allem das Augenmerk darauf gerichtet, daß die Gewerkschaftseinheit geschmiedet werden muß im Kampf gegen die zahlreichen aktuellen Pläne der Reaktion, den Errungenschaften der April-Revolution ein Ende zu setzen, vor allem einer einschneidenden Änderung des Streikrechts.

Abschließend bewertet das Zentralkomitee den Kampf der Kommunisten als einen großen Beitrag zum Erfolg des Generalstreiks, ohne eine Reihe von Schwächen in diesem Kampf zu übersehen.

Enver Hoxha
Anglo-amerikanische Machenschaften in Albanien



Soeben in deutscher Sprache erschienen: Ein neuer Band mit Erinnerungen des Ersten Sekretärs der PAA. Enver Hoxha schreibt in diesem Buch ein besonderes Kapitel aus der Geschichte des antifaschistischen Befreiungskrieges — es geht um die vergeblichen Versuche der amerikanischen und britischen Imperialisten, dem albanischen Volk ihr Diktat aufzuzwingen und die Errichtung der Volksmacht nach dem Sieg über den Faschismus zu verhindern.
500 Seiten, 19,80 DM
Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Wie sich Bürgermeister Zundel eine eigene Straße bauen ließ

„König Albert" nannte man den ehemaligen Boß der Neuen Heimat, Albert Vietor, eine Anspielung auf den Umstand, daß er in seinem Machtbereich uneingeschränkt wie ein König reagierte — und es wie ein absolutistischer Monarch verstand, offizielle Amtsgeschäfte und persönliche Raffgier aufs Schönste zu verbinden.

Natürlich sind Typen wie Vietor keine Einzelerscheinungen in diesem Land. Auch die schwäbische Stadt Crailsheim hatte bis zum diesjährigen Fastnachtstag ihren kleinen König, den Oberbürgermeister Hellmut Zundel. Der stammt übrigens aus einer im Südwesten nicht unbekannten Sippe. Bruder Rolf beispielsweise führt in Heidelberg als Bürgermeister das Regiment.

Hellmut Zundel nun hatte in Crailsheim seinen eigenen fürstlichen Regierungsstil entwickelt. Über die Grenzen seiner Stadt hinaus wurde er bekannt durch die Tatsache, daß er bei Gemeinderatssitzungen stets ein Tonbandgerät mitlaufen ließ. Um Proteste der Parlamentarier scherte er sich dabei nicht. Ihre ständig vorgebrachten Aufforderungen, die Bänder wieder zu löschen, überging er ebenso wie Forderungen der Parlamentarier, wenigstens Einsicht in das Bandmaterial nehmen zu können. Denn das wären ja, so der Bürgermeister schlau, keine Akten. Also habe auch kein Ratsmitglied das Recht, in die Bandaufzeichnungen hineinzuhören.

Den Crailsheimern beschert Zundel eine von ihm geschaffene Zeitschrift, das „Stadtblatt", deren Artikel er zumeist auch gleich selbst diktierte. Vornehmste Aufgabe dieses Blatts: den strahlenden Ruhm von König Zundel zu verkünden. Solche Imagepflege war wohl auch nötig, denn schon 1978 hatten übelmeinende Leute die aufopfernde Tätigkeit des Oberbürgermeisters als Grundstücksspekulation mißdeutet. Zundel bekam vom Stuttgarter Regierungspräsidenten Bulling eine Disziplinarstrafe von 3 500 Mark aufgebrummt.

Die war natürlich leicht zu verschmerzen und hinderte den OB auch nicht an seinen weiteren Aktivitäten.

Da war etwa ein standesgemäßer Wohnsitz zu bauen. Mitten in der Stadt unter dem gemeinen Volk — das kam für den König von Crailsheim selbstverständlich nicht in Frage. So ließ er sich denn mitten in einem Landschaftsschutzgebiet nieder. Eine Baugenehmigung dafür zu bekommen, war ja für ihn kein Problem. Die Sache hatte nur einen Haken. Es mußte nun auch eine eigene Straße zum Zundelschen Anwesen her. Aber auch das stellt den Bürgermeister nicht vor große Probleme. Er ließ hinter dem Rücken des Gemeinderats seine Privatstraße einfach zur öffentlichen Angelegenheit erklären und eine Zufahrt durch das Landschaftsschutzgebiet bauen.

Auf Kosten der Crailsheimer Steuerzahler, versteht sich. Zundel selbst beteiligte sich nur mit ganzen 5 000 Mark an dem Bauprojekt, den Rest — 45 000 Mark — ließ er sich aus der Gemeindekasse schenken.

Das aber war dann doch ein zu starkes Stück. Die Empörung schlug Wellen, und Regierungspräsident Bulling mußte wieder einmal eingreifen. Nun jagte er aber den OB Zundel nicht etwa aus dessen Königreich davon. Es wurde nur ein neues Disziplinarverfahren in Gang gesetzt. Zundel, vorläufig vom Dienst suspendiert, kann bis zum Ende des Verfahrens seine Bezüge weiter kassieren.



Das Nachbarschaftsfest im Dortmunder Baaderweg vor dem Polizeiüberfall. In der Mitte (mit Brille) Herbert Jacobsen.

Polizeiüberfall auf Nachbarschaftsfest

Opfer des Polizeiterrors muß Bußgeld zahlen

Polizisten, die auf Hausbesetzer, auf Demonstranten einprügeln — das kennt man seit langem zur Genüge. Um einen uniformierten Schlägertrupp in Bewegung zu setzen, dazu bedarf es jedoch in der Bundesrepublik nicht einmal einer Widerstandsaktion. Ein Nachbarschaftsfest kann da durchaus schon genügen. Das wurde in einem Gerichtsverfahren deutlich, das jetzt in Dortmund über die Bühne ging.

Angeklagt waren übrigens nicht die Polizei-Schläger, sondern eines ihrer Opfer. Aber der Reihe nach: Am 9. August 1980 fanden sich die Bewohner des Baaderwegs in Dortmund-Scharnhorst zu dem erwähnten Nachbarschaftsfest zusammen. Um Punkt 0.30 Uhr war es mit dem Feiern vorbei. Ein Kommando von 50 Polizisten samt einer mitgeführten Hundestaffel umstellte den Festplatz, um alle noch anwesenden Teilnehmer des Festes als „Ruhestörer" festzunehmen.

Und da wurde gleich blankgezogen und draufgehauen. Eine Augenzeugin erinnert sich: „Die haben geprügelt wie die Wilden. Meine Kinder haben vorher geschlafen. Aber von dem Krach, von den Schmerzensschreien der Leute sind sie wach geworden und haben geweint."

Einem Kaufmann, der um die Zeit des Polizeieinsatzes in den Baaderweg einbiegen wollte, vertrat ein Polizist den Weg mit den Worten: „Wenn Sie da rein gehen, bekommen sie auch Schläge." Und der Mann konnte sich selbst davon überzeugen, daß diese Drohung durchaus ernst gemeint war. Er sah, wie ein Polizist auf einen älteren Mann einschlug, den zwei andere Beamte an den Armen festhielten, wie ein junger Mann von Polizisten geohrfeigt wurde. Auch eine Frau, die in ihre Wohnung gehen wollte, wurde ins Gesicht geschlagen; eine andere Frau bekam von hinten einen so starken Schlag auf den Kopf, daß sie drei Wochen lang im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Aber — wie gesagt — 17 Monate später stehen nicht die brutalen Schläger vor Gericht, sondern der 61jährige Glaser Herbert Jacobsen, der Organisator des Nachbarschaftsfestes. 28 Polizeizeugen sind aufgeboten; sie wollen alle gesehen haben, daß Jacobsen einige Beamte mit Stelzen bedroht hätte. Die Anwohner des Baaderwegs aber haben den Vorfall ganz anders in Erinnerung: Der Glaser war von einem Polizeihund angesprungen und zu Boden geworfen worden. Um sich gegen die Hunde zu wehren, hatte er die Stelzen geholt. Aber auch er wurde von den Polizisten zusammengeschlagen und noch getreten, als er schon am Boden lag.

Dem Richter ist die ganze Sache wohl zu heiß. Er schlägt vor, das Verfahren einzustellen. Aber Herbert Jacobsen muß ein Bußgeld von 700 Mark zahlen. Er nimmt an, weil er die Kosten für ein weiteres Gerichtsverfahren nicht tragen kann. Und der Richter belehrt den Glaser noch darüber, wo es in diesem Staat langgeht: „Selbst gegen rechtswidriges Vorgehen der Polizei dürfen Sie sich, wenn auch zähneknirschend, nicht wehren."

So ist es. Für die uniformierten Schläger gelten eben die Strafgesetze nicht. Keiner der an dem brutalen Einsatz am Baaderweg beteiligten Beamten ist zur Rechenschaft gezogen worden. In der gleichen Woche, in der in Dortmund verhandelt wurde, lief in Westberlin ein Prozeß gegen einen 16jährigen Jugendlichen, der einen Stein gegen ein Polizeiauto geworfen haben soll. Das Urteil: Zwei Jahre Gefängnis ohne Bewährung.

Tips

Sonntag, 7. März
19.30 Uhr, ZDF
Der Hauptmann von Köpenick. Unter all den Rühmann-Filmen, die jetzt zum 80. Geburtstag des Schauspielers in sämtliche Programme geschwemmt werden, ist wohl nur dieser das Ansehen wert: Helmut Käutners Verfilmung des gleichnamigen Romans von Carl Zuckmayer. Es geht um einen von den Behörden drangsalierten Schuster, der sich eine Hauptmanns-Uniform besorgt und mit einer Gruppe dem falschen Offizier willig folgenden Soldaten das Rathaus von Köpenick besetzt. Mit Heinz Rühmann, Hannelore Schroth und Martin Held.

***

Sonntag, 7. März
22.00 Uhr, ARD
Die Achse. Beginn einer fünfteiligen Serie über die Verbündeten des Hitler-Faschismus im zweiten Weltkrieg. Der erste Teil mit dem Titel „Marsch auf Rom" stellt das faschistische System in Italien dar.

***

Sonntag, 7. März
21.45 Uhr, WDR III
Große Kleinkunst. Aufnahme von der Verleihung des Deutschen Kleinkunstpreises. Die Preisträger, die auch das Programm bestreiten, sind: das Düsseldorfer Kabarett Kom(m)ödchen, der Liedermacher Walter Mossmann, die Musikgruppe Biermösl Blosn und der Pantomime Kaspar Fischer.

***

Montag, 8. März
20.15 Uhr, WDR III
Marie. Woyzeck. Im Bochumer Schauspielhaus wurde diese Inszenierung von Georg Büchners „Woyzeck" aufgezeichnet. Regie: Manfred Karge und Matthias Langhoff.

***

Dienstag, 9. März
19.27 Uhr, ZDF
Die Kinder aus No. 67. Usch Bartelmeß-Weller und Werner Meyer haben den gleichnamigen Roman der kommunistischen Jugendschriftstellerin Lisa Tetzner verfilmt. Er beschreibt das Schicksal einer Kinderclique in einem Berliner Arbeiterviertel zur Zeit der faschistischen Machtergreifung.

***

Dienstag, 9. März
20.15 Uhr, HR III
Das Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe. Fernsehfilm von Peter Beauvais nach dem Stück von Heinrich von Kleist.

***

Mittwoch, 10. März
22.10 Uhr, ZDF
Leben nach dem Überleben. Erwin Leiser porträtiert jüdische Überlebende des faschistischen Holocausts, darunter auch den Schriftsteller Henryk Broder, der im vergangenen Jahr aus der BRD ausgewandert ist.

***

Donnerstag, 11. März
20.15 Uhr, ARD
Schon hinterm Komma hört der Spaß auf. Reportage von Immo Vogel und Gerhard Plangger über die laufende Tarifrunde.

„Man rief Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ (Max Frisch)

Ausländische Arbeiter und Arbeitslosigkeit

Unter Parolen wie „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter“ und „Ausländer raus“ zog die faschistische NPD 1980 in den Bundestagswahlkampf. Nicht nur, daß diese Hetzpropaganda erlaubt wurde — heute, mehr als ein Jahr später, sind diese Forderungen, etwas vornehmer ausgedrückt und etwas abgeschwächt, Bestandteil der Politik der Bundes- und der Länderregierungen. Die Grundzüge der Argumentation dabei liegen auf der Hand und scheinen auf den ersten Blick sogar etwas einleuchtend zu sein: Schickt man so und so viele ausländische Kollegen heim, dann gibt es weniger Arbeitslose. Nur: Mit den wirklichen Verhältnissen hat dies gar nichts zu tun, mit Hetzpropaganda aber alles.

Zum einen gilt es, eine ganze Reihe von Bemerkungen wirtschaftlicher Natur zu machen, die natürlich den Vertantwortlichen und den Bonner Politikern ebenso bekannt sind, die aber bewußt verschwiegen werden, um solche Gesichtspunkte aus der Debatte herauszuhalten.

Denn natürlich nehmen die ausländischen Arbeiter nicht nur Arbeitsplätze ein und tun nichts weiter. Sondern sie sind als Arbeiter, genau wie ihre deutschen Kollegen, Wertproduzenten, konkret gesagt: Mehrwertproduzenten fürs Kapital. Und sie sind nicht nur Produzenten von Wert und Mehrwert, sondern sie sind auch Verbraucher. Sie sind wirtschaftlich gesehen alles das, was ein deutscher Arbeiter auch ist. Mit dem Unterschied, daß sie in der Regel schlechter bezahlt werden, schlechter wohnen, keine politischen Rechte haben. Die Kalkulation jedenfalls, Ausländer raus und schon haben alle Deutschen Arbeit, ist — im besten Falle eine Milchmädchenrechnung. Denn mit ihrem Auszug aus der Bundesrepublik würde auch rund jeder fünfzehnte Verbraucher auf dem westdeutschen Markt verschwinden, und die Überproduktion würde erneut zu Tage treten, und die Arbeitslosigkeit weiterbestehen.

Die ausländischen Arbeiter sind zu einem — wirtschaftlich gesehen — untrennbaren Bestandteil der bundesrepublikanischen Wirklichkeit geworden. Zu einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse, wohlgemerkt, die aber in bezug auf ihre Sonderrolle nicht anders ist als beispielsweise die Frauen, die älteren Arbeiter usw. Und in der Tat ist ja die Propaganda der Reaktion, des Kapitals, auch in dieser Richtung bereits ausgedehnt worden. Frauen an den Herd zurück und einschränken. Ältere früher weg und weniger Rente — das alles sind Argumente die, wenn sie auch nicht derselben Kategorie angehören, wie das „Gastarbeiter“-Argument, nur zur Spaltung der Arbeiterklasse dienen.

Konkret betrachtet kann es keinem normalen Menschen einleuchten, daß etwa die Kollegen aus der Türkei daran schuld



Arbeiter aus der Türkei: Sie haben niemanden von seiner Arbeit verdrängt.

Denn es ist ja kein Wort wahr an dem Argument, die ausländischen Kollegen hätten den deutschen Arbeitern den Arbeitsplatz weggenommen. sind, daß Massenentlassungen beispielsweise in der Stahlindustrie heute an der Tagesordnung sind. So wenig wie es einleuchtend ist, daß ausländische Kollegen an der massenhaften Schließung von Kohlezechen schuldig waren, daß sie für die großen Rationalisierungswellen im Angestelltenbereich verantwortlich sind und all die vielen Tatsachen mehr, die diese Behauptungen widerlegen, wenn man die wirklichen Verhältnisse betrachtet und nicht mit Zahlen jongliert.

Tatsache ist, daß diese Entlassungswellen nicht entstanden, weil andere Arbeitskräfte die bisherigen verdrängt hätten, sondern weil die kapitalistische Produktionslogik der Profitsteigerung es erfordert.

Und in diesem Produktionsapparat des Kapitals in der Bundesrepublik nehmen die ausländischen Kollegen nicht nur die bereits anfangs erwähnte Rolle von Wertproduzenten ein. Sondern sie nehmen innerhalb der vom bundesrepublikanischen Kapitalismus erzeugten Arbeitsteilung auch eine ganz bestimmte Stellung im Produktionsapparat ein. Eine Stellung, die von jeher — in unterschiedlicher Weise — im Kapitalismus von besonders unterdrückten Schichten der jeweiligen Arbeiterklasse eingenommen wurde. Man erinnere sich beispielsweise daran, daß der deutsche Bergbau von Beginn an mit einer großen Zahl polnischer und polnischstämmiger Arbeiter betrieben wurde, die allmählich in wachsendem Ausmaß und wachsender Zahl integriert wurden.

So ist auch das Argument zu sehen, daß immer wieder angeführt wird: Wir brauchen sie als Müllarbeiter, als Bergmänner usw. Und in der Tat stimmt dies, und zwar auf verschiedene Weise. Zum einen wäre es für die westdeutschen Kapitalisten mindestens wesentlich teurer, wollten sie ihren gesamten heutigen Produktionsapparat ausschließlich mit deutschen Arbeitern betreiben — mehr Lohn, mehr soziale Leistungen wären auf jeden Fall gefordert. In vielen Fällen auch eine Erneuerung von Produktionsinstrumenten. Und zum anderen muß man realistischerweise sehen, daß es tatsächlich verschiedene Arbeiten gibt, zu denen die deutschen Arbeiter höchstens mit den Mitteln des Zwangs, einer Notstandsdiktatur, zu bewegen wären, sei es aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation oder ihrer erkämpften Rechte. Über solche Maßnahmen wird von einzelnen Kapitalisten bereits gesprochen.

Alle Argumente einer Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit mit Hilfe von ausländerfeindlichen Maßnahmen entbehren also jeder wirtschaftlichen Logik. So ist es auch klar, daß die Monopole heute gar kein wirkliches Interesse an einer Ausweisung aller Ausländer haben, um die Maximalforderung zu nennen. Woran sie aber sowohl ein wirtschaftliches wie ein politisches Interesse haben, ist eine möglichst tiefe Spaltung der Arbeiterklasse in möglichst vielfältiger Form. Und dabei ist die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern heute besonders wichtig und aktuell.

Deshalb ist heute der Widerstand gegen alle Maßnahmen und Kampagnen, die auf eine weitere Vertiefung oder auf eine Festigung einer solchen Spaltung abzielen und die sich in allen Lebensbereichen verzeichnen lassen, besonders wichtig.

Was das Problem der Arbeitslosigkeit betrifft, so ist es hier doch gerade umgekehrt, als die reaktionäre Propaganda weismachen will. Es sind doch die ausländischen Kollegen, die hier überdurchschnittlich betroffen werden. Es sind vor allem Hunderttausende ausländischer Jugendlicher, die ohne Schule und Lehrstelle sind, und denen die bescheidenen Ansätze einer sozialen Integration im Zuge der gegenwärtigen Rotstiftpolitik nahezu völlig weggestrichen werden.

Die Beschlüsse Ende des Jahres bedeuten einen Einschnitt

Ausländerpolitik seit 30 Jahren

„Gast“arbeiter wurden seit Bestehen der Bundesrepublik in verschiedenen Ländern des späteren EWG-Raums angeworben. Offizielle Maßnahmen zur Anwerbung von Arbeitskräften gab es seit 1951, zu einer Zeit also, als es noch Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe gab.

Bis 1961 sind es eine halbe Million Menschen aus EWG-Ländern, die in der Bundesrepublik arbeiten, vorwiegend aus Italien. Noch einmal ganz wesentlich ausgeweitet wird die Anwerbung nach dem Bau der Mauer in Berlin — jetzt werden innerhalb von drei Jahren ebensoviele Menschen angeworben wie zuvor in zehn Jahren. 1964 wird der Millionste „Gastarbeiter“ noch von offizellen Stellen und vom Unternehmerverband gefeiert.

In dieser Zeit und im weiteren Verlauf der sechziger Jahre klappt die Werbemaschine der Unternehmerverbände noch weitgehend reibungslos: die Zahl der hier arbeitenden ausländischen Kollegen steigt weiter rapide an, die von Unternehmern und Behörden gewünschte Rotation, also der befristete Aufenthalt, ist an der Tagesordnung.

Anzeichen einer Veränderung zeigen sich mit der Wirtschaftskrise der Jahre 1966 und 1967, als zum ersten Mal sichtbar wird, daß die Zahl derer wächst, die — zumindest für längere Zeit — hier bleiben wollen, die trotz Krise bleiben. Zu dieser Zeit wird zum ersten Mal Familienzusammenführung offiziell registriert.

In den nächsten Jahren, bis 1973, wird die zu Anfang eingeschlagene Politik der massiven Anwerbung zwar etwas abgeschwächt, aber doch ungebrochen fortgesetzt.

Mehrere Faktoren sind es dann, die zu einem großen Einschnitt führen. Zum einen wird in der ersten Hälfte der siebziger Jahre deutlich, daß es sich bei der 66/67er Krise keineswegs nur, wie zuerst behauptet, um eine einmalige Unterbrechung auf dem Wege nach oben handelt, sondern daß man ständig mit Überproduktionskrisen zu rechnen hat. Zum zweiten ist eben durch die Umzüge oder Nachzüge der Familien, durch die Geburt von Kindern ausländischer Familien in der Bundesrepublik die gewünschte „Rotation“ immer mehr gefährdet, festigt sich eine Tendenz zum längeren und zum Daueraufenthalt. Und zum dritten, durch



„Eingliederung“ im Rahmen des MBSE-Programms: Die Hilfsarbeiterausbildung für die Unternehmer wird zu drei Vierteln vom Arbeitsamt bezahlt.

beide zuerst genannten Gründe gefördert, zeigt sich zunehmend, daß die Behandlung ausländischer Arbeiter als willige Arbeitstiere nicht mehr so einfach ist: Streikbeteiligungen, Widerstand, eigene Forderungen nehmen zu.

Das Signal zu dieser Änderung gab im Jahre 1971 der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU), und am 22. November 1973 wurde von der Regierung Brandt/Scheel ein Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte beschlossen. Das war die Folgerung dessen, daß nun offiziell jene Linie — die durch die Rotationspolitik ja schon verwirklicht worden war — durchgesetzt werden solle, die besagte, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. In den Jahren 1974 und 1975 wurden noch mehrere Erlasse verkündet, mit denen den ausländischen Kollegen das Recht auf eine Arbeitserlaubnis beschnitten wurde — sie durften von nun an einen bestimmten Arbeitsplatz erst einnehmen, wenn kein deutscher Bewerber ihn wollte. Und es gab auch Erlasse, die den Familiennachzug bremsen sollten.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war denn auch die Politik, die verhindern sollte, daß sich ausländische Familien in der Bundesrepublik auf Dauer einrichteten, die deutlichste Erscheinung der behördlichen Maßnahmen. Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Staatsbürger (mit Ausnahme der NATO-Truppen) die im Zeitraum von 1964 bis 1973 sich fast auf vier Millionen vervierfacht hatte, stieg in den darauf folgenden ebenfalls neun Jahren bis 1982 nur noch um etwas mehr als eine halbe Million, auf etwa viereinhalb Millionen Menschen an. Aber es wuchs dabei enorm die Zahl der Familien, der Kinder, der schulpflichtigen Kinder. Und im Bereich der Schule gab es — neben der Wohnungsfrage — auch die augenfälligsten Maßnahmen gegen die Integration der ausländischen Familien. Die berüchtigten Apartheidsklassen, die der Kultusminister von Baden-Württemberg (das auch diesmal an der Spitze der ausländerfeindlichen Maßnahmen stand) Mayer-Vorfelder erließ, die getrennten Unterricht nach Nationalitäten befahlen und gemeinsamen verboten, waren davon deutlichstes Beispiel.

Der zweite große Einschnitt sind nun die Erlasse vom November/Dezember 1981. Mit ihnen sollte und soll nicht nur eine weitere Einschränkung des Zuzugs erreicht werden, sondern auch direkt Grundlagen für Zwangsausweisungen en masse geschaffen werden. Die Vorbereitungen zu diesen Maßnahmen, zur Zwangslösung der „Ausländerfrage“ waren durch eine großangelegte Kampagne gelegt worden. Diese war, mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise, ständig verstärkt worden. Sie war zunächst im Jahre 1980 noch auf die Asylanten beschränkt worden und war nur von nazistischen und rassistischen Kräften bereits damals folgerichtig auf alle Ausländer ausgedehnt worden.

Wo die faschistische Propaganda damals in die Bresche schlug, da zieht die offizielle Politik heute nach. So ergibt sich nach den Erlassen von Ende 81 eine Situation, in der die „Gastarbeiterfrage“, also die Unterdrückung unserer ausländischen Kollegen und ihrer Familien eine zunehmend wichtigere, eine zentralere Rolle im Kampf gegen die reaktionäre Politik des Kapitals einnimmt.

Einige Zahlen

Heute leben in der Bundesrepublik etwas über viereinhalb Millionen ausländische Staatsbürger, etwa 7,2 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung. Dabei ist die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich: mit 9,9 bzw. 8,9 Prozent stehen Baden-Württemberg und Hessen an der Spitze des Anteils ausländischer Bürger, Niedersachsen und Schleswig-Holstein befinden sich mit 3,9 bzw. 3,3 Prozent am Ende dieser Rangliste.

Naturgemäß ist der Anteil ausländischer Bewohner in den Städten sehr viel größer als in Dörfern oder Kleinstädten, denn es handelt sich ja um Arbeiterfamilien. In Kleinstädten zwischen 10000 und 20000 Einwohnern beträgt der Anteil ausländischer Bürger etwa 5,2 Prozent, während er in Städten über 50000 Einwohnern bei 11,5 Prozent liegt. Bei den Großstädten liegen Frankfurt und Stuttgart mit 21 bzw. 17 Prozent an der Spitze. Bremen und Essen beispielsweise haben weniger als 6 Prozent ausländische Bürger als Einwohner.

So lag beispielsweise in über einem Viertel der Frankfurter Stadtbezirke der Ausländeranteil über 30 Prozent, während er in Berlin-Kreuzberg 24 Prozent beträgt.

Der zahlenmäßigen Stärke nach sind hinter den Kollegen verschiedener Nationalität aus der Türkei jene der verschiedenen Nationalitäten Jugoslawiens zweitstärkste Gruppe, vor italienischen und dann griechischen Staatsbürgern. Von den etwa 700000 Jugendlichen in Schul- bzw. Ausbildungsalter rechnet man offiziell etwa 200000 als unangemeldete Arbeitslose. Bei den Schulkindern sank der Anteil derjenigen, die das Gymnasium besuchen innerhalb der letzten acht Jahre von 6,5 Prozent auf 6,3 Prozent. Die Zahl derer, die die Sonderschule durchmachen, stieg von 2,7 auf 4,4 Prozent. Etwa 18 Prozent besuchen die Realschule, rund 70 Prozent die Hauptschule (bei deutschen Schülern unter 40 Prozent).

In der 74er Wirtschaftskrise bis 1976, als etwa jeder zwanzigste deutsche Arbeiter seinen Arbeitsplatz verlor, wurde jeder fünfte ausländische Arbeiter entlassen...

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 9, 5 Mart 1982 | Yıl: 16 | 1 DM





Bremerhaven'de protesto eylemi: **Doğu Almanya'daki tutuklu komünist muhalefetle Dayanışma Komitesi'nin üyeleri Doğu Almanya-İsviçre el topu dünya şampiyonluğu karşılaşmasında, oyunun birinci yarısından faydalanarak sahaya girdi ve binlerce seyirci önünde yukardaki pankartı açtılar. Böylece binlerce seyirci pankartın katlanması talep edilmeden önce üzerindeki yazıyı okuyabildiler.**

Matthöfer ve Lambsdorff'a Flick tekeli rüşvet mi yedirdi?

Tekelin yöneticileri ve bakanlar hakkında tahkikat sürdürülüyor

BONN. — Neue Heimat skandalının bir kaç haftalığına Bonn'daki rüşvet yedirme olayını basından gölgelenmesinden sonra, geçen hafta sonu bu yönde Federal Savcı yeni açıklamalarda bulundu. Flick tekelinin yöneticileri, Bonn'daki bakan ve yüksek kademeli memurlar hakkında sadece vergi kaçakcılığından ötürü değil, aynı zamanda aktiv ya da pasif rüşvet aldıklarından dolayı tahkikat sürdürülmektedir.

Hakkında tahkikat sürdürülenler arasında tekelin sahibi Karl Friedrich Flick ve yöneticileri Brauchitsch ve Nemitz, Maliye Bakanı Matthöfer ve Ekonomi Bakanı Lamsdorff, Dresdener Bankası Müdürü ve eski Ekonomi Bakanı Fridrichs, Schmidt'in en yakın danışmanı ve Devlet Sekreteri Lahnstein, FDP'li milletvekili Riemer ve CDU'lu Stuttgart Ekonomi Bakanı Eberle yer almaktalar.

Tahkikatın tekrardan başlatılması ani bir şey değildir. Daha geçen yılın aralık ayında "Spiegel" dergisi Federal Savcılığın dosyalarından şu bölümleri aktarmıştı: "Federal Savcılık.. Flick firmasının .... devlet görevlilerine rüşvet vermeye söz verdiğine ya da bunu yaptığına dair ip uçları elde etmiştir."

Tahkikatlar süresince yapılan aramalarda Flick tekelinin bürosunda şüpheli görülen 100 dosyaya el konuldu.

Şimdi ise tekelin Bonn'daki partilere büyük külliyetli rüşvetler verdiğinden söz edilmektedir. Hiç şüphesiz bu korkunç rüşvetler karşılıksız verilmemiştir. Verilen bu rüşvetlerin karşılığında devlet görevlilerinden de bir takım şeyler yapmaları beklenilmiştir ve zaten aksi yönü de düşünülemez. Örneğin somut olarak ele alacak olursak tekel 1975 yılında Daimler-Benz firmasındaki yaklaşık olarak 2 milyar Mark tutan hisse senedini Deutsche Bank'a satmıştı. Buna göre onun maliye dairesine 1,2 milyon Mark gelir vergisi ödemesi gerekmekteydi. Ama Maliye Dairesi'ne bu gelirden bir tek kuruş dahi vergi ödenmemiş. Bunun nedeni çok açık. Bonn'daki baylar rüşvet yediklerinden dolayı tekelin korkunç vergi borcunu ödememesine de tamamen göz yummuşlar.

Flick patronlarına vergiden yapılan bu hediyeyi son tahlilde işçi ve emekçiler kendi ceplerinden ödemeye zorlanmaktalar. Tekelin vergiden bu indirimi sağlayabilmesi için rüşvet yedirdiği kişiler hiç kuşkusuz bilinmektedir. Ve bugün rüşvet aldıklarından dolayı şüpheli görülenler hakkında tahkikat sürdürülmektedir. Ve bunlar yorulmadan avazlarının çıktığı kadar fedekârlık yapılmasından dem vuran aynı baylardır, yani Bonn'daki baylardır. Hiç şüphesiz onlar fedekârlıkların yapılmasını patronlardan değil emekçilerden talep etmekteler.

İşte rüşvet yedikleri ileri sürülen Lambsdorff ve Matthöfer bu yıl emekçilerin üzerine yeni yüklerin yıkılması için önlemler aldılar. Buna karşılık Flick tekeli ise normal vergilerini bile ödememektedir. Ve bu onlara yapılan cömertce bir vergi bağışıdır ki, ayrıca onlardan kemerlerini sıkmaları bile talep edilmemektedir.

(„Matthöfer und Lambsdorff — vom Flick-Konzern bestochen?")

Reagan haziran ayında Bonn'a gelmek istiyor

Hükümet yapılacak yürüyüşü yasaklama tehditini savurmakta

BONN. — ABD Cumhurbaşkanı Reagan'ın Bonn'a gelmek istemesine karşı bir taraftan bir çok örgüt, kuruluş büyük bir protesto yürüyüşü yapılmasının hazırlığını yaparken, öte yandan ise Bonn Hükümeti Reagan'a karşı düzenlenecek yürüyüşü yasaklama tehditi savurmaktadır.

Onların bu yola başvuracakları önceden belliydi. NATO zirve konferansının Federal Hükümet'in isteği üzerine Bonn'da yapılması kararlaştırıldı. Bu haberin yayınlanmasının hemen ardından, basında RAF (Kızıl Ordu Fraksiyonu) ya da benzeri örgütlerin Reagan'a suikast girişiminde bulunabilecekleri sahte haberleri yaygınlaştırılmaya çalışıldı.

Böylece SPD'nin ileri gelen adamlarından Wischnewski sözü alarak açık bir dille Kuzey Ren Westfalye İçişleri Bakanı Schnoor'un bu yürüyüşü yasaklamasının en doğru adım olacağını belirtti. O sözlerine bu yapılmazsa en azından yürüyüşe geniş katılımın olmasını önlemek için her tarafın kordon altına alınması ve özel tren seferlerinin yasaklanması gerektiğini de eklemeyi unutmadı.

Bonn'daki baylar Reagan geldiğinde artık yürüyüş diye hiç bir şey söz konusu olamaz ya da en fazlası izni verilecek tek bir yürüyüş ise Bonn Hükümeti'nin ABD'ye olan sadıklığını ispatlayacağı bir yürüyüş olmalıdır diyorlar.

Ama tüm bu engelleme tehditlerine rağmen yürüyüşe çağrı yapmak isteyen örgütlerin sayısı giderek artmaktadır. Hafta sonu SPD'nin gençlik örgütü Jungesozialisten de yürüyüşe katılacağını açıkladı. Partimiz KPD ise 21 Şubat'ta bu yürüyüşün hazırlığının yapılması için çeşitli örgütlere çağrı yapmıştı.

(„Regierung droht mit Demonstrationsverbot")

'82 yılı ücret turları giderek kızışmaktadır

Gerçek ücretlerin garanti altına alınması için mücadele!

KREFELD. — Kuzey Ren Westfalye'de metal sanayisinde arabulucu komisyonunun çağrılmasına yönelik olarak konuşan İşveren Odaları Başkanı Kirchner ücret turlarında kendilerinin ulaşmak istedikleri ücret artışı hedefinin virgülün önünde yüzde 3 olduğunu belirtti. Bunun açık ifadesi şudur: Onlar işçilerin ücretlerini yüzde 3 ile 4 arasında düşürmek istemekteler.

Patronların bu küstahça saldırısı yaygın protesto eylemlerine gidilerek sendikalar tarafından geri püskürtülmelidir. Metal sanayisindeki uyarı grevleri bu saldırıya verilen doğru bir cevaptır; ama bu yeterli değildir. Şimdi tüm sendikal hareket seferber edilmeli, çok yönlü eylem ve önlemlere başvurulmalı, gerçek ücretlerin garanti altına alınması hedefinden asla vazgeçilmeyeceği ve bunun hiç bir şekilde mücadelesiz kabul edilmeyeceği gösterilmelidir.

Sendikaların harekete geçmesi, şimdiye kadar eşi görülmemiş bir şekilde kitlesel yayın araçlarında sendikal talebe karşı büyük bir yaygara koparıldığı ve patronların ücret artışlarından vazgeçmek taleplerine geniş bir şekilde yer verildiği şu an daha da gereklidir. Bu saldırılar tüm DGB'nin ve ona bağlı sendikaların birlikte hareket etmesini gerekli kılmaktadır!

Sendikal talebe karşı saldırıların yoğunlaştığı şu an, IG Kimya Sendikası Yönetim Kurulu ve NRW'de toplu sözleşme görüşmelerini sürdüren IGM'in temsilcisi gibi bazı sendika yöneticilerinin ücret artışlarından vazgeçmeye hazır olduklarına dair sinyal yakmaları, onların sendika cephesini arkadan hançerlemeleri demektir.

(„Für Reallohnsicherung kämpfen!")

Metal işçilerinin ilk uyarı grevi

2 Mart salı günü metal toplu sözleşme turları çerçevesinde ilk uyarı grevi yapıldı. Elimize ulaşan haberlere göre Reutlingen, Stuttgart, Mannheim ve Batı Berlin'de düzenlenen eylemlere toplam olarak 10000 işçi ve emekçi katıldı. Yapılan bu eylemlerin ağırlık noktalarından birini 5000 işçinin katıldığı Reutlingen'deki 12 işletmede düzenlenen eylemler teşkil etmektedir. Uyarı grevlerine bölgenin en büyük işletmesi Bosch'tan ise yaklaşık olarak 800 emekçi katıldı. Uyarı grevlerinden önce ise, şehirde yapılan yeni Arbeitsamt binasının açılış törenine katılan Stingl'in işsizlere yönelik aldığı kararları protesto etmek için DGB çağrı yapmıştı. Bu çağrıya 200 emekçi uyarak protesto eylemine katıldı.

Kiel'de Nazilere karşı protesto eylemi

2000 anti-faşist yabancı düşmanlığını lanetledi

KİEL. — Kiel'de yapılacak belediye seçimlerine "Liste für Ausländerbegrenzung (KLA)" adlı faşist insiyatifte katılmak istiyor. Bu insiyatif "Kiel'in bir Alman şehri olduğunu" ileri sürerek yabancıların haklarının tamamen ellerinden alınmasını ve Kiel'den çıkarılmalarını talep etmektedir. İnsiyatifin Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinde geniş ilişkisi var ve ayrıca bazı çevreler tarafından da desteklenmektedir. Bu faşist listenin seçimlere katılmasına izin verilmesini protesto etmek için 27 Şubat'ta 2000 anti-faşist yürüdü.

İnsiyatifin programını ilan etmesinden sonra yerli ve yabancı anti-faşistler buna karşı harekete geçmenin gerekliliğine işaret ettiler. Bu yönde faşist KLA'nın yabancı düşmanlığını körüklemesine karşı düzenlenen bu yürüyüş atılan ilk adımdır. Yürüyüşün yapılması için KPD-nin arasında yer aldığı 30'a yakın yerli ve yabancı örgüt çağrı yapmıştı.

Yürüyüş Gaardener Werftpark'tan başlayarak şehir merkezine doğru harekete geçti. Asmus-Bremer-Platz'ta yapılan bir mitingin ardından ise sona erdi. Tüm yürüyüş boyunca, "Yabancılar kalacak, Naziler kovulmalıdır-KLA'ya tek bir oy dahi verilmemelidir!" sloganları gür bir şekilde haykırılmaktaydı.

Miting alanında yapılan konuşmada ise DGB Bölge Gençlik Kurulu Başkanı, Federal Anayasanın 139. maddesine göre KLA'nın yasaklanmasını talep etti. O konuşmasında HDW tersanesinde çıkışlarının verileceği açıklanan 1400 işçinin sorununu da ele alarak, bundan yerli ve yabancıların eşit derecede etkilendiğini belirtti ve onların ortaklaşa mücadele sürdürmelerine işaret etti. Alman makamları tarafından teşvik edilen ve kışkırtılmasına izin verilen yabancı düşmanlığının faşistlerin ırkçı düşüncelerinin doğrudan bir devamı olduğuna değindi.

(„Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!")



Nazilerin yabancılara yönelik kışkırtma kampanyaları anti-faşistlerin yoğun direnişiyle karşılaşmaktadır.

Türkiye'de işkence gören bir devrimci yazıyor:

Vücudumda işkence yerleri bütün çıplaklığı ile hala belli

Uluslararası Af Örgütü (Amnesty International) son olarak Türkiye üzerine yayınladığı raporunda Kenan Evren faşist cuntasının siyasi tutuklular üzerinde estirdiği teröre değinmiş ve işkencede katledilen çeşitli isimleri sıralamıştı. Ne varki resmi bir örgütün faşist cuntanın siyasi tutuklulara işkence yaptığını belgelemesi onun etine batan bir diken gibiydi. Bunun içinde raporun gerçeği dile getirmediğini ispatlamak için onun denetiminde olan basın harekete geçti.

Hürriyet ve Milliyet gibi cuntanın borazanı gazeteler "Amnesty International'in öldü dediği kişiler yaşıyor" manşetleri ile cuntanın işkence yapmadığını ve kimsenin de işkence sonucu katledilmediğini ispatlamaya giriştiler. Bu konuda uşak basının ileri sürüsüne karşı işkencede katledilen ve isimleri bilinen 90'a yakın devrimci, ilerici ve komünisti göstermek yeterli olacağı düşüncesindeyiz. Ayrıca cuntanın hapishanelerine düşen her ilerici, devrimci, komünist, sendikacı, yazar mahkeme önüne çıkarıldığında kendilerine işkencenin yapıldığını sürekli vurguladılar. Şunu da açıkca söylemekte yarar vardır. Birincisi, Amnesty International'ın raporunda işkence sonucu öldükleeri ileri sürülen isimler doğru olmayabilir; çünkü bugün cuntanın hapishanelerine düşen siyasi tutuklulardan hayatta oldukları üzerine en küçük bir haberi dahi alabilmek oldukça zordur. Ve ayrıca uşak basının ölmediğini ispatlamak için basında resimler sergilemesi bir kişinin akibetinin ne olduğunun ve ne gibi baskılara tabii tutulduğunun açıkca bir belgesi değildir. İkincisi ise; diyelim ki isimler doğru değil; ama bu hiçi bir şekilde Kenan Evren faşist cuntasının işkence yapmadığının ispatı olmadığı gibi aynı zamanda işkence sonucu hiç kimsenin katledilmediğinin de bir göstergesi değildir.

Biz sözü burada keserek son olarak Türkiye'den elimize ulaşan ve işkence görenlerden sadece bir tanesi olan bir devrimcinin mektubundan işkenceyi sergileyen belirli bölümleri aktaracağız.

"Ben sizlere yurdumuzda emekçilere, halk evlatlarına karşı sürdürülmekte olan zulümden küçük bir örnek vermek istiyorum. Ben 1981 yılından evvel öğretmenlik yapıyordum. Fakat 1981 Ekim'inde Kahraman Maraş katliamını protesto eylemine katıldığımdan dolayı beni görevden aldılar. Eşimin aldığı küçük bir maaşla yokluk içerisinde yaşıyorduk. Fakat kısa bir süre sonra polis ve jandarma gelip beni evden aldılar. Ben faşist uşakların benden ne istediklerini biliyordum. (...)

Daha sonra beni bir hücreye götürdüler ve yüzleri maskeli iki cellat içeriye girdi. İlk soruları: silahın nerede, nereye sakladın. Ben silahımın olmadığını söyledim. Bizi kandıramazsın, şimdiden söylersen ucuz kurtulursun, diye önce tatlı konuştular. Silahım yok diye tekrarlayınca ilk önce ellerimi bağladılar ve sonra birbirlerini lakapla çağıran faşist uşaklar tekme tokat giriştiler. Beni kendimden geçinceye kadar dövdüler. Kendime gelince sorgulamaya devam ettiler. Benden aynı cevabı alınca, diğer emekçilerin bulunduğu hücreye götürdüler.

Oradaki emekçilerin her biri bir yerini kucaklamış inliyorlardı. (...) Biraz sonra gene ellerimi bağlayarak mideme, kalbime, kafama, nereme rastgeldiyse vurmaya başladılar. Bu darbelere uzun süre dayanamadım. Ayıktığımda hangi örgütle ilişkim olduğunu, kimlerle arkadaşlık yaptığımı, isimlerinin neler olduğunu soruyorlardı ve bende sürekli kimseyle ilişkim yok, kimseyi tanımıyorum diye bağırıyordum. (...)

Bir süre sonra iki ayaklı caniler tekrar hücreye geldiler. Aradan süre geçtikce yaptıkları işkencelerin nevi ve cinsi değişiyordu. Yanlarında bulunduğum emekçilerden genç birisinin anasını yaka paca yanımıza getirdiler. Anasını oğlunun ve bizim gözlerimiz önünde dövdüler. Ana acıdan inliyordu; fakat genç yoldaş hiç bir suçlamayı kabul etmiyor ve anasını teselliye çalışıyordu. Ama faşist cuntanın eli sopalı uşakları anaya yaptıkları işkenceyi derinleştiriyorlardı. Ananın üzerindeki giysileri soyarak oğlunun gözleri önünde tecavüze başladılar. Ananın feryadı bütün binayı inletiyordu. Fazla bilinci olmamasına rağmen, faşistler, köpekler bizlerden ne istiyorsunuz, faşist caniler bu yaptıklarınızın hesabını yavrularımız sizden soracaklar diyordu. Anasının feryatlarına daha fazla tahammül edemeyen genç yoldaş hiç ilişkisi olmadığı Devrimci Yol fraksiyonuna kayıtlı olduğunu kabul etti. (...) Anasının yanında bu kezde örgüt silahlarının yerini ve örgüt elemanlarının isimlerini söylemesini istediler. Bilmediğini söyleyince, ilkel yollara başvurarak kollarından yukarıya astılar. Anasının gözleri önünde bayılıncaya değin dövdüler.

Bu yapılanları beni yıldırmak amacıyla izletiyorlardı. (...) Bana eşimi getirerek aynısını yapacaklarını söylüyorlardı. Bu kezde beni falayaka yatırdılar. (...) Ayaklarımın yaralarına tuz basmıştılar.

Beni soğuk su dolu bir depoya götürdüler. Göbeğime kadar çıkan bu su deposunda önce bir gün beklettiler. Depoda ayrıca tavanda elektrik kabloları ve yanlarda ise kollara ve ayaklara takmak için hazırlanmış özel işkence aletleri vardı. Beni gene sorguya çektiler. Ve ellerinde kendilerince hazırlanmış bulunan bir ifadeyi imzalamam için zorluyor, küfürler savuruyorlardı. (...)

gelen her şeyi söylüyordu. Faşistler bize yaptıklarınızın hesabını soracağız. Biz sizler gibi kahbe değiliz. Bizler ser verir sır vermeyiz diyordu. Zorbalığa başvurarak bacının elbiselerini yırttılar. Bana bu kadına bak, bak nasıl güzel vücudu var. Ona bak, yoksa gözün önünde tecavüz ederiz. Bacı bu yapılanlara bağırıyordu, ben utanmıyorum, bana bunu yapanlar utansın diyordu. (..)

Beni daha sonra bölge sorumlusu olarak suçlamaya başladılar. Gezdiğim konuştuğum kişilerin isimlerini vermemi istediler. (...)

İşkenceler süresince beni 10 gün boyunca soğuk su içinde bıraktılar. Ve 70 günde emniyette çeşitli işkence gördükten sonra serbest bıraktılar. İşkence yaptıklarını gizlemek amacıyla son 10 gün işkence yapmadılar.

Doktora gittim bana işkence yapıldığına dair rapor verilmesini istedim. Vücudumda işkence yerleri bütün çıplaklığı ile hala belli olduğu halde bana rapor vermediler. Şimdi ben kötürüm olarak evde oturuyorum. Benim gibi daha bir çokları sakat kalıp işe yaramaz oluyor, veya deli olmaktalar ya da hayatlarını yitirmekteler.



Kenan Evren faşist cuntasının hapishanelerinde tüm siyasi tutuklular işkenceden geçirilmektedir. Bunun sonucu şimdiye kadar onlarcası katledildi ve bir çoğu sakat bırakıldı.

Beni tekrar hücreden alıp su dolu depoya götürdüler. Daha önce var olan romatizmalarım iyice bütün vücudumu sarmaya başladı. Yarı baygın olarak beni oradan çıkardılar. (..) Doktora gitmek istediğimi söyledim, fakat bana gülerek seni götüreceğimiz bir veteriner şu anda burada yok dediler. (..)

Eli sopalı uşaklar bize yaptıklarının aynısını ve daha ağırını bacılarımıza yapmaktaydılar. Bir kaç gün sonra bacılarımızdan birini benim bulunduğum hücre odasına getirdiler. Bacıma hakaret etmem için bana yapmadıkları işkence kalmadı. Bacım faşist cellatlara ağzına

Bize yapılan bu zulmü yok etmek için, faşist cuntayı yıkmak için biz; işçi, köylü, kadın erkek el ele vermeliyiz. Ancak bu şekilde esaret zincirini kırar ve yok olan hak ve özgürlüğümüzü elde ederiz."

Kahrolsun faşist cunta ve onun uşakları.

Çorum'dan bir Devrimci

İlticacıları zorla çalıştırmayı hedefleyen

Kararlar geri alınmalıdır!

BATI BERLİN.—CDU azınlık hükümeti ilticacı emekçileri 1,25 DM saat ücreti ile angarya çalıştırmak isteme kararını gerçekleştiremedi. Senato ilticacı emekçilerin ilk iş günü olarak 22 Şubat 1982 Pazartesi sabahı belirlemişti. Ne varki pazartesi sabahı işe bir tek ilticacı dahi gelmedi.

CDU azınlık hükümetinin Sosyal İşler Senatörü Ulf Fink 120 ilticacının kendiliğinden işe gelmeyi kabul ettiğini açıklamıştı. Ama 22 Şubat sabahı bu "istekli" ilticacılar da dahil bir tek kimsenin dahi işe gelmemesi onun yalanına karşı yüzününe indirilen bir şamardır. Sosyal İşler Senatörü'nün yalanı açığa çıkınca bu kez de CDU'nun kararını "ilticacıları iş köleleri olarak kullanmak girişimi" diye tanımlayan Uluslararası Af Örgütü'ne (Amnesty International) saldırdı. Onun "işe gelmede istekli olan" ilticacıları kışkırttını söylemeye yeltendi.

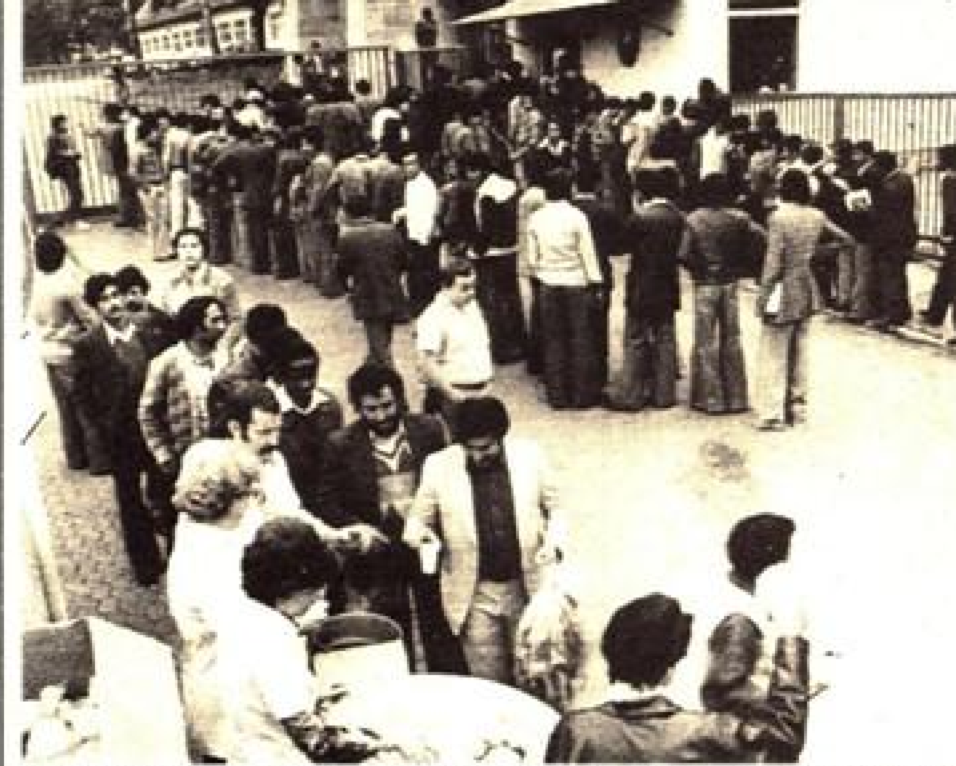
İlticacı emekçilerin işe gitmeyi protesto etmesi, izine sadece faşist Hitler Almanya'sında rastlanan CDU Hükümeti'nin zorunlu çalışma girişimimine verilen en doğru cevaptır. Çünkü bir taraftan ilticacı emekçilere iki yıllık çalışma yasağı süresi konur ve onlar üç beş kuruşluk sosyal yardımla geçinmeye zorlanırken, öte yandan ise çalışan emekçilerin ücretlerini düşük tutmak için onlar ucuz iş gücü olarak kullanılmak istenmekteler. İkincisi ise bugünden, işsizlerin de yarın "işsizlik kasasına yük olmalarını" önlemenin ve onları da ek iş yapmaya zorlamanın hazırlığı yapılmaktadır.

Bu iki model başarılmış olursa, faşist Hitler Almanyasında yapılan uygulamanın aynısı gerçekleştirilmiş olur.

Senatonun aldığı karara uyarak hiç bir ilticacı işe gitmeyince, bu kezde ilticacıları zorunlu çalışmaya tabii kılmanın ön hazırlığı yapılmaktadır. CDU azınlık hükümeti 200 ilticacı emekçinin önüne şu alternatifi koymak istiyor: Ya zorunlu olarak çalışırsınız ya da verilen sosyal yardımlar kesilir.

CDU'nun ilticacı emekçilere yönelik bu saldırısı geniş protestolara gidilmesine yol açtı. Batı Berlin Senatosu'nun bu girişimi boşa çıkarılmalıdır! İlticacılara yönelik bu saldırılar ayrıca bir çok yerli ve yabancı örgüt ve kuruluş tarafından protesto edildi.

Ayrıca CDU azınlık hükümetinin ilticacılara yönelik saldırılarını "zorunlu çalıştırma insanlık onuruna aykırıdır" diyen Batı Berlin SPD sözcüsü de karşı çıktı. Evet çok güzel ve doğru. Peki acaba SPD diğer eyaletlerde de aynı tutumu takınıyor mu? Hayır kesinlikle.



İlticacılar için bir taraftan çalışma yasağı konurken, öte yandan ise onlar Hitler Almanya'sında uygulanan aynı medotla zorla çalıştırılmak isteniyor.

Batı Berlin'de CDU Hükümeti yönettiğinden dolayı bu tür "protestolar" yükseltiliyor. Kuzey Ren Westfalye (NRW) Eyaleti de SPD tarafından yöneltiliyor. Buradaki SPD yönetimi bu soruna nasıl yaklaşıyor? Batı Berlin'de CDU azınlık hükümetinin gerçekleştirmek istediği zorunlu çalışmayı, SPD'de kendisinin yönettiği NRW'de hayata geçirmek istiyor. Bazı yerlerde ise bu çoktanberi uygulanmaktadır. NRW'de ise 1 DM saat ücreti ödenmek isteniyor!

Örneğin Kuzey Ren Westfalye Eyaleti'nde Schwelm, Gevelberg ve Sprockhövel şehirlerinde uygulanmaktadır. Ayrıca diğer şehirler ise şimdilik iş alanları olmadığından dolayı reddetmekteler.

Herdecke'de zorunlu çalışmayı reddeden bir Lübnanlı ilticacı emekçinin aldığı sosyal yardım yüzde 20 oranında düşürüldü.

Witten'de ise 14 Türkiyeli ilticacı emekçi zorla çalıştırılmak isteniyor. Şayet onlar günde dört saat olmak kaydıyla çalışmayı reddedecek olurlarsa, böylece verilen sosyal yardımın yüzde 20 kısıtlanması tehditi savrulmaktadır. Ama Türkiyeli ilticalı arkadaşlar kendilerine yöneltilen bu gerici karara karşı sessiz kalmayarak bir yandan itiraz dilekçesi verirken, öte yandan ise bu kararı protesto etmek için açlık grevine gideceklerini belirtmekteler.

İlticacı emekçilere yönelik bu saldırılarla yarın da işsizleri çalıştırmanın ve onları çalışan emekçilerin ücretlerini düşük tutmak ya da grev kırıcı olarak kullanabilmenin ön hazırlığı yapılmak isteniyor. Bunun için bu saldırılara karşı sendikaları harekete geçirmeli ve kararın geri püskürtülmesi için adım atılmasını sağlamalıyız.

(„Weg mit dem Arbeitsdienst für Asylanten!")

Kısa ... Kısa... Kısa.. Kısa...

K.—J. Rattay: Yeniden dava açıldı

BATI BERLİN.—Geçen yıl polisin saldırısı sonucu, otobüsün altında kalarak feci şekilde can veren K.—Jürgen Rattay'ın ailesinin avukatı basına yaptığı bir açıklamada yeni deliller ileri süreceğini belirtti.

Avukat polisin 22 Eylül 1981'de işgal edilmiş evleri vahşice boşaltırken 17 yaşındaki gençin otobüsün altına düşmesinin sorumlusu olduğunu belgeleyeceğini açıkladı. Ayrıca daha önce açılan dava "delil" yetersizliğinden ötürü durdurulmuştu.

Burjuva basını, özellikle de "Bild" gazetesi 17 yaşındaki gençin otobüsün camlarını kırmak için tamponun üzerine çıktığını ve daha sonra tekerin altına düştüğünü ileri sürmüştü.

Rattay'ın ailesinin avukatı davayı tekrardan başlatabilmek için yeni delilleri ileri sürdü. Avukat görgü tanıklarının ifadesiyle ve yeni fotograflarla polisin suçlu olduğunu ispatlayabileceğine işaret etti. K.-J. Rattay polisin kovalamasının sonucu caddenin bir tarafından diğer tarafına geçmek isterken, otobüsün altında kalmıştı. Bu olayda polis ayrıca diğer ev işgalcilerini de ölüme koşturmayı göze almıştı.

(„K.-J. Rattay: Verfahren neu aufgenommen")

"Heidelberg Bildirisi"ne karşı çalışma grubu

BOCHUM.— Yabancı düşmanlığını körükleyen ırkçı "Heidelberg Bildirisi"ne karşı giderek protestolar yaygınlaşıyor. Frankfurt Üniversitesi'ndeki protestoların yanı sıra, şimdi de Bochum'dan 30 öğretim üyesi aynı amaçla bir araya geldiler. Bochum Üniversitesi'nden olan öğretim üyeleri, bu üniversiteden "Heidelberg Birdirisini" imzalayan Schmidt-Kaler ve Rutz'un girişimini mahkum etmekteler. Schmidt-Kaler aktiv olarak çalışan ırkçılardan biridir. Bu tür ırkçı öğretim üyelerinin üniversitelerde ders vermelerine ve öğrencileri birbirlerine karşı kışkırtmalarına izin verilmemelididir.

Bochum'da biraraya gelen 30 bilim adamı "entegrasyon sorunlarının çözülmesi için ve bilimin ırkçı amaçlar doğrultusunda kötüye kullanmasına karşı" çalışma grubu oluşturmak istiyor.

Televizyonda bir film

7 Mart Pazar günü saat 22,00'de ARD programında ikinci dünya savaşında Hitler faşizminin ittifakçılarının oynadığı rolü üzerine "Die Achse (Eksen)" adlı beş bölümlü dizinin birinci kısmı gösterilecek. Birinci bölümde "Roma'ya doğru yürüyüş" ismiyle İtalya'daki faşist sistem konu edilmektedir.

9 Mart salı günü 19,27'de ZDF programında "67 numaradaki çocuklar" adlı bir filim gösterilecek. Filmin konusu, Bartelmess-Weller ve Werner tarafından gençliği konu edinen, komünist yazar Lisa Tezner'in romanından alınarak çevrilmiştir. Filmde Hitler faşizminin iktidarı ele geçirdiği dönemde Berlin'in işçi semtlerinden birinde çocukların yaşamı konu edilmektedir.

Neue Heimat skandalı ve sınıf sendikacılarının tavrı

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında DGB cihazına ait Neue Heimat şirketi skandalını ele almıştık. Bu sayıda ise sendikacıların ve sendika üyelerinin buna karşı tavrının ne olması gerektiğini ve bu skandalın bugünkü koşullar altında piyasaya sürülmesinin sınıf sendikacıları için hangi siyasi anlamı taşıdığına ve bu soruna nasıl yaklaşılması gerektiğine değineceğiz.

Neue Heimat skandalı bir taraftan bu şirketin kapitalist konut şirketlerinden farklı olmadığını ve bunun bir "sosyal" konut şirketi ile en küçük bir bağının dahi olmadığını gösterirken, öte yandan ise DGB cihazının baş yöneticilerinin mali sermaye ile ne kadar kaynaştıklarını açıkca ortaya koymaktadır. DGB'nin baş yöneticileri bilâkis kendileri bir dizi şirketin sahibidirler. Onların sahibi oldukları bazı şirketlerin isimlerini şöyle bir sıralayalım: Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft (Bu banka bugün Almanya'da 4. büyük bankadır), Coop, Volksfürsorge Sigortası vs. Bu şirketlerde toplam olarak 100 000'e yakın emekçi çalışmaktadır. Yani sorunu kısaca şöyle ifade edecek olursak, bugün DGB'nin baş yönetecileri birer kapitalisttirler.

Neue Heimat konut şirketinin yönetcilerinin çeşitli yollarla kendilerine şahsi servet edinmeleri ve binlerce kiracıyı dolandırmaları, onlarında kapitalist şirketlerden bir farkının olmadığının en açık ispatıdır. Açığa çıkan tüm olgular Partimiz KPD'nin DGB cihazının baş yöneticileri üzerine olan şu görüşünü bir kez daha doğrulamaktadır:

"DGB cihazının baş yöneteciler emperyalist devlet cihazı ve doğrudan mali sermaye ile kaynaşmıştırlar. Sendika yönetimi giderek daha da artan bir şekilde sendika paralarını mali sermaye ile ortak ekonomik işler için harcamaktadır. DGB yönetimi Batı Almanya ve Batı Berlin'in en büyük tekellerinden birine hakimdir.

(Almanya Komünist Partisi Programı s. 104-105)

Peki bu skandalı sınıf sendikacıları nasıl ele almalı? DGB sendikasından ayrılmalılar mı? Hayır kesinlikle. Çünkü bu skandal, DGB cihazının baş yöneticilerinin kapitalizm ile kaynaşmasının, onların izlediği sınıf uzlaşmacı çizgisinin kaçınılmaz bir ürünüdür. Bundan dolayı da sınıf sendikacılarının görevi, DGB sendika patronları tarafından izlenen çizginin kökten değiştirilmesini ve DGB çizgisinin sınıf mücadeleci bir çizgi olmasını sağlamaktır. Şimdi sendikalarımızın işçi sınıfının gerçek bir mücadele aracı olması için mücadeleyi daha da yoğunlaştırmalayız.

Sendika üyeliğinden ayrılmak yerine, RGO'nun da Neue Heimat skandalına ilişkin çıkardığı bildirisinde ele aldığı gibi, sendikalar içerisinde Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) çizgisini güçlendirmeli, işçileri daha fazla bu çizgiye kazanmalı, sendikalar içerisinde RGO'nun sınıf mücadeleci çizgisini hakim kılmalı ve sendikaların baskı, sömürü ve sermayeye karşı işçi sınıfının gerçek bir mücadele örgütü, bir mücadele okulu olmasını sağlamalıyız.

Şimdi sorunun diğer yanını ele alalım. Geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi bu skandalın bugün gün ışığına çıkarılması tesadüfi bir şey değildir. Bunun için biz sorunu siyasi olarak ele almalı ve içinde bulunduğumuz koşullarla bağını kurmalıyız. Peki içinde bulunduğumuz koşullarla bağı kurmak ne demektir? Bu bizim tüm bu gelişmelerin artan işsizlik, sosyal hakların kısıtlanması; kısacası hakim sınfların içine düştükleri buhranın faturasını emekçi halka ödettirmek istemeleriyle bağını kurmamız gerektiğine işaret etmektedir. Ancak kapitalistler buhranın yükünü emekçi halkın ve işçi sınıfının üzerine yıkabilmek için önlerinde parçalanmış, örgütsüz bir işçi sınıfının olmasını istemekteler. Bunun için de Neue Heimat skandalı bugün piyasaya sürülüyor. Bununla işçilerde yılgınlığın yaratılması ve onların sendika saflarını terk etmeleri amaçlanmaktadır. Bunu başarabilmek içinde tüm gerici basın kollarını sıvayarak sendikaya karşı kışkırtma kampanyaları başlattılar.

İşçi sınıfını sendikalardan soğutmak ve onların sendika üyeliğinden istifa etmesini sağlamak için yoğun bir çaba sarfedildi ve hala da öyledir. Biz, yukarıda da belirttiğimiz gibi Neue Heimat skandalının tesadüfi bir olgu olmadığını görmeli, onu DGB baş yöneticilerinin devlet cihazı ve sermaye ile kaynaşmalarının bir ürünü olarak ele almalı ve bu skandalı siyasi olarak mahkum etmeliyiz. Çünkü bu skandal işçi sınıfının ve onun sendikasının bir skandalı değildir, aksine o kapitalizmin burjuva sendikacılarını naslı biçimlendirdiğinin bir olgusu ve dolayısıyla kapitalist sınıfın bir skandalıdır.

Bunun içinde kapitalist sınıfın çıkarı kendi sisteminin bir hastalığını açığa çıkarmakta değil, aksine onun çıkarı bugün yukarda saydığımız olgulara karşı işçi sınıfının ve sendikal hareketin zayıflatılmasında yatmaktadır.

Batı Alman hakim sınıfları ve onların basını bu skandalı kendi çirkin planları için kullanmayı amaçlamaktalar. Onlar işçilerde bu tür sendika yöneticilerine karşı olan nefreti körüklemek, sendika saflarında yılgınlık yaratmak, sendika düşmanlığı körüklemek istemekteler. Bunu başarabildikleri oranca, işçi sınıfına karşı saldırılarını daha da yoğunlaştıracaklardır. Bunun için Batı Alman tekelci burjuvazisinin bu çirkin planının üzerine biz sınıf bilinçli sendikacılar ve sendika üyeleri kalın bir çizgi çekmeli, bir taraftan sendika patronlarının bu çirkin entrikalarını teşhir ederken, öte yandan ise yılgınlığa kapılmak ya da ayrılmak yerine sendika patronlarına olan kinimizi mücadeleye dönüştürmeli ve sendikaları işçi hareketinin bir mücadele örgütü yapmalıyız. Aksi yönde atacağımız her adım kapitalistlerin değirmenine su taşımak olacaktır.

(„Skandal um Neue Heimat und die Haltung der Klassengewerkschaftler dagegen")



HAFTANIN YORUMU

Yüzde 7 ücret artışı talebinden asla vazgeçilmemelidir!

IGM sendika yönetimi işverenlerle yapılan görüşmelerden sonra geri adım atmaya hazırlanmaktıdır. Bugün her sendikacı, kapitalistlerin ücretlerimize düzenledikleri saldırılara karşı IG Metall sendika patronlarının teslimiyet bayrağını çekmeye kayıtsız şartsız hazır olduklarını gözönünde bulundurmalıdır.

Sendika yöneticileri daha patronlar görüşmeye değer bir tek teklifi dahi yapmadan ve geri adım atmaya hiç gerek duyulmadan hemen bir arabulucu komisyonunun anlaşmayı sağlamasını kabul etmeleri ile teslimiyet bayrağını çekmek doğrultusunda bir sinyal vermiş oldular.

IG Metall sendikasının Kuzey Ren Westfalye'de görüşmeleri yöneten temsilcisi Karl-Heinz Braeuer sendikal ücret artışı talebini sabote etmek için kendiliğinden yüzde 4 ücret artışı anlaşmasını kabul edebileceğini bile açıkladı.

Üstelik IG Metall sendika patronları daha metal işçileri patronları dize getirmek için en küçük mücadeleci girişimde bulunmadan ve gücünü sınamadan, teslimiyet bayrağını çekmeye yeltendiler.

Sendika yönetiminin bu tutumu, gerçek ücretleri garanti altına alma mücadelesine ihanet etmek, patronların telinden oynamaları demektir.

Ayrıca bugün diyelim ki, yüzde 4,9 ücret artışı anlaşması yapıldı, böyle bir anlaşma bile bugünkü koşullarda gerçek ücretlerin düşürülmesini ifade etmektedir. Çünkü geçen yıla göre bu yıl bir taraftan hayat pahalılığı daha yüksek olurken, öte yandan ise aynı zamanda bu yıl sosyal haklarda da yoğun bir kısıtlamaya gidildiğini, işsizlik sigortası, hastalık sigortası, vb. aidatlarının yükseltildiğini de gözönünde bulundurmalıyız.

Bunun için bu yıl yapılacak bir ücret anlaşması geçen yıla göre daha yüksek olmalıdır. Çünkü yüzde 4 ücret artışı ücretlerin sıfıra doğru dönüşümü sağlamada patronların üçüncü bir adım atmaları demektir.

Patronlar ücretleri düşürme çizgilerinde bir adım daha ileri atmak istiyorlar. Ayrıca onlar bu adımları ile işçi ve emekçilerde şu izlenimi de uyandırmayı amaçlamaktalar. Buhran dönemlerinde ister istemez ücretlerde bir düşüş de göze alınmalıdır. Onlar böylece ücretlerde sıfıra doğru dönüşümü bir kaç yıl içinde gerçekleştirmek, hatta daha da ileri giderek ücretlerin tamamen dondurulmasını ve asgari ücretlerin düşürülmesini talep etmek planlarını yapmaktalar.

İşte bugün sendikaların bu yönde atacağı her adım, onların oluşturmak istediği bu siyasi ortama bir katkıdır.

Bundan ötürü sendikalar kapitalistlerin bu stratejisinin karşısına gerçek ücretlerin garanti altına alınması için kararlı mücadele şiarını geçirmelidirler. Ne varki IGM yönetimi patronların bu stratejisine su taşıma yönünde adım atmaya hazır olduğunu gösteriyor. Ama henüz geç değildir ve bunu önlemek tabanın elindedir! Şimdi sendika patronlarının iflas bayrağına karşı taban yoğun baskı yapmalıdır! Şimdi eylemlerin yapılması için işyerlerinde yoğun seferberliğe gidilmesi zorunludur.

Virgülün önünde yüzde 4 ücret artışı asla söz konusu olamaz! Yüzde 7 kesin olarak kalmalı! IGM talebinin gerçekleştirilmesi için grev! Genel oylamaya gidilmeksizin hiç bir toplu sözleşme anlaşması yapılmamalıdır. Gerçek ücretlerin güvence altına alınması için sürekli mevzide olmak gereklidir!

(„Die Sieben muss stehen bleiben!")

8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü

1910 yılında Kopenhag'ta toplanan 2. Enternasyonal Sosyalist Kadınlar Koferansında Clara Zetkin'in önerisi üzerine bugünün Uluslararası Kadınlar Günü olarak ilan edilmesi kararlaştırıldı. 8 Mart ilk olarak 1911 yılında kutlandı. O zaman mücadelenin ana talebini kadınlara seçme hakkının tanınması oluşturmaktaydı. 8 Mart bugüne kadar bir yas günü olmadığı gibi, bugünde öyle değildir. O daha ziyade kadınların baskı ve sömürüye karşı direnişlerini yükselttikleri bir mücadele günüdür.



Kadın emekçiler; eşit haklar için mücadele bayrağını yükseltmekteler.

O gün olduğu gibi bugünde kadınlar üzerindeki baskı ve sömürü hüküm sürmektedir. Kadınların gerçek kurtuluşundan bugünde söz edilemez. Çünkü dün olduğu gibi bugün de kadınlara toplumda ikinci sınıf insan gözüyle bakılmaktadır. Onlar artan işsizlikten en fazla etkilenen kesimlerdir. Çalışan kadın emekçiler ise yoğun bir baskı ve sömürüye tabii tutulmakta, aynı işi yapmalarına rağmen, erkek arkadaşlarına göre daha düşük ücret almakta, hem evde hem de işte çalışarak çifte baskıya tabii tutulmaktalar. Kısacası, kadınlar hayatın her alanında horlanmakta, sadece cinsiyetlerinden dolayı aşağılanmaktalar.

Bu durumdan özellikle de Türkiyeli kadın emekçiler daha fazla etkilenmekteler. Onlar Alman kadın emekçilerine nazaran daha külliyetli bir yükün altındalar. Türkiyeli kadın emekçiler daha başında ev işlerini yapmaya zorlanmaktadır. Çünkü Batı Alman hakim sınıfları yabancı işçi ailelerinin önüne 3 yıllık çalışma yasağı koymuştur. Böylece yabancı, özellikle de Türkiyeli kadın emekçilerin çoğunluğu ev işleri ile uğraşmakla, çocukları yetiştirmekle vs. meşgul olmaktalar. Kısacası, onlar dört duvar arasına mahkum edilmiştirler.

Yabancı kadınların çalışan küçük bir kısmı ise lisan zorluklarından ötürü Alman kadın işçi arkadaşlarına nazaran her işi yapmaya zorlanmakta ve onlara göre daha da düşük ücret almaktalar. Kapitalistler kadınların haklı mücadelesini önlememek için onları da kendi içinde bile yerli ve yabancı diye bölmeyi de akıldan çıkarmamışlar.

Kapitalizmde kadınlar hayatın her alanında baskı altında tutulmaktalar. Onların toplumda ekonomik, siyasi ve kültürel yaşama katılmaları engellenmektedir. Sözün kısası tüm hak ve özgürlükleri kısıtlanmıştır.

Ama kadın emekçiler üzerindeki bu sömürü zincirini parçalamak için son yıllarda mücadelelerini toplumsal hayatın her alanında daha da yoğunlaştırdılar. Örneğin onlar iş yerlerinde kendilerine eşit işe eşit ücret ödenmesi için mücadeleye atıldılar. Ayrıca bugün kadın emekçiler aktiv bir sekilde sendika ve barış mücadelesine de katılmaktalar.

8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü'nü kutlarken, kadın emekçilerin eşit haklar için sürdürdüğü mücadele bayrağını bugün daha da yükseklere çekmek için hayatın her alanında bu doğrultuda yoğun bir mücadele sürdürülmelidir.

Kamu işletmelerinde

Sadece yüzde 6,5 ücret artışı talebi ileri sürüldü!

Kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçiler için ÖTV sendikası yöneticileri sadece yüzde 6,5 ücret artışı talebinde bulundular. ÖTV sendikası yönetcilerinin bu talebi, IG Metall'ın ileri sürdüğü ücret artışı talebinin yüzde 1 altında olan bir taleptir.

Bu talebin ileri sürülmesi, ÖTV Başkanı Kluncker'in Bonn Hükümeti'ne verdiği bir tavizi ifade etmektedir. Gerçi daha önce hükümetin kamu emekçilerinin ücretlerini yüzde 1 düşürmek istemesi işçi arkadaşların mücadeleye hazır olmalarından dolayı önlenebilmesine rağmen, böylece bu talebin ileri sürülmesi ile ona toplu sözleşme turlarında ücretleri düşürmek için açık bir kapı bırakılmış oldu.

Bu talebin ileri sürülmesi, ÖTV Şefi Kluncker'in kamu emekçilerinin özel kurbanlar olarak seçilmesine izin verilmeyeceği sözlerinin birer boş söz olmaktan öteye gitmediğini göstermektedir. Bunun için kamu emekçileri, ücretlerine yapılan bu saldırıya karşı durlıdır. Onlar iradelerinin hiçe sayılmasına izin vermemeli ve bir kez daha gerçek ücretlerinin düşürülmesini kabul etmemelidirler.

(„Öffentlicher Dienst-Nur 6,5 Prozent!")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.**